

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Meine Herren!

Ich freue mich, Sie alle hier in Bergedorf zu unserem 11. Gesprächskreis begrüßen zu dürfen. Mein besonderer Gruß gilt dem heutigen Referenten, Herrn Martini, und unserem Gesprächsleiter, Herrn Prof. Eschenburg.

Wenn wir von den Gedanken und Aufgaben, die den Bergedorfer Diskussionsabenden zugrunde liegen, ausgehen, so enthält unser heutiges Gespräch eine Reihe von Vorfragen. Wir im Westen gehen davon aus, daß wir als freie industrielle Gesellschaften operieren, wobei wir nicht genügend über die politischen Implikationen der neuen Sozialstrukturen wissen. Wir definieren uns als frei innerhalb der Phänomene, die das Wesen der industriellen Gesellschaften ausmachen. Wo auch immer wir das Argument beginnen, handelt es sich um einen politischen Dialog, bei dem der Akzent jeweils auf wirtschaftlichen, technischen oder sozialen Momenten ruht; aber jede Grundfrage ist leitmotivisch mit den übrigen Fragen verbunden, die verstanden und im Sinnzusammenhang beantwortet werden müssen.

Die Kernfrage betrifft also das Weltverständnis, das Selbstverständnis und das Selbstbewußtsein der freien industriellen Gesellschaft. Wir wissen, daß die Partner verschiedene Positionen einnehmen, je nach ihren sittlichen Argumenten und nach Stand und Anwendung wirtschaftlich-technischer Überlegungen. Im Grunde aber sind sie gleich geortet - da sie alle aus verwandten Prämissen die Freiheit vorgeben. Das Vorgespräch zur Klärung dieser Fragen läuft schon lange. Es hat zum Inhalt z. B., daß wir Krisen nicht mehr als unausweichlich oder unlösbar ansehen und sie somit nicht als Naturerscheinungen betrachten, die unser Schicksal bestimmen. Es drückt daher auch die Ablehnung wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Fatalität aus. Diese und ähnliche Erkenntnisse bilden heute die Grundlagen unseres westlichen politischen Bewußtseins.

Wir wissen, in welchem Ausmaß zahlreiche Länder, die sich antiwestlich nennen oder geben, die Vorzüge der technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Verfahrensweisen des Westens begreifen und annehmen. Dieses Verständnis für zivilisatorische Angleichungen heißt aber nicht - sonst säßen wir heute abend nicht zu einer Diskussion über das Thema der kommunistischen Drohung und der Psychologie der Aufweichung zusammen;- , daß diese Länder auch unsere politischen Institutionen und Vorstellungen als Maß und Muster verwenden.

Wir selbst in der westlichen industriellen Gesellschaft kennen das Ausmaß unserer Anfälligkeit nicht und wissen nicht, wohin die unkorrigierten politischen, sozialen und geistigen Indikationen der neuen Sozialstruktur dieser industriellen Gesellschaft führen werden, besonders dann nicht, wenn wir einfach davon ausgehen, eine freie Gesellschaft zu sein. Worin und womit definiert sich der Westen wirklich - in der Breite der jeweiligen Gesellschaften? Wenn man diese Frage und die tentativen Antworten nicht immer wieder und in allen Bereichen untersucht, klärt und abwägt, wird man den Gegner, der sich eindeutig zu definieren scheint, nicht fernhalten und seine Unterwanderungsversuche schlecht abwehren können. Wir wissen mit Hannah Arendt, daß die Gefahr des Totalitären nicht allein in der Tyrannei und der Unduldsamkeit gegenüber politischer Freiheit, sondern darin liegt, daß sie jede Form der Spontanität abtötet und sie als Element des Handelns und der Freiheit in allen Tätigkeiten beseitigt.

Wir müssen also immer wieder danach fragen, wie unsere Gesellschaft aussieht und wie sie nicht aussehen darf. Insoweit Freiheit wirklich wird, geschieht dies durch bestimmte politische Formen, wie R. Dahrendorf sagt. Das entscheidende Problem aber liegt in den sozialen Voraussetzungen der Demokratie.

Meine Herren, man hört gelegentlich, daß die industrielle Gesellschaft nichts anderes sei als die Summe der Mittel, die notwendig sind, um dem Menschen innerhalb der Gesellschaft materiell tragbare Existenzbedingungen zu verschaffen. Wenn dies zuträfe; so wäre sie nur ein Mittel und kein

Ziel. Die überzeugende Bestimmung des Ziels der freien industriellen Gesellschaft darf uns aber nicht der Gegner aufzwingen, sonst erfolgen starre Antworten, die falschen Reaktionen führen.

Darf ich Sie nun, Herr Martini, bitten, mit Ihre Referat zu beginnen.

Martini

Meine Herren!

Unter "Aufweichung" verstehe ich hier einen nach Umfang und Intensität nennenswerten Prozeß, in dem eine Haltung herrscht oder zur Herrschaft drängt, die sich angesichts einer tödlichen Gefahr weigert, die Vorbereitungen auf sich zu nehmen, die notwendig sind, um ihr zu begegnen. Dabei ist es typisch, daß die Aufweichung selber diese Weigerung als solche nicht deklariert, sondern sich darauf zu berufen versucht, daß die Gefahr in Wahrheit gar nicht existieren; sie interpretiert sie also einfach weg, um dadurch eine Entschuldigung für den Mangel an Vorbereitungswillen zu gewinnen.

Zu dem heutigen Prozeß der Aufweichung, der im Westen und auch in der Bundesrepublik - hier sogar besonders stark - im Gange ist, haben wir ein historisches Vorbild, obwohl es nicht in allen Beziehungen zutrifft: das "appeasement" der 30er Jahre in England und in Frankreich. Die Ähnlichkeiten liegen in dem Weginterpretieren der Gefahr, die durch Hitler drohte. Andererseits gibt es beträchtliche Unterschiede. Beispielsweise waren damals weder die Völker noch die Regierungen hinreichend einsichtig, während heute die Regierungen eher einsichtig sind, aber Schwierigkeiten haben, die Völker hinter sich zu bringen.

Der vielleicht wichtigste Unterschied liegt darin, daß die Gefahr, die Hitler damals für die freie Welt darstellte, nicht mit der verglichen werden kann, mit der wir uns heute konfrontiert sehen. Denn keinesfalls war Hitler in der Lage, Ziele zu erreichen, wie sie dem Weltkommunismus vorschweben; daher blieben auch seine territorialen Aspirationen auf Europa beschränkt. Er hatte überdies keine internationalistische, universalistische Ideologie und Theorie zu bieten im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus. Daher war das, was man damals die "Fünfte Kolonne" nannte, nicht im geringsten zu vergleichen mit der Infiltration und Subversion, die heute im Westen am Werke sind.

Ich habe vorhin schon angedeutet, daß die Aufweichung nicht zu ihrem Motiv steht, also zu ihrer Furcht; sie gesteht es noch nicht einmal vor sich selber ein. Sie operiert mit Argumenten, die mit ihrem Motiv schlechthin nichts zu tun haben. Nun ist es ein allgemeines Phänomen, daß die Ratio nur zu einem Bruchteil unsere allgemeinen Haltungen und Handlungen bestimmt; dennoch hat jeder das Bedürfnis, seine jeweilige Haltung mindestens nachträglich rational zu rechtfertigen. Selbst der größte Dummkopf möchte sogar vor sich selber noch als ein rational handelndes und sich rational verhaltendes Wesen erscheinen.

Ich denke hier an ein besonders eindrucksvolles Beispiel aus der Zeit der Weimarer Republik. Damals hatten der "Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und der "Verein zur Abwehr des Antisemitismus" große Summen in eine sogenannte Aufklärungsliteratur hineingesteckt. Sie sollte über das Wesen des Antisemitismus aufklären, sich mit seiner Argumentation auseinandersetzen und sie mehr oder minder ad absurdum führen. Doch der Erfolg dieser höchst umfangreichen Tätigkeit war, daß Adolf Hitler gerade auf der Woge einer antisemitischen Stimmung zur Macht kam.

Worin lag der Fehler? Er lag nicht in der Argumentation dieser Aufklärungsliteratur, sondern darin, daß dahinter die Vorstellung stand, die Antisemiten seien Antisemiten wegen der Argumente, die sie vorbrachten. Sie waren es natürlich nicht deswegen, sondern sie hatten, wie alle anderen Menschen auch, das Bedürfnis, ihre primär emotionale Haltung zu rationalisieren, vor der Umwelt und vor sich selber zu rechtfertigen.

Der damalige deutsche Führer und bedeutende Theoretiker des Zionismus, Kurt Blumenfeld, sagte einmal:

"Wenn der Antisemitismus sich nicht durch Argumente beseitigen läßt, dann beweist er damit nur, daß er echt ist." Dies hatte man damals vollkommen verkannt. So befaßte man sich mit den Argumenten des Antisemitismus, statt darüber nachzudenken, wo seine wirklichen Ursachen lagen, in welchen psychologischen Tiefen oder sozialen Verhältnissen etwa.

Genau so gebraucht auch die Aufweichung heute eine Reihe von zum Teil sehr eindrucksvollen Argumenten. Es heißt z. B., die Ideologie des Marxismus-Leninismus sei längst nicht mehr das eigentliche Motiv bolschewistischen oder kommunistischen Handelns, sondern ein totes Dogma geworden; man gehe mehr oder minder pragmatisch vor. Oder man erklärt, die Doktrin sei nur noch ein Instrument zur Manipulation des Massenbewußtseins oder ein Mittel, um die jeweilige Politik oder irgendwelche Maßnahmen der Regierung und der Partei zu rechtfertigen, zu legitimieren. Man sagt auch, es vollzögen sich im östlichen Herrschaftsbereich so außerordentliche Veränderungen, ebenso in der Bewußtseinslage wie in der Verhaltensweise der vom Kommunismus Beherrschten, daß man -

so lautet der Schluß, der nicht ausgesprochen wird - die Sicherheit nicht mehr in die eigene Hand zu nehmen brauche. Man operiert auch mit dem Konflikt Moskau-Peking, um den Schluß nahezulegen, die Gefahr erledige sich von selbst, überdies habe Rußland noch niemals in seiner Geschichte Angriffskriege geführt, also werde es auch uns nicht angreifen. Und schließlich heißt es, nukleare Waffen machten Kriege und damit auch die Vorbereitungen auf sie sinnlos.

Es ist nicht schwierig, diese Argumente zu entkräften. Ich erinnere nur daran, daß die Sowjetunion 1939 Finnland und Polen angriff, ebenso die baltischen Staaten, wenn dies freilich auch kein Krieg war, da diese zu keiner Gegenwehr imstande waren.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Argumente nicht für die Ursachen genommen werden dürfen, so erhebt sich nun die Frage, wo die wirklichen Ursachen und Motive liegen und wie sie beschaffen sind. Zunächst möchte ich hier nur einige Ursachen andeuten, die ein Substrat der Aufweichung abgeben.

Nach dem zweiten Weltkrieg griff eine pazifistische Stimmung als verständliche Reaktion um sich. Sie erhielt eine gewisse Verstärkung dadurch, daß der Westen seit etwa 1918 das Defensive schlechthin zu dem moralisch allein gültigen Maßstab des Verhaltens im politischen und strategischen Bereich erhob.

Nicht unwesentlich dürfte die Krise des Staatsbegriffes sein. Wenn wir vom "Staat" sprechen, nehmen wir auf einen Begriff Bezug, der im 16. Jahrhundert mit der Souveränitätslehre entstanden ist: der Staat als oberste Ordnungsmacht, als ausschließlicher Träger politischer Entscheidung, als letzte diesseitige Rechtsquelle, als Träger eines "Monopols an Gewaltsamkeit" (Max Weber). Dies war jahrhundertlang der Staatsbegriff, der das kontinentaleuropäische Staatsdenken beherrschte.

Er ist durch zwei Prozesse der Aushöhlung unterworfen: durch die Integration, die den Untergang jenes Begriffs voraussetzt und durch den sogenannten Pluralismus. Hier gilt es, eine Unterscheidung zu machen. Die "Gesellschaft" ist von Natur aus, also von jeher, pluralistisch, d. h. sie ist nach den privaten Einzel- und Gruppeninteressen, nach den Einzel- und Gruppenüberzeugungen differenziert und an ihnen orientiert. Das also ist nicht das Neue.

Das Neue ist vielmehr, daß die Gesellschaft im Begriff ist, den Staat zu übernehmen, ihn zu okkupieren und sich seine Hoheitsbefugnisse anzueignen. Im bejahenden Sinne wurde dieser Vorgang zumal von H. J. Laski formuliert. Als bejahte Praxis hat er sich in Europa nach dem zweiten Weltkrieg durchgesetzt. Der "pluralistische Staat" ist etwas grundsätzlich anderes als das, was bisher im kontinentalen Europa als "Staat" gedacht wurde. Ich möchte hier nur anmerken, daß in ihm die Außen- und Wehrpolitik zwar einen pragmatischen, nicht aber mehr einen logischen, theoretischen Ort haben: denn sie haben per definitionem mit privaten Interessen schlechthin nichts zu tun.

So geht der Staat an seine Ursprünge zurück. Denn vor dem 16. Jahrhundert war er auch "pluralistisch" orientiert: an den Gewalten des Kaisers, der Fürsten, der Stände und der Kirchen. Die Souveränitätslehre und mit ihr der neue Staatsbegriff kamen auf, weil jener "pluralistische" Staat nicht mehr mit dem Ernstfall seiner Zeit, dem permanenten religiösen Bürgerkrieg, fertig zu werden vermochte. Die Lehre von der Souveränität des Staates gab ihm ein Mittel an die Hand, die konfessionellen Gegensätze zu neutralisieren und die politischen Entscheidungen an sich zu ziehen.

Ich kritisiere hier nicht den "pluralistischen Staat", sondern stelle nur fest, daß ein Prozeß in Gang gekommen ist, von dem wir noch nicht wissen können, wohin er führt. Wir können vor allem noch nicht wissen, ob er - anders als der vorsouveräne Staat mit dem permanenten Ernstfall unserer Zeit, also mit der Ost-West-Auseinandersetzung und dem Problem der nuklearen Waffen, fertig werden kann. Dieses Nichtwissen erzeugt eine gewisse Unsicherheit wohl auch bei denen, die sich der Problematik, die in der Krise des Staatsbegriffes steckt, gar nicht bewußt sind. Hier, in dieser Unsicherheit, mag auch ein - vielleicht sogar bedeutsames - Substrat der Aufweichung liegen.

Ein anderes Element liegt darin, daß es heute im Westen an transpersonalen Ideen fehlt, die eine allgemeine Verbindlichkeit besitzen. Es fehlt also an Ideen, die über die eigene Person und die eigene Gruppe hinausweisen. Vielleicht hängt es damit auch zusammen, daß hier kaum mehr eine Ordnung im Sinne eines Netzes von festgegründeten Vertrauensbeziehungen besteht. Ich erinnere nur an das Verhalten junger Offiziere in der Weimarer Republik: im Zuge der deutsch-sowjetischen geheimen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet gingen sie für ein bis zwei Jahre in die Sowjetunion, um sich als Piloten oder Panzerführer ausbilden zu lassen. Wegen der alliierten Kontrolle mußten sie formell aus der Reichswehr ausscheiden. Dabei hatten sie für ihre weitere berufliche Zukunft, für das Weiterlaufen ihrer Versorgungs- und Beförderungsansprüche usw. keine andere Garantie als das mündliche Wort ihres Kommandeurs. An diesem Beispiel, zu dem heute Parallelen schlechthin undenkbar wären, werden die Veränderungen unserer Bewußtseinslage, unserer Ordnung und das Schwinden festgegründeter Vertrauens-Beziehungen deutlich.

Als besonders aktiver Träger der Aufweichung kann ein bestimmter Typus des Intellektuellen gelten, der innerhalb des Kommunismus und Philokommunismus stets eine hervorragende Rolle gespielt hat; daher spielt er diese Rolle auch im Prozeß der Aufweichung.

Bevor ich mich einer Darstellung und Analyse dessen zuwende, was ich für den tiefsten Grund der Aufweichung halte, gilt es noch, auf die gewissermaßen verschärfte Sonderstellung hinzuweisen, welche die Bundesrepublik in diesem Prozeß einnimmt. Die Teilung Deutschlands hat den Wunsch nach oder das Gerede von einem Gesamtdeutschland erzeugen müssen, der in unserem Zusammenhang eine bestimmte Disposition schuf. Beispielsweise dürfte der gerade in Karlsruhe beendete Prozeß gegen Felde und Genossen auch damit zusammenhängen, daß die Subversion und die Infiltration besondere psychologische Anhaltspunkte gerade durch die Teilung Deutschlands gefunden haben.

Abgesehen von ihrem Mangel an Realitätssinn verkennt die Formel: "Deutsche an einen Tisch" die heutige Legitimitätsfrage. Unter den Bedingungen des Weltkampfes zwischen Totalitarismus und Freiheit (was auch immer man unter ihr versteht) hat die Freiheit den höheren Rang vor der Einheit. Die Verkennung dieser Rangfolge führt eben zu jener Formel, ebenso zu einer Perhorreszierung des "Bruderkrieges". An diesem Beispiel sehen wir, wie die Teilung Deutschlands nicht nur einen politischen Irrrealismus erzeugt, sondern auch eine falsche Stellung der Legitimitätsfrage, was ein zusätzliches Element der Aufweichung abgibt.

In der Bundesrepublik ist auch kaum die Rolle zu übersehen, die das Schuldbewußtsein spielt, das sich in dem Schlagwort von der "Bewältigung der Vergangenheit" widerspiegelt. Denn praktisch läuft es auf eine Lähmung des Gegenwartshandelns und der Zukunftsplanung hinaus.

Lassen Sie mich nun ein Phänomen beschreiben und analysieren, das ich in unserem Zusammenhang für sehr bedeutsam halte. Obwohl ich es am Fall der Bundesrepublik Deutschland exemplifiziere, geht es doch weit über diesen Bereich hinaus.

Solange die KPD in der Bundesrepublik Deutschland erlaubt war, bekam sie stets nur einen kleinen Bruchteil der Stimmen. Er lag bei etwa 3%. 1961 erhielt die DFU, die bis zu einem gewissen Grade von den Wählern als Nachfolgeorganisation angesehen wurde, 1,9% der Stimmen. Betrachtet man diese Wahlergebnisse, dann erscheint die Annahme als fast absurd, daß hier ein Prozeß der Aufweichung im Gange sei, wo doch hier - im Gegensatz zu Frankreich, Italien, Griechenland oder Finnland kommunistische oder philokommunistische Gruppen beim Wähler keinerlei Gunst genießen.

Hier taucht ein Problem auf, das unsere Aufmerksamkeit verdient: wie kommt es, daß sich aus diesem Bekenntnis, das in den Wahlen abgelegt wird, nicht eine entsprechende Neigung zum Engagement für die Freiheit, für den Westen, für die Demokratie entwickelt? Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß die Stimmabgabe in der Wahlkabine kein "Bekenntnis" ist; denn zum Begriff des "Bekennens" gehört die Öffentlichkeit, gehört ein Adressat. Ein "anonymes Bekenntnis" ist also eine *contradictio in adjecto*. In der Wahlkabine ist die Abgabe der eigenen Meinung mit keinem Risiko belastet. Doch zum "Bekenntnis" gehört - zumindest potentiell - eben auch das Risiko. Der Wähler kann der Diskretion des Wahlheimnisses vertrauen. Erst außerhalb dieser Diskretion, außerhalb der Wahlkabine, könnte von einem "Bekenntnis", also auch von Engagement die Rede sein.

Was ist nun eigentlich der Grund dafür, daß sich die wahre Meinung, wie sie sich im Wahlakt - wenn auch nur summarisch und anonym - offenbart, nicht zu einem Engagement, jedenfalls nicht in einem dem Wahlergebnis entsprechendem Maße, verdichtet? Der Grund liegt, glaube ich, in der allgemein verbreiteten Vorstellung, daß der Osten wesentlich stärker sei als der Westen oder zumindest, daß er eher geneigt sei, von seiner Stärke einen rigoroseren, rücksichtsloseren Gebrauch zu machen.

Es gibt ein aufschlußreiches und zugleich erschütterndes Wort von Whittaker Chambers in seinen Erinnerungen "Witness". Chambers war lange Zeit Agent der Sowjetspionage in Amerika. Noch länger war er Mitglied der amerikanischen KP gewesen. Im Jahre 1937 begann er, sich zuerst innerlich von der Partei zu lösen, um dann ganz mit ihr zu brechen. In diesem Jahre sagte er zu seiner Frau: "Du mußt Dir darüber klar sein, wir sind im Begriffe, die gewinnende Seite zu verlassen und zur verlierenden Seite überzugehen." An verschiedenen Stellen seiner Memoiren variiert er den gleichen Gedanken. Hier ging also ein Mann im vollen subjektiven Bewußtsein es kommt hier nicht darauf an, ob das objektiv richtig ist - zu einer Seite über, von der er annahm, sie werde die verlierende sein: "Lieber sterbe ich auf der verlierenden Seite, als in der Knechtschaft zu leben".

Es gibt eine interessante Gallup-Untersuchung in 15 nichtkommunistischen Ländern aus dem Januar 1960. Die Testfrage lautete: "Welche Macht wird Ihrer Ansicht nach in 10 Jahren, also 1970, die stärkste Militärmacht der Welt sein?" Die Antworten fielen erwartungsgemäß aus, erwartungsgemäß für jeden, der sich mit diesen Dingen beschäftigt. Die überwältigende Mehrheit in allen Ländern bis auf

die USA und Griechenland (in Griechenland allerdings war die Zahl der Meinungslosen mit 40% besonders hoch), wo es umgekehrt lag, nahm an, daß 1970 die Sowjetunion die stärkste Militärmacht der Welt sein werde. Dies ist eine demoskopische Bestätigung meiner These. In der Annahme, die Sowjetunion werde die stärkste Militärmacht der Welt werden, bahnt sich die Vorstellung an, sie werde auch siegen. Ihre Rigorosität, Rücksichtslosigkeit und Verschlagenheit verstärken die Vermutung, sie werde die "siegende Seite" sein.

Ich kenne einen kleinen Ort in der Bundesrepublik. Dort lebt eine Handvoll besonders aktiver Kommunisten, die als solche noch aus der Zeit ihrer Legalität bekannt sind. Sie treffen sich regelmäßig. Der Chef der Gruppe fährt etwa alle 14 Tage in die Zone, wo seine Frau wohnt. In jenem Ort in der Bundesrepublik ist auch ein großes Rüstungswerk. Zu diesem sucht die kommunistische Gruppe Kontakt und pflegt ihn. Da ich oft in diesem Ort bin, kenne ich eine Reihe der Einwohner, typische Vertreter des anonymen "Volkes" (kleine Geschäftsinhaber, Handwerker usw.), des "Mannes auf der Straße", hinreichend gut, um von einem Vertrauensverhältnis sprechen zu können, das gewissermaßen die Diskretion der Wahlkabine ersetzt. So kommt in solchen Gesprächen dann ihre wahre Meinung zum Vorschein.

Eschenburg

Es ist nicht leicht, für die Diskussion dieses Referates mit seinen mannigfaltigen Aspekten ein brauchbares Dispositionsschema zu finden. Eine Diskussion aller Kerngedanken ist meiner Meinung nach jedenfalls nicht durchführbar.

Wenn ich Herrn Martini richtig verstanden habe, kommt es ihm vor allem auf den Schluß seines Referates an.

Sie sagten doch, Herr Martini, der Westen sei vom Osten bedroht. Diese Bedrohung mobilisiere Kräfte, die der Aufweichung, in der sich der Westen befindet, entgegenwirken. Die Aufweichung selbst beschrieben Sie paradigmatisch und folgerten, daß das, was wir bisher taten, nämlich dieser Gefahr propagandistisch zu begegnen, schlechthin sinnlos gewesen sei. Da die Aufweichung nach Ihrer Darstellung zum Teil auf Angst beruht, meinen Sie, es sei unsere Aufgabe, dieser latenten Angst zu begegnen, indem man den Menschen hier ein Gefühl des Geschütztseins vermittelt. Dieser Schutz könne nur von oben, von Regierung und NATO, kommen. Wie Sie sich diesen Schutz vorstellen, führten Sie nicht aus. Im wesentlichen sprachen Sie nur davon, daß man Schutz gewähren müsse, nicht aber nur Aufklärung oder Propaganda treiben solle.

Daraus ergibt sich für unser Gespräch folgende Disposition: Erstens sollten wir die Definition der Aufweichung diskutieren. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Definition vor der Realität besteht, sondern nur, ob man sie als Herrn Martinis Auffassung akzeptieren soll. Ich würde empfehlen, sie anzunehmen, wenn nicht ganz schwere Bedenken bestehen. In der Definition der "Aufweichung" sehe ich nichts anderes als den Ausgangspunkt des Referates.

Der zweite Diskussionspunkt würde das Phänomen der Aufweichung betreffen, d. h. ihre Erscheinungen, Ursachen und ihre Erklärung, wie es uns dargestellt wurde. Herr Martini hat teilweise die Erscheinungen in die Erklärung mit hineingenommen. Er hat sich auch mit der Verkümmern des Begriffs: "Staat" in unserer Zeit beschäftigt. Ich warne aber davor, daß wir uns allzu lange über dieses an sich sehr interessante Problem unterhalten. Sie sind ja in diesem Punkt viel sachkundiger als ich, Herr Forsthoff; aber eine Diskussion über den Staatsbegriff würde mehr als einen Abend füllen. Nicht ohne Grund fehlt uns seit Jahren eine neue Staatslehre. Es gibt einen nicht ganz unbekanntenen Staatsrechtslehrer, der schon vor fünf Jahren eine neue Staatslehre durch seinen Verlag angezeigt hat. Wir warten seither darauf.

Forsthoff

Sie befindet sich zur Zeit im Druck.

Eschenburg

Es ist symptomatisch, daß es uns heute schwerfällt, den uns doch allen bekannten alten Staatsbegriff noch zu fassen. Deshalb sollten wir ihn aus der Diskussion ausklammern.

Der dritte und Hauptteil der Diskussion sollte sich auf die Schlußfolgerungen des Referates konzentrieren. Wahrscheinlich werden wir an dieser Stelle von Herrn Martini noch etwas mehr Auskunft erbitten.

Darf ich die Dispositionspunkte wiederholen:

1. Definition des Begriffs "Aufweichung";
2. Das Phänomen der Aufweichung: Erscheinungen, Ursachen und Erklärung der Aufweichung;
3. Schlußfolgerungen.

Fetscher

Sollten wir nicht besser sagen: Vorschläge zur Therapie der Aufweichung?

Eschenburg

Der Referent hat sowohl Schlußfolgerungen gezogen als auch eine Therapie angedeutet. Da wir die anderen Schlußfolgerungen nicht einfach unbehandelt lassen können, halte ich meine Formulierung für angebracht. Aber Ihr Vorschlag hat sicher viel für sich.

Meine Herren, beginnen wir nun mit der Definition der Aufweichung! Es handelt sich, wie ich schon sagte, nicht um die Aufweichung in der Realität, sondern um die Vorstellung, die der Referent davon entwickelt hat.

Kesting

Ich bin eigentlich erstaunt, in dem Referat an keiner Stelle ein Wort über den revolutionären Bürgerkrieg gehört zu haben.

Man weiß doch, daß der Bolschewismus von seiner Gründung an nichts anderes gewesen ist als eine Technik des revolutionären Bürgerkrieges, d. h. eine Technik, revolutionäre Bürgerkriege zu entfesseln und in Gang zu halten. Es ist eine Technik, die verschiedene Phasen durchlaufen hat, die aber besonders in den Kriegen nach dem Zweiten Weltkrieg eine außerordentliche Perfektion erreicht hat, vor allen Dingen durch die Technik der Vieth-Min. Ich kenne das Tabu, das über diesem ganzen Problem in der Bundesrepublik liegt.

Dieser Hinweis ist aber wesentlich im Hinblick auf die Frage, welchen Techniken gegenüber denn überhaupt von Aufweichung die Rede sein kann.

Was ist denn das aggressive Element in diesem Spiel? Wie kann man Aufweichung so definieren, wie Herr Martini sie definiert hat, angesichts der Tatsache, daß in einer weltweiten Bewegung - und zwar perfektioniert in drei sich übergreifenden Phasen: Leninismus, Stalinismus, Mao Tse Tung - eine bestimmte Art von Infiltration am Werk ist, die den ganzen asiatischen Kontinent bedroht und in Cuba auch ihre ersten wesentlichen Erfolge in großen Städten errungen hat.

Wir werden hier eigentlich von einer revolutionären Technik bedroht. Wird daher das, was Herr Martini unter Aufweichung versteht, der heutigen Situation überhaupt gerecht?

Mohler

Das gibt es doch nur in unterentwickelten Ländern, Herr Kesting.

Kesting

Das ist sehr die Frage. In ihrer Beantwortung liegt das entscheidende Problem - auch für unseren Raum.

Wolf

Wenn es im Augenblick um die Definition der Aufweichung geht, muß man fragen, ob sie vom Aufweicher oder vom Aufgeweichten her bestimmt wird. Der Aufgeweichte erschien im Referat als ein sehr weit gefaßter Mitläufer. Frage: was ist aber dann bei diesem Mitläufer aufgeweicht?

Wenn Aufweichung vom Aufweicher her bestimmt wird, wäre es völlig klar. Soweit diese Terminologie im allgemeineren Schrifttum erscheint, ist sie an einer ganz bestimmten Position immer wieder gegensätzlich orientiert - mag man sie mit Politik der Stärke oder ähnlichem bezeichnen.

Darauf deutet zunächst zwar hin, was Herr Martini eingangs sagte: Mangel an Bereitschaft zur Verteidigung unter gleichzeitiger Bagatellisierung einer als vorhanden unterstellten Drohung. Das würde also auf den Aufweicher hinweisen. Aber dann erschien sehr bald der interessanteste und für die Grundthese von Herrn Martini wohl wichtigste Begriff, nämlich der des Mitläufers. Von hier aus

müßte rückgefragt werden, wie es um die Begriffsbestimmung von Aufweichung im Gesamtzusammenhang des Referats steht.

Haseloff

Ich würde jetzt schon gern etwas über die Voraussetzungen sagen, auf denen die vorgetragenen Schlußfolgerungen der Situationsanalyse beruhen. Hoffentlich ergibt sich dazu noch eine Möglichkeit.

Mir fällt jedenfalls auf, daß "Aufweichung" etwas mit Weichheit und mit Härte zu tun hat. Hier handelt es sich - wohl keineswegs zufällig - um metaphorische Begriffe, deren präzisen Sinn und deren Gestalt man ja nun genauer definieren müßte. Herr Martini wird uns zweifellos selbst am besten Auskunft über seine Definition geben können. Bisher wurde eigentlich keine Definition gegeben, vielmehr wurden verschiedene Wendungen und historische Vergleiche mehr oder weniger ausdrücklich und verbindlich assoziiert. Wie wäre es, wenn Herr Martini einfach eine Definition der Aufweichung "nachreichen" würde.

Martini

Ich habe mein Referat mit der Definition begonnen. Sie mag richtig, falsch oder unvollständig sein, aber es war eine Definition. Ich habe schon deshalb damit begonnen, weil ich das Wort "Aufweichung" nicht liebe. Es ist salopp und erinnert an "Rettet die Freiheit", an jenes dürtige Komitee, das seinerzeit gegründet worden ist. Da ich aber kein besseres Wort fand, begann ich mit meiner Definition. Wir können uns also höchstens darüber unterhalten, ob sie unvollständig oder gar falsch ist.

Die Bürgerkriegstechniken, Herr Kesting, haben mit meinem Thema nur indirekt zu tun. In der psychologischen Darlegung der Aufweichung ging es mir um das Substrat der Aufweichung und nicht um die Aufweicher, die aktiven Träger der Infiltration und der Subversion. Nur über deren Techniken könnte man reden, nicht über ihre Motivationen, die ja eindeutig sind.

Ich habe mich also ausschließlich - vielleicht hätte ich es noch deutlicher sagen müssen - mit dem Substrat der Aufweichung befaßt, und zwar vor allem in der Bundesrepublik. Ich weiß nicht hinreichend Bescheid, wie die Dinge in Frankreich, Italien, Finnland, in Griechenland, in Südamerika, Asien oder in anderen nichtkommunistischen Ländern liegen. Da würde ich ohne Kompetenz sprechen.

Eschenburg

Herr Martini, würden Sie vielleicht noch einmal das, was Sie über die Aufweichung im Verlauf Ihres Referats gesagt haben, wiederholen.

Martini

Ich verstehe darunter einen Prozeß, in dem eine Haltung zur Herrschaft drängt oder typisch wird, die sich einer tödlichen Gefahr nicht stellen will, also auch nicht bereit ist, an den Vorbereitungen teilzunehmen, die zur Abwendung dieser Gefahr notwendig wären. Diese Haltung deklariert sich nicht offen; sie steht auch nicht offen zu ihren Motiven - zum Teil noch nicht einmal vor sich selber. Sie bedient sich vielmehr bestimmter Argumentationen, die im wesentlichen darauf hinaus laufen, die Gefahr zu bagatellisieren oder wegzuinterpretieren.

Altmann

Herr Martini hat den Prozeß der Aufweichung auf einen längeren Zeitraum bezogen. Sein Beispiel über die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus zeigt, daß sein Thema keineswegs ausschließlich der jetzigen Phase des Ost-West-Konfliktes gilt.

Wenn er von einer Psychologie der Aufweichung spricht und sie sogar in den Rahmen einer politischen Anthropologie stellt, so können wir daraus schließen, daß er mit seinen Ausführungen nicht eine bestimmte Politik meint, etwa die Politik Englands und Frankreichs gegenüber Hitler, deren "Aufgeweichtheit" mit dem bekannten Schlagwort "München" belegt wird, weil die beiden Weltmächte 1938 in München vor den Forderungen Hitlers kapitulierten.

Es ist also durchaus gerechtfertigt, wenn wir, Herrn Martini folgend, eine bestimmte Typologie "aufgeweichten Verhaltens" an Hand der Geschichte der Weimarer Republik exemplifizieren.

"Aufgeweicht" sind in der Weimarer Republik zum Beispiel die Verteidiger der Demokratie, sind Demokraten, Sozialisten, Pazifisten - jedenfalls dann, wenn wir die nicht aufgeweichte Seite betrachten: auf dieser Seite stehen Antisemiten, Bolschewisten und Nationalsozialisten.

Martini

Das stammt von Ihnen, Herr Altmann, nicht von mir.

Altmann

Nein. Sie sagten vorhin, es handele sich um einen Prozeß, der seit dem Ersten Weltkrieg beobachtet wird.

Martini

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: wir kennen ein historisches Vorbild, das ungefähr zutrifft, nämlich das "appeasement" in Frankreich und England.

Altmann

Wenn Sie Ihre Betrachtung, wie Sie ja im Thema andeuten und wofür die Verwendung des Begriffs "Anthropologie" spricht, systematisch verstanden wissen wollen, können Sie sich nicht auf lediglich ein oder zwei Beispiele beschränken. Sie müssen alle für Ihr Thema interessanten Erscheinungen für oder gegen die Richtigkeit Ihrer These gelten lassen. Gewiß gilt der hauptsächliche Inhalt Ihres Referats dem Ost-West-Konflikt, sei es im Verhältnis zum Bolschewismus im Großen, sei es im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem Regime in der sowjetischen Besatzungszone.

Diese Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist keineswegs diplomatisch-machtpolitischer Art; sie hat den Charakter einer Bürgerkriegssituation. Eben darum müßte das, was Sie für den Ost-West-Konflikt sagen, auch für die Bürgerkriegssituation gelten, die zumindest ideologisch die innere Politik von Weimar bestimmt hat.

Wenn Sie jedoch den Ausdruck "Psychologie der Aufweichung" lediglich für das Verhältnis des Westens gegenüber dem Bolschewismus verwenden wollen, dann könnten Sie höchstens von den "psychologischen Gründen" für eine Aufweichung des Westens gegenüber den Sowjets sprechen. Dann stünde auch der Ausdruck "Aufweichung" lediglich polemisch in bezug auf jene, die im Ost-West-Konflikt eine andere Haltung einnehmen, als Sie sie verlangen. Die Prämisse, von der Sie ausgehen müßten, wäre dann die objektive Richtigkeit der von Ihnen vorgeschlagenen Politik, und zwar in Form einer detaillierten Skizze einer politischen Strategie. Dann wäre es aber auch überflüssig, von mittelalterlichen Beispielen des Mitläufertums zu sprechen. Dann sollten wir zu allererst über die Ost-West-Politik selbst diskutieren.

Eschenburg

Ich glaube, das Beispiel des Mittelalters und auch der Juden bezog sich auf den typischen Begriff des Mitläufers. Ich würde im Augenblick diesen Bezug ausschalten.

Hingegen haben Sie völlig recht, daß Herr Martini wahrscheinlich auch die Haltung des Appeasement als eine Aufweichungserscheinung gegenüber der totalitären Diktatur bezeichnet.

Altmann

Aber das ist doppelsinnig. In der Weimarer Demokratie waren die Bolschewisten, Faschisten und Antisemiten also nicht aufgeweicht, nur die anderen waren es.

Martini

Ich verstehe Herrn Altmanns Argument nicht recht. Wie kommt er zu dieser Einteilung? Welchen Bezug hat ein Antisemit zu unserem Thema? Wenn jemand einen bestimmten Menschentypus nicht mag, so hat das mit Aufweichung doch gar nichts zu tun.

Altmann

Die Thematik des Referats verlangt eine systematische Antwort. Herr Martini selbst brachte eine Reihe historischer Beispiele, die sich keineswegs auf die Ost-West-Situation beziehen. Wenn wir von einer Anthropologie sprechen, müßten wir auch anthropologische Typen herausarbeiten. Auch Herr

Martini wird nicht bestreiten, daß die Antisemiten nicht zu den "Aufgeweichten", sondern zu den "Harten" gehören.

Im gegenwärtigen Konflikt um die Rassenfrage in den USA erscheinen Gegner der Integration als die Harten, ihre Befürworter als die "Aufgeweichten" womit nicht notwendig ein Werturteil verbunden sein muß.

Das Referat hat keinen Beweis erbracht für die gültige Zusammenfassung von Bezeichnungen wie "Politik des Appeasement" und "Mitläufertum" in der Geschichte mit einer ganzen Skala von ideologischen Verhaltensweisen gegenüber dem Bolschewismus, die von einer naiven Anbiedere! bis zur Figur des linksliberalen "fellow-traveller" reichen. Was hier gesagt wurde, hat jedenfalls mit Anthropologie nichts zu tun.

Kundler

Wenn ich Herrn Martini recht verstanden habe, definierte er Aufweichung als Haltung desjenigen, der sich einer gegebenen Herausforderung nicht stellt, dies aber hinter anderen Argumenten verbirgt. Nun verträgt sich das m. E. überhaupt nicht mit der Kategorie des hier eingeführten "Mitläufers". Wenn dieser nämlich das tragende Element ist, dann messen Sie, Herr Martini, den doch wohl demokratisch-moralischen Tugenden des "Nichtaufgeweichten" offenbar keine staats-erhaltende Bedeutung zu?

Eschenburg

Klammern wir doch den Mitläufer zunächst einmal aus. Wir werden ihn später als spezifischen Punkt behandeln. Jetzt handelt es sich immer noch um die Definition, wie sie Herr Martini verstanden hat.

Kundler

Ich möchte beides gleich hier verbinden: Wenn wir von dem "Aufgeweichten" sprechen, müssen wir doch einen Antityp vor Augen haben. In welcher Beziehung steht dieser zum "Mitläufer"? Was für ein Antityp ist das?

Martini

Er ergibt sich doch aus der Definition. Der Antityp ist derjenige, der die Gefahr nicht leugnet, sie nicht unterschätzt und außerdem bereit ist, daran mitzuwirken, daß dieser Gefahr begegnet werden kann.

Hofstätter

Ich glaube, wir sollten hier nicht gleich auf eine "Anthropologie" abzielen. Es handelt sich eigentlich nicht um Charaktere, sondern um Stile des politischen Handelns, wie sie schon William James als "tendermindedness" bzw. als "tough-mindedness" unterschieden hat.

Die Zusammenstellung von Herrn Altmann schockiert, wenn man sie auf die Inhalte und Ideale des politischen Handelns bezieht; faßt man hingegen nach den Kategorien des Handlungs-Stils zusammen, so ergibt sich eine immerhin diskutabile Typenlehre. Für diese gilt freilich genau dasselbe wie für jede zweipolige Typologie: sie bleibt den Phänomenen, die sie auf eine einzige Variationslinie reduziert, deren Mehrdimensionalität schuldig.

Papalekas

Herr Martini hat einen ebenso formalen wie psychologistischen Begriff der Aufweichung verwendet, der dem konkreten Phänomen der kommunistischen Bedrohung meines Erachtens nicht gerecht wird. Herr Kesting hat daher mit Recht auf die perfektionierten Bürgerkriegstechniken des Kommunismus hingewiesen, die weite Teile der Welt - meist unterentwickelte Gebiete - bedrohen. Die Aggression, der Terror ist hier sozusagen der "Stachel" der Aufweichung. Ohne Einbeziehung dieses materialen Elementes in die Definition der Aufweichung muß die spezifische Qualität des Phänomens in den unterentwickelten Regionen notwendig unerkannt bleiben.

Nun möchte ich auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen, der den Erscheinungskomplex "Aufweichung" in den entwickelten Industrieländern des Westens betrifft. Hier hat die sozio-ökonomische Entwicklung der Technik des revolutionären Bürgerkrieges und der aggressiven Infiltration die Realbasis weitgehend entzogen. Der Kommunismus muß sich daher bei seiner subversiven Tätigkeit fast ausschließlich auf die Spionage und die Förderung defätistischer Bewegungen beschränken. Der eigentliche "Stachel" der Aufweichung in den entwickelten

Industrielländern mit wirtschaftlicher Prosperität und hohem Lebensstandard ist in gewissen Strukturgesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen des industriellen Systems, insbesondere in manchen Interpretationen dieser Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen zu suchen.

Das industrielle System hat sich in seiner bisherigen Entwicklung - im Westen wie im Osten - als ein recht wandlungsfähiges System erwiesen; es unterliegt auch gewissen für den Westen wie den Osten gemeinsamen Notwendigkeiten. Dieser Umstand hat nun manche Interpreten im Westen zu der wissenschaftlich und politisch sehr problematischen Aussage oder Annahme verführt, daß das industrielle System objektiv und unausweichlich einem fixierbaren Ziel, einem Endzustand zudrängt, bei dem eine generelle Angleichung der verschiedenen industriellen Gesellschaften eintritt. Es sei in diesem Zusammenhang insbesondere auf die technisch und technokratisch inspirierten Thesen und Theoreme hingewiesen, die eine von einer funktionierenden Apparatur bestimmten und beherrschten Zukunft propagieren. Hier, in diesem von den sogenannten modernen Humantechniken weiten Schichten der Bevölkerung beigebrachten "entfremdeten" Bewußtsein, liegt meines Erachtens die Gefahr der Aufweichung.

Die Widerstandskraft und die Widerstandsfähigkeit eines Gemeinwesens gegen einen fremden Machtanspruch muß notwendig erlahmen, wenn der fremde Wille nicht mehr als fremd, sondern als eine Art werdende "volonté générale" angesehen wird. Das Bild einer prädestinierten Zukunft fördert nicht gerade die Kampf- und Abwehrbereitschaft. Dieses materiale Element muß in die Definition der Aufweichung aufgenommen werden, wenn man den spezifischen Charakter dieses Phänomens in den entwickelten Industrieländern erfassen will.

Eschenburg

Herr Papalekas, Sie haben sehr richtig die von Herrn Martini gegebene Definition ins Verhältnis zur Realität gesetzt. Das gehört aber meiner Ansicht nach zum nächsten Diskussionspunkt.

Lehnecke

Ich fürchte, wir werden zu keiner Diskussionsgrundlage in der Frage der Definition kommen, wenn wir uns allein auf die wertfreie Wissenschaft verlassen. Müßten wir nicht zuerst herausfinden, welche Werte uns wesentlich sind, um dann zu einer Definition der Aufweichung zu kommen? Sonst enden wir bei so abstrakten Typen, daß wir im Vergleich mit den realen Situationen, Erscheinungsformen und Ursachen gerade im Hinblick auf die freie industrielle Gesellschaft überhaupt keinen Grund mehr unter die Füße bekommen. Vielleicht gehen wir also besser von realen Werten aus, die uns interessieren.

Haseloff

Die Definition, die ich vorhin gehört habe, befriedigt mich nicht recht, da sie nur die diskussionsbedürftigen Behauptungen als erwiesen unterstellt. Nehmen wir diese "Definition" einer "Aufweichung" an, so ist Diskussion nicht mehr nötig. Nehmen wir die Definition jedoch nicht an, so ist Diskussion nicht möglich. Es wäre deshalb anzuraten, eine Definition durch einen Beispielkatalog zu geben. Herr Hofstätter hat ja bereits auf Stilunterschiede im politischen Handeln hingewiesen.

Hier kann man zweifellos noch konkreter werden, indem man fragt: ist ein SS-Mann härter als ein NSKK-Mann und ist ein NSKK-Mann härter als ein Angehöriger der NS-Volkswohlfahrt? Dann kann weiter gefragt werden: ist innerhalb eines bestimmten Staats-Systems NSV aufgeweicht und sollte man von den Angehörigen dieser Organisation mehr Härte fordern? Wie würde die entsprechende Betrachtung in unserer Gesellschaft aussehen? Ist die Bundesrepublik härter als der Weimarer Staat? Es würde jedenfalls gut sein, wenn man die Definition durch einen konkreten Beispielkatalog komplettieren würde.

Eschenburg

Ich glaube, daß Sie im Grunde, auch wenn Sie andere Argumente gebrauchten, weitgehend mit Herrn Lehnecke übereinstimmen.

Blumenfeld

Die relevante Frage hat doch Prof. Wolf gestellt: Wer wird aufgeweicht? Ich möchte nun versuchen, vom Typus des Aufweichers und des Aufgeweichten wegzukommen.

Ist es nicht doch für die Definition wichtig, Herrn Martini zu fragen, ob z. B. in der Rede des Präsidenten Kennedy vom Mai 1962, in der großen päpstlichen Enzyklika Johannes XXIII. und letztlich

in den großen Krisen und Chancen des atomaren Test-Abkommens in Moskau Elemente der Aufweichung vorhanden sind? Sind solche nach Ihrer Auffassung vorhanden, Herr Martini?

Martini

Es gibt einen bestimmten Typus des "kalten Kriegers", der Verhandeln bereits für Aufweichung nimmt. Zu diesem Typus gehöre ich nicht. Selbstverständlich hat Verhandeln immer zur Politik gehört, ebenso Kompromisse, weil beides zum menschlichen Leben überhaupt gehört. Überall da, wo die eigene Macht nicht ausreicht, etwas durchzusetzen, oder weil es sich aus sonstigen Gründen empfiehlt, nicht die volle Macht einzusetzen, wird verhandelt und werden Kompromisse geschlossen. Das gehört also zum menschlichen Leben schlechthin und hat daher nichts mit Aufweichung zu tun.

Dagegen gibt es die weit verbreitete Vorstellung, daß Verhandeln ein vollgültiger Ersatz für Handeln ist. Ein anderes Beispiel: Das Abkommen von München von 1938 war nicht in sich selbst verfehlt und zu verurteilen, sondern es war nur die Konsequenz der voraufgegangenen Politik. Nachdem diese Appeasementpolitik nun einmal getrieben worden war, blieb nichts anderes übrig als München. Das heißt, man hatte ein bestimmtes Handeln versäumt und mußte daher zu einer fatalen Form des Verhandeln und des Kompromisses kommen. Das muß man auseinanderhalten. Dagegen ist es natürlich töricht, ein Verhandeln, einen Verhandlungswillen an sich, für ein Zeichen der Aufweichung zu halten.

Mayer-Amery

Eines der von Herrn Blumenfeld genannten Phänomene wird aber durch den Begriff des Verhandeln nicht gedeckt: die Enzyclica "Pacem in Terris".

Würden Sie, Herr Martini, in dem Satz, den ich jetzt zitiere, eine prinzipielle Grundlage der Aufweichung sehen oder nicht?

"Von daher gesehen ist es ungerecht, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit der geistigen Ausbildung oder der zweckmäßigen Ordnung des Staates befassen, einfach zu identifizieren mit bestimmten philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung, über Ziel und Zweck der Geltung des Menschen, auch wenn jene Bewegungen von solchen Auffassungen her entstanden und geleitet sind."

Martini

Nein, das würde ich nicht sagen. Die Frage ist nur, ob sie den erwarteten Effekt hat.

Eschenburg

Wir wollen uns nun den Erscheinungen der Aufweichung zuwenden. Herr Martini hat eine Reihe von Beispielen genannt, und ich stelle anheim, mit welchem Beispiel wir beginnen wollen.

Blumenfeld

Ich versuche, mich von den Bildern der Vergangenheit zu lösen, von denen ich den Eindruck hatte, daß sie etwas zu stark in den Gedanken von Herrn Martini durchschimmerten.

Darf ich den Punkt "Engagement" aufgreifen? Ich kann der Darstellung des Referenten hinsichtlich der Furcht der Deutschen vor einem Engagement und seiner Ausdeutung des Generalthemas nicht zustimmen. Ich halte das für wirklichkeitsfremd angesichts der überwiegenden Öffentlichkeitsmeinung in der Bundesrepublik und glaube, es ist, wenn überhaupt, beschränkt auf den speziellen Einzelfall.

Forsthoff

Sollten wir uns nicht für die heutige Diskussion von dem Begriff "Aufweichung" verabschieden? Dieser Begriff stammt zweifellos aus der Nomenklatur des Bürgerkrieges. Bürgerkriegsparteien weichen auf; sie kommen mit Aufweichung zum Erfolg.

Wenn wir die Bundesrepublik für sich besehen, tritt die in Frage stehende Aufweichung gar nicht auf; sie tritt nur in Relation zum Osten auf. Daß diese Relation sehr wichtig ist, bestreite ich nicht. Trotzdem weiß ich nicht, ob wir nicht besser von "Resistenz" sprechen sollten.

Eschenburg

Herr Forsthoff, Sie gehen jetzt trotz meiner Energie auf den ersten Diskussionspunkt zurück, aber ich weiß ja, daß Sie in diesen Dingen der Stärkere sind.

Nehmen Sie doch das, was Sie von der anderen Seite her sehen und "Resistenz" nennen, in die Definition mit auf.

Blumenfeld

Ist Ihr Diskussionsbeitrag, Herr Prof. Eschenburg, nun ein Kompromiß, oder gehört er schon in den Bereich der Aufweichung?

Eschenburg

Das stelle ich Ihrer eigenen Beurteilung anheim, Herr Blumenfeld.

Aber Sie haben hier doch eine Frage angeschnitten, die meiner Ansicht nach im Mittelpunkt der Erscheinung steht, nämlich die Frage: Engagement und Wahl. Wenn ich versuche, Sie zu interpretieren wobei ich nicht weiß, ob ich Glück habe - würde ich sagen: ist eigentlich Wahl in der demokratischen Ordnung Bekenntnis?

Herr Martini hat gesagt: die geheime Wahl widerspricht dem Bekenntnis; deshalb ist das Bekenntnis das Essentielle in der demokratischen Ordnung. Ich nehme an, Sie wollten diesen Punkt aufgreifen.

Blumenfeld

Das war meine Frage an Herrn Martini.

Ich glaube, er formulierte ungefähr so: ein Bekenntnis muß einen Partner haben, einen Adressaten. Herr Martini stellte also das öffentliche Bekenntnis heraus. Meine etwas provokatorische Frage lautet daher: Bedeutet dies, daß wir jubeln müssen (Herr Haffner warf uns das im "Stern" vor) und uns solcherart öffentlich bekennen sollen?

Ich lehne es ab, weil ich der Auffassung bin, daß der geheime Wahlvorgang ein absolutes Bekenntnis und ein Engagement darstellt. Herr Martini wollte vielleicht ausdrücken, daß sich zu wenig Menschen zu den demokratischen Parteien als Mitglieder bekennen; das liegt aber auf einer anderen Ebene.

Wolf

Auf das Stichwort "Bekenntnis" reagiere ich als Theologe natürlich immer etwas empfindlich.

Wir mißbrauchen es dauernd: Politiker "bekennen" sich "zu" allem möglichen. Mir wird immer schlecht, wenn ich das höre. Sie bekennen sich zur Wiedervereinigung, gegen die Mauer usw.

Entscheidend wichtig ist allerdings der Begriff des "Engagement". "Engagement" und "Bekenntnis" sind sehr unterschiedliche Dinge. Aber als möglichen Kompromiß würde ich an Stelle des Bekenntnisses doch den Gedanken des "Tatbekenntnisses" setzen. Das meint nämlich als proklamationsfreie konkludente Handlung das Engagement, das mich dazu verpflichtet, für das, was ich für gut, richtig und notwendig halte, aktiv einzutreten.

Und das geschieht ja doch auch fraglos im Wahlakt. Da fällt also beim Wahlakt die Bekenntnisfrage im Sinn eines proklamierenden Bekennens nach meinem Dafürhalten völlig aus, auch das Moment der Öffentlichkeit als erforderliche Folie. Das Handeln im Engagement braucht sie nicht. Ich meine, es wird von der Sache her bestimmt. Es muß eben nicht jeder Beitrag, den ich als Staatsbürger zum Aufbau des Staates leiste, an die Öffentlichkeit und vor die Öffentlichkeit. Aber der Beitrag muß in die Öffentlichkeit hineinwirken, diese Öffentlichkeit ist allerdings eine andere als die, der gegenüber das Bekenntnis zu stehen kommt. Infolgedessen würde ich meinen, wir sollten die Problematik von Bekenntnis im Zusammenhang mit dem Wahlakt ruhig einmal völlig beiseite stellen und alles auf das Problem des Engagement konzentrieren.

Denn da scheint mir, nachdem der noch nicht zu Ende definierte Begriff der Aufweichung schon verlassen ist, jetzt eigentlich der springende Punkt zu liegen; der Mangel an Engagement, der festgestellt wird und dessen Herkunft Herr Martini uns durch psychologische und sozialpsychologische Analysen, durch bestimmte Strukturen, durch Drohungsmomente, Sicherungsmomente und dergleichen mehr zu verdeutlichen versuchte.

Haseloff

Auch nach meiner Auffassung sollte man sich noch genauer mit dem Problem des Engagement beschäftigen. Wenn hier demokratische Wahl und außeralltägliches, riskiertes Bekenntnis einander gegenübergestellt werden, sollte man sich eigentlich daran erinnern, daß auch gerade das autoritäre Regime dazu neigt, Bekenntnisse zu fordern oder zu erzwingen.

Zur Demokratie gehört demgegenüber dieser geschützte Raum, in dem sich der einzelne unkontrolliert zu entscheiden vermag.

Wichtig ist zunächst jedoch die Frage, woher eigentlich Herr Martini weiß, wie es in der Bundesrepublik mit der Bereitschaft zum Engagement steht.

Seine Gedankenführung sowie seine Schlußfolgerungen mögen formal richtig oder falsch sein. Wir begegnen hier jedoch der einfach als richtig vorausgesetzten Behauptung: "es gibt keine genügende Bereitschaft zum Engagement."

Bereits über die Tatsachenbasis, nicht erst über die vorgetragenen Beweisgründe und Argumentationen, kann man ganz anders denken als der Referent.

Wie immer man etwa den 17. Juni betrachten will unverkennbar ist dabei eine außerordentliche Bereitschaft zum Engagement sichtbar geworden. Soweit hier jedoch überhaupt auf prüfbare Tatsachen Bezug genommen wird, ist ihre Auswahl nicht nur unrepräsentativ, sondern auch höchst tendenziös. Schon der Begriff "Aufweichung" selbst signalisiert und impliziert eine Blickstellung, in der rundum nur gesehen wird, was in das vorgegebene Konzept paßt.

Wenn "Aufweichung" nicht einfach gleichgesetzt wird mit kritischer Rationalität sogenannter Intellektueller, sondern ein größere Gruppen betreffender Prozeß sein soll, dann muß die These, es gäbe in der Bundesrepublik nicht genügend Bereitschaft zum Engagement, zunächst ernsthaft geprüft werden. Ich kenne sehr viele ...

Kesting

Meinungsumfragen?

Haseloff

Beispielsweise auch die! Ich leite selbst solche Umfragen und kenne sehr viele Ergebnisse, die deutlich zeigen, daß sehr wohl eine Bereitschaft zum Engagement besteht. Denken Sie doch an die Kriegsdienstverweigerer.

Forsthoff

Heute ist die Kriegsdienstverweigerung Engagement, nicht aber der Wehrdienst.

Haseloff

Richtig! Aber hier war eine andere Art von Engagement gemeint. Die Voraussetzung, daß die Überschätzung des Gegners die wichtigste Gefahr darstellt, ist tatsächlich falsch. Jeder Irrtum ist gefährlich. Aber die Unterschätzung des Gegners begünstigt die Bereitschaft zu riskanten Abenteuern.

Wir haben Einstellungsmessungen durchgeführt, wo durch die Einschätzung militärischer Stärke Haltungen ermittelt wurden, die für die direkte konventionelle Befragung nicht erreichbar sind. Scheinbar wurde die Informiertheit ermittelt, indem etwa gefragt wurde: wieviel "Raketen" (oder Flugzeuge, U-Boote oder Panzer) hat die Sowjet-Union: Sind es 16, 36, 366 oder 3600? Bei den Befragten ergibt sich so eine ganz bestimmte Meinungsverteilung. Der Aussagewert der Ergebnisse folgt aus der Tatsache, daß es keineswegs zufällig ist, welche Information jemand gewinnt und wie er ihre Wichtigkeit und Glaubwürdigkeit beurteilt.

Wenn man Herrn Martinis These folgt, müßte die Mehrheit der Deutschen annehmen, die Sowjet-Union verfüge über 3600 U-Boote. Die Mehrheit nimmt aber an, sie hätte nur 36 U-Boote. Ebenso ist es mit der Zahl der Divisionen. Ich sehe nun eine Gefahr vor allem in dem Tatbestand dieser Unterschätzung. Dabei beurteile ich die Chancen rationaler Aufklärung und rationaler Argumentation doch positiver. Ich glaube, daß durch die wahrheitsgemäße Information eine reifere politische Haltung zustandekommt, als wenn die Bevölkerung in der Bundesrepublik die tatsächlichen Machtverhältnisse systematisch fehleinschätzt.

Hofstätter

"Engagement" läßt sich leider wirklich nicht an der Meinungsforschung ablesen, Herr Haseloff. Denn was Herr Martini von dem Geheimnisschutz der Wahlzelle gesagt hat, gilt ja eigentlich auch von der Meinungsforschung: man bleibt bei der Befragung anonym. Man sagt etwa: ich bin bereit, zum Mond zu fliegen oder sonst etwas zu tun - und geht dabei ein äußerst bescheidenes "Engagement" ein, das eigentlich gar keines ist.

Hennis

Herr Martini, Sie haben gesagt, die Bundesrepublik sei besonders stark aufgeweicht. Könnten Sie uns vielleicht die Meßlatte näher erklären, mit der Sie geringere und stärkere "Aufweichung" bestimmen?

Martini

Ich habe gesagt, daß hier die Tendenz vielleicht noch etwas stärker ist als anderswo, zum Beispiel dank einem gewissen soldatischen Instinkt der Deutschen, die kein Zutrauen zur Bundeswehr haben.

Wiederum: es kommt zunächst nicht darauf an, ob das berechtigt oder nicht berechtigt ist.

Altmann

Wir sollten den Vorschlag von Herrn Professor Forsthoff aufgreifen und statt von "Aufweichung" von mangelndem Widerstandswillen sprechen. Mit dieser Bezeichnung kommt man unserer Thematik wahrscheinlich sehr viel näher. Das wurde eben sehr klar am Beispiel der Kriegsdienstverweigerer. Wir sollten aber diesen Mangel an Widerstandswillen nicht von vornherein auf die Ost-West-Auseinandersetzung beziehen. Er hat tiefere Gründe. Und Herr Martini stellte selbst die Frage nach dem Staat, nach Schutz und Loyalität. Gerade der demokratische Staat, der nur formell mit dem Begriff der Herrschaft identifiziert werden kann, ist auf diesen Widerstandswillen seiner Bürger angewiesen, sowohl nach innen wie nach außen.

Wenn den Bürgern des Staates der Wille zur Selbstbehauptung und damit auch zum Engagement fehlt, werden sie in der Tat geneigt sein, vor einem Gegner zu kapitulieren.

Forsthoff

Bei der Frage nach dem Engagement ist ein Faktor nicht zu übersehen, der zur modernen Industriegesellschaft gehört.

Die moderne Politik, mindestens die Innenpolitik, ist ja so kompliziert und fachmännisch geworden, daß der einzelne sie nicht mehr realisieren kann. Er kann nicht sehen, ob sie richtig oder falsch ist. Die Industriegesellschaft bildet aus sich heraus den Typus des Fachmanns in besonderer Weise aus. Jeder gelernte Arbeiter fühlt sich in gewisser Weise als Fachmann und hat ein Gefühl für das, was der Fachmann sagt und was dem Laien zusteht.

Es liegt in der Struktur der modernen Industriegesellschaft, daß sie dem einzelnen immer mehr die Rolle des Laien zuweist. Er sagt: ich verstehe zwar etwas von Schlosserei oder Schweißerei, aber von Politik verstehe ich nichts, das müssen die Politiker machen.

Das ist, glaube ich, eine wesentliche Seite der Situation, die von der Bereitschaft oder Nicht-Bereitschaft zum Engagement, vom psychologischen Faktor weithin unabhängig ist.

Eschenburg

Damit sagen Sie aber, Herr Forsthoff, daß diese Desengagement-Erscheinungen, die wir heute in der modernen Industriegesellschaft erleben, nicht Symptome der Aufweichung, sondern Erscheinungen sui generis sind, die sich eben aus der Industriegesellschaft ergeben.

Forsthoff

Soweit wollte ich nicht gehen.

Ich wollte Herrn Martinis Argument: daß es diese Aufweichtungstendenzen auch aus Furcht, aus dem Bewußtsein mangelnden Schutzes gibt, nicht angreifen. Ich wollte nur sagen, daß es auch diesen anderen Faktor gibt.

Haseloff

Die Meinung, daß aus Informationen über Wertungen, Motive oder Ziele keine belangvolle Prognose über tatsächliches menschliches Verhalten gewonnen werden kann, halte ich für ziemlich dogmatisch. Schon im täglichen Leben machen wir aus verbalen Reaktionen unserer Mitmenschen ganz gute Prognosen über ihr Verhalten. Auch die psychiatrische Diagnose ist strukturell eine Verhaltensprognose auf Grund vorwiegend verbaler Reaktionen. Andererseits vertrete ich hier natürlich nicht die Naivität, aus Antworten auf offene Fragen direkt auf Entscheidungen in Ernstfallsituationen schließen zu wollen.

Indirekt kann man meiner Auffassung nach die Bereitschaft zum Engagement durchaus messen. Jedenfalls läßt sich aus vielen guten Ergebnissen keineswegs der Schluß ziehen, daß in der Bundesrepublik keine Bereitschaft zum Engagement besteht. Zweifellos gibt erst der Ernstfall die völlig verlässliche Information; jetzt können nur Wahrscheinlichkeitsaussagen gemacht werden. Bevor man jedoch der weitreichenden These folgt: "in diesem Land gibt es keine Bereitschaft zum Engagement", ohne daß sorgfältig Informationen gesammelt wurden, sollte vorsichtiges Prüfen einsetzen, ob diese These nicht eine Zweckbehauptung ist, die im Dienst eines bestimmten Wollens steht. Haben Sie, Herr Martini, genug Informationen gesammelt und sie sehr sorgfältig geprüft? Wie haben Sie sie ermittelt? Vielleicht können Sie uns einmal eine einigermaßen verbindliche Auskunft oder wenigstens in etwa zahlenmäßige Schätzungen geben.

Martini

Das ist ausgeschlossen. Ich habe da ja auch immer nur von einem Prozeß gesprochen. Es ist wahrscheinlich völlig unmöglich, darüber eine volle Klarheit zu bekommen.

Der Eindruck, unter dem nicht nur ich, sondern auch andere stehen, ist der, daß z. B. Bürgermeister kleinerer Orte sich sehr vorsichtig ausdrücken in allen Dingen, die damit zu tun haben. Das kann man selber ständig beobachten und man hört es immer wieder aus zuverlässiger Quelle.

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen: Es ist ja bekannt, daß die Bevölkerung in den weiten Grenzgebieten, d. h. dort, wo der Bundesgrenzschutz stationiert ist, zwar ohne jeden Zweifel antikommunistisch ist, daß sie aber andererseits Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit des Staates oder der Nato an diesen Grenzen hegt. Sie sieht die Nato dort nicht am Werke, diese ist für sie mehr oder minder abstrakt. Sie sieht lediglich den ja zahlenmäßig nur schwachen Bundesgrenzschutz, der bekanntlich über keine schweren Waffen verfügt. Diese Grenzlandbevölkerung, die wohl den Kommunismus kategorisch ablehnt, gibt dem Bundesgrenzschutz keine Chance für den Kampf.

Sehr ernsthafte, auch militärische Stellen, die über eine reiche Erfahrung mit den Grenzgebieten und ihrer Bevölkerung verfügen, beschäftigen sich mit diesem Problem. Natürlich liegt es nicht im Wesen der Sache, daß man über diese Dinge eine Statistik aufstellen könnte. Ich habe daher auch nur von einem Prozeß gesprochen und es völlig offen gelassen, wie weit er gegangen ist. Ich habe nur behauptet, daß er im Gange sei, wozu eine Fülle von Einzelbeobachtungen natürlich genügt, um das zu rechtfertigen.

Selbmann

Herr Martini, nur eine Randbemerkung zu Ihrem Beispiel. - Sagen wir nicht etwas ähnliches von den Leuten drüben, die an der Zonengrenze stehen? Sagen wir nicht: diese Leute wären nicht bereit, im Konfliktfalle die Waffen gegen uns zu ergreifen?

Ich möchte dem, was Herr Martini über Erscheinungen der Aufweichung sagte, noch etwas hinzufügen. Nehmen Sie mir das bitte nicht übel, Herr Martini, aber Sie treffen sich darin mit Chruschtschow. Chruschtschow sagte einmal - noch vor Errichtung der Mauer - zu einem westlichen Politiker: er wisse, daß die Zone wirtschaftlich noch sehr zurückhänge, und daß der Großteil der Zonenbevölkerung für den Kommunismus nicht gewonnen sei. Er glaube aber, daß die Zone die Bundesrepublik bis 1970 einholen werde. Im Westen werde es zur Krise und dann zu einer Bewegung vom Westen nach dem Osten kommen. Chruschtschow sieht also nur wirtschaftliche Gründe für die Fluchtbewegung aus Mitteldeutschland zu uns in die Bundesrepublik, er sieht nicht die ideellen und politischen Motive. Ich glaube, diese These ist nicht haltbar.

Aber auch die von Ihnen entwickelte These ist nicht haltbar. Sie haben mich nicht überzeugt. Worin liegt denn die Aufweichung? Das, was Sie von dem Ihnen bekannten Ort über einige Kommunisten sagten, die nach dem Osten hin- und herfahren, was eine Wirkung auf gewisse Teile der dortigen Bevölkerung habe, läßt sich doch nicht verallgemeinern.

Wenn wir nun vom Wähler reden, so wissen wir, daß die Parteien einen bestimmten Prozentsatz von Stammwählern haben; das ist der kleinere Teil der Wähler. Der größere Teil ist die Masse der Wähler,

die vor einer Wahl nicht festgelegt ist. Bei den Wahlkämpfen der großen Parteien in der Bundesrepublik geht es darum, die Stimmen dieser nicht festgelegten Wähler zu gewinnen.

Nach Ihrer These, Herr Martini, müßte ich nun annehmen, und ich bitte Sie, mich zu berichtigen, daß in dieser Wählerschicht die Gruppe sei, die für kommunistische Thesen oder für eine Aufweichung am anfälligsten ist.

Aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen möchte ich sagen, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten über den innen- oder außenpolitischen Weg und die sich daraus ergebende Wahlentscheidung allen eine Ablehnung des Kommunismus gemeinsam ist.

Herr Martini hat vorhin mit Recht einige Zahlen über die KPD - als sie noch existierte - sowie über die Deutsche Friedensunion gebracht, wo sich ein Teil der KP-Wähler gefunden hat. Ich glaube, gerade hier manifestiert sich das im Gegensatz z. B. zu Italien und Frankreich. Wenn wir im Verlaufe des Gespräches über Ursachen sprechen werden, werden wir darauf zurückkommen.

In diesen beiden Ländern haben die Kommunisten trotz des großen wirtschaftlichen Fortschritts im Rahmen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugenommen oder haben mindestens ihre Stellung gehalten.

Ich glaube aber, Herr Prof. Forsthoff hat vorhin schon mit Recht angeschnitten, worum es geht, als er feststellte, daß der kleine Mann nicht mehr in der Lage sei, die politischen Dinge zu begreifen. Das Wesen bestimmter Massenblätter trägt zu wirklicher Meinungsbildung wenig bei. Hier werden nur "Knüller" angesprochen. Das Problem, das darin liegt, daß der einfache Bürger das Gefühl hat, die Dinge nicht mehr zu begreifen, ist vielschichtig. Denken wir an das Problem der Sozialpolitik u. a.

Nicht nur der einfache Bürger kommt bei der Kompliziertheit der Gesetze nicht mehr mit, sondern das geht hinauf bis in die Spitzen der Parteien. Dort haben wir die Spezialisten und Experten auf den sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und anderen Sektoren. Die Materie ist so komplex geworden, daß man sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren muß. Wie soll der Bürger neben seiner beruflichen Tätigkeit das ganze politische Geschehen überblicken?

Hier liegt sicherlich ein Problem, das ich aber nicht mit Aufweichung gleichsetzen möchte. Ich würde nicht sagen, daß diese Menschen für das, was vom Osten kommt, ansprechbar seien. Daß noch vieles zur Aufklärung über den Kommunismus getan und gesagt werden muß, gebe ich zu.

Ihre Ausführungen, Herr Martini, haben jedenfalls nicht bewiesen, daß in unserem Volk die Tendenz einer Aufweichung festzustellen ist. Ich möchte das Gegenteil behaupten.

Martini

Herr Selbmann, ich sehe nicht so recht den Unterschied zwischen unseren Auffassungen. Ich habe ja nicht bestritten, sondern habe es sogar als einen großen Glücksfall bezeichnet, daß in der Bundesrepublik über den Kommunismus eine außerordentlich geringe Meinung besteht, was im Wahlakt zum Ausdruck kommt. Das Problem ist aber: warum setzt sich dies nicht in Engagement um?

Noch kurz zur Sowjetzone. Sie sagten, daß drüben die Deutsche Grenzpolizei, die Nationale Volksarmee oder die Betriebsgruppen vielleicht auch nicht kämpfen würden. Das weiß man aber nicht. Ich weiß nicht, wie weit eine Pistole des Politruks im Rücken nicht doch eine gute Kampfkraft erzeugen kann, jedenfalls für eine Weile. Aber das ist eine Sache, die wir hoffentlich nie auf ihre Realität hin prüfen müssen.

Ich möchte noch einen Vorgang beleuchten, der hier, wie ich glaube, falsch beurteilt worden ist. Nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 setzte eine sehr starke Flüchtlingswelle von der Sowjetzone in die Bundesrepublik ein, die erst durch die Mauer gestoppt wurde. Diese Flüchtlingswelle ist hier immer als eine "Abstimmung mit den Füßen" für die Freiheit und gegen das Ulbricht-Regime gefeiert worden. Das war sie natürlich auch.

In erster Linie kam aber, wie ich glaube, darin die Furcht zum Ausdruck, daß den Drohungen Chruschtschows ein höherer Grad der Realität zukomme als den westlichen Versicherungen, Berlin werde in seinem jetzigen Status erhalten bleiben. Ich sehe sonst kein rechtes Motiv für jene Massenfluchtbewegung.

Lehnecke

Die Frage nach dem Engagement ist sicherlich von besonderer Bedeutung für unser ganzes Thema. Wir waren von dem einsamen Phänomen der Wahlkabine ausgegangen, die die politischen Parteien in die Öffentlichkeit stellen, um den Bürger zu einer politischen Entscheidung zu veranlassen. Dann

stellten wir aber fest, daß das Engagement viel weitläufiger ist. Wir müssen also differenzieren. Wenn nur die politischen Parteien gemeint sind, kann man natürlich darüber diskutieren, warum sie so wenige oder so viele Mitglieder haben. Das politische oder gesellschaftliche Engagement geht aber wesentlich weiter. Wir müssen das auseinanderhalten.

Die Beispiele, die Herr Martini genannt hat, die auf eine Skepsis des Bürgers hinweisen, beurteile ich wesentlich positiver als er. Sie zeugen zum mindesten davon, daß der Bürger nicht mehr in einer naiven und bedingungslosen Vertrauensseligkeit einer tatsächlichen oder angeblichen Autorität gegenübersteht. Das allein ist für mich bereits ein Beweis für politisches Verhalten. Ein solches politisches Verhalten des Bürgers aber, das Herr Martini in dieser Weise sogar als Indiz in der Diskussion vortrug, ist überhaupt erst die Grundlage für jede Abwehr der Aufweichung oder der Infiltration. Es ist der erste politische Bildungsvorgang, der - von Herrn Martini bestätigt - erfolgreich in der Bundesrepublik vorgenommen worden ist.

Die Skepsis als rein destruktiv stehen zu lassen, würde völlig an der wesentlichen Tatsache vorbeigehen, daß sich allein mit destruktiven Grundstimmungen in der Masse der Bürger von 1945 bis heute weder der soziale noch der wirtschaftliche Entwicklungsgang der Bundesrepublik hätte vollziehen können. Die tätige Mitarbeit ist keine Phrase der politischen Parteien oder der Demagogen, sondern die Voraussetzung für das, was wir heute haben.

Die Tatsache des Engagement können wir heute nicht mehr in Frage stellen, vorausgesetzt natürlich, daß hier nicht die enge Form des Parteiengagement, sondern die weitere Form der positiven Entscheidung des Bürgers für unsere sich aufbauende Gesellschaft gesehen wird.

Altmann

Das, was Sie vortrugen, Herr Lehnecke, halte ich für bloße Ideologie. Es entspricht auch in vielem gar nicht mehr unserer Situation. Wenn ich die Vokabel "Aufweichung" einmal durch die Formulierung "mangelhafter Widerstandswille" ersetzen darf, dann deuten eine ganze Reihe von Anzeichen darauf hin - von dem Gegensatz zum Kommunismus und zur Sowjetmacht will ich einmal absehen;- , daß in der Bundesrepublik dieser Widerstandswille sehr ungenügend entwickelt ist.

Unter Widerstandswille verstehe ich hier selbstverständlich nichts, was sich an Problemen aus dem Widerstand gegen Hitler, etwa am Bild des 20. Juli 1944, ergeben hat. Ich meine damit vielmehr das Eigenständigkeitsbewußtsein der Staatsbürger, die Selbstverständlichkeit eines politisch-sozialen Unabhängigkeitsgefühls und, umgekehrt, den Willen, sich mit dem Staat als res publica zu identifizieren.

So kann heute nicht ernsthaft die Rede davon sein, daß unsere Parteien durch eine stärkere Mitarbeit der Bürger zu ausgesprochenen Mitgliederparteien werden können. Im Gegenteil spürt man eine gewisse Distanz, eine gewisse politische Indolenz, die in einem merkwürdigen aber durchaus erklärbaren Widerspruch zu einer konventionell hohen Wahlbeteiligung steht.

Die Parteien haben sich durch "Entideologisierung" dem auch angepaßt. Im Wahlkampf bedienen sie sich einer Reklametechnik, die der Wirtschaftswerbung sicherlich nach Inhalt und Form sehr viel näher als der Politik steht. Die Wähler werden geradezu zu politischen Konsumenten erzogen.

Es hat aber wenig Zweck, über diesen Tatbestand zu jammern. Der Mensch in der heutigen Gesellschaft ist - und das geht über die politischen Parteien weit hinaus - in hohem Maße zum Objekt der fest organisierten Gruppen geworden. Die Handlungsmöglichkeiten des einzelnen im Zwischenraum zwischen Verbänden und Gruppen sind außerordentlich gering. Denken Sie zum Beispiel an die Auseinandersetzung des sozialdemokratischen Führungsapparates mit dem sogenannten linken Flügel der SPD. Ich hatte durchaus keine besondere Sympathie für diesen linken Flügel, aber man muß zugeben, daß er einfach "per Apparat" zerschlagen worden ist.

Im ganzen besteht wenig Zweifel, daß die Macht der Partei- und Funktionärsstäbe gegenüber dem einzelnen Abgeordneten außerordentlich gewachsen ist. Allgemein ist die Möglichkeit, ein persönliches Urteil öffentlich zu vertreten, gering. Das alles gehört zur Struktur der Industriegesellschaft, die die Handlungsmöglichkeit des einzelnen in kollektiv geregelte Sozialabläufe auflöst - ein wesentlicher Grund für die geringe Widerstandsfähigkeit, über die wir hier gesprochen haben.

Ich würde also in einer ganzen Reihe von Fragen Herrn Martini recht geben, wenn ich dadurch nicht gezwungen würde, seine Terminologie zu übernehmen.

Eines der Schlagworte, mit dem man dieser Situation zu Leibe rücken will, ist die Forderung nach mehr "Staatsbewußtsein". Aber in der heutigen Phase der weltgeschichtlichen Entwicklung müssen

wir uns fragen, ob zum Beispiel die Bundesrepublik überhaupt noch "Staat" im klassischen Sinn des Wortes ist. Jedenfalls genügt es nicht, das Schlagwort vom Staat in die Diskussion zu werfen und sich dabei an den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zu orientieren.

In der Bundesrepublik gibt es so etwas wie geschichtlich-politisches Bewußtsein nur in Ansätzen und selbst dann ist es wenig formuliert. Die sogenannte "Bewältigung der Vergangenheit" stellt in dieser Hinsicht nur eine unzureichende Prothese dar.

Wir wissen, daß eine ganze Generation von Deutschen in angesehenen Stellungen mit dem Problem der Vergangenheit keineswegs fertig geworden ist. Denken wir auch daran, daß nach Auskunft der Staatsanwaltschaft damit zu rechnen ist, daß wir für Straftaten aus den dreißiger Jahren und dem zweiten Weltkrieg noch 15 Jahre lang Prozesse führen müssen - nachdem diese Zeit bereits seit 18 Jahren hinter uns liegt. Was da an Traditionsbewußtsein zerstört wird, ist kaum zu ermessen. Von Tradition kann bei uns wirklich nur in einem sehr beschränkten Sinn die Rede sein.

Von da aus gesehen genügt es nicht, auf die hohe Wahlbeteiligung, die Abwesenheit radikaler Gruppen und ähnliche positive Erscheinungen hinzuweisen, um damit festzustellen, daß die überzeugende Mehrheit aktiv mit dem Aufbau des "Staates" beschäftigt sei. Ich will damit nicht pessimistische Prognosen begründen, sondern nur auf die Schwierigkeiten hinweisen, in denen sich die Bundesrepublik befindet, Schwierigkeiten, die wir natürlich auch unter der Perspektive der Ost-West-Auseinandersetzungen sehen müssen. Insofern muß ich Herrn Martini recht geben: es wäre naiv, das übersehen zu wollen.

Mayer-Amery

Ich weiß nicht recht, ob ich mich dem meiner Meinung nach nicht glücklichen Begriff "Resistenzwillen" anschließen kann. Ich habe große Befürchtungen bei Ihren Ausführungen, Herr Martini.

Um gleich etwas persönliches vorauszuschicken: ich gehöre in Ihrem Begriffskatalog auch zu den Aufweichern. Ich habe nämlich ein Komitee gegen Atomrüstung mitbegründet. Aber ich sehe in dieser Bewegung, jedenfalls soweit sie nicht parteilich ausgenutzt wurde, einen der wenigen Engagement-Prozesse in der Bundesrepublik seit 1945.

Sie können sagen, daß die Leute, die sich dort engagiert haben, sich falsch engagiert haben. Aber auf jeden Fall haben sie sich in der Zeit zwischen den Wahlen in der Form des Bekenntnisses engagiert. Zu behaupten, daß die Leute alle aufgeweicht wären, ist einfach unsinnig. Das sind sie nicht; im Gegenteil, wir haben 60% unsererer ...

Eschenburg

Das Wort "unsinnig" finde ich etwas zu hart.

Mayer-Amery

Also gut, sagen wir deplaciert. Wir haben 60% unserer Energie dazu verwendet, uns von den Aufweichern zu distanzieren.

Ich fürchte, wenn Sie, Herr Martini, die Nationen durch den Terminus des Mitläufers, über den bei der Frage nach den Methoden noch zu reden sein wird, auf den Schutz vor dem primären Engagement zurückverweisen, das in der berechtigten Sorge um die Zukunft besteht, so verweisen Sie sie aus der Demokratie.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß in der Antiatombewegung nicht nur die Angst vor dem eigenen Tod eine Rolle gespielt hat, sondern auch vor dem Tod der anderen. Es ist nicht wahr, daß dies mit dem Herzinfarkt parallel gesetzt werden kann, weil der Herzinfarkt mir passiert, während der Atomtod nicht nur mir, sondern auch den anderen passiert, denen ich ihn zufüge.

Und ich glaube auch, daß die Leute, die sich hier engagiert haben, mindestens in einer primitiven Weise begriffen haben, daß uns der Staat nicht mehr schützt und nicht mehr schützen kann. Herr Martini wird diese Leute nicht mit Panzern und auch nicht mit Garde-du-corps-Helmen schützen können. Ich halte das für völlig ausgeschlossen. Das ist Ihr Rezept, Herr Martini, gegen das ich Bedenken habe. Das würde nämlich bedeuten, daß eine Minderheit die Initiative ergreift und der Mehrheit den primitivsten Anfangsprozess des Engagement erspart und zwar einfach dadurch, daß sie ihnen einen Schutz verspricht, der letzten Endes illusionär ist. Das ist mein großes Bedenken.

Hennis

Ich möchte nach diesen Ausführungen noch einmal zur Argumentationsweise des Referats zurückkehren. Da meine Frage nach dem Maßstab der Aufweichung für mich nicht befriedigend beantwortet wurde, möchte ich sie neu formulieren. Woran messen Sie das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Engagement, Herr Martini? Was Sie als Beispiel für Engagement in der Weimarer Zeit vorgebracht haben, hat doch keinen Bezug zur heutigen Situation. Was wollen Sie mit dem Beispiel der Offiziere, die damals unter Verzicht auf ihre Pensionsansprüche in die Sowjetunion gingen, eigentlich aussagen? Wo gibt es heute vergleichbare Situationen, in denen man ein solches Engagement zeigen kann?

Das führt mich darauf, daß Sie in Ihrer ganzen Argumentationsweise mit schiefen Vergleichen operieren. Um ein Beispiel zu nennen: den Begriff der Wahl am Bekenntnis zu messen, ist doch eine höchst fragwürdige Sache; oder Ihr Vergleich des heutigen Staates, der von Industriegesellschaft und Demokratisierung bestimmt ist, mit dem Modell eines Staates, das historisch völlig obsolet ist. Daß der vordemokratische autoritäre Staat für die moderne Demokratie keinen Vergleichsmaßstab abgeben kann, sollte man in Deutschland nun langsam begreifen. Man sollte doch auch zur Kenntnis nehmen, daß der deutsche Staat, der sich an einem Staatsbegriff entsprechend etwa demjenigen orientierte, den Sie haben, nun schon zweimal mit Eklat materiell und geistig von Staaten besiegt wurde, die diesen Staatsbegriff bereits vor 200 Jahren ad acta gelegt hatten. Da sollte man doch einmal überlegen, ob nicht ein Staat, der sich am demokratisch-pluralistischen Staatsbegriff orientiert, zur Resistenz viel fähiger ist als jener Staat, von dem Sie anscheinend träumen.

Martini

Vielleicht haben Sie überhört, daß ich davor gewarnt habe. Als ich vom Staatsbegriff sprach, sagte ich, daß dieser heute ein anderer geworden sei. Ich habe vor restaurativen Träumereien gewarnt. Der alte Staatsbegriff ist natürlich vorbei; das ist keine Frage, sondern eine Realität.

Hennis

Der demokratisch-pluralistische Staat ist doch viel stärker als Sie meinen, Herr Martini! Das wurde doch nun geschichtlich wirklich zweimal bewiesen, daß dieser Staat viel stärker ist als der Staat, der nun vergangen ist.

Altmann

Welcher Staat?

Hennis

Der demokratische Staat, der englische, der amerikanische, der westliche, der pluralistische ...

Altmann

Aber Herr Hennis . .

Hennis

Das ist doch gar keine Frage. Die Schwäche dieses Staates haben wir doch am eigenen Leibe deutlich genug erfahren.

Eschenburg

Herr Altmann, bitte wollen Sie direkt erwidern!

Altmann

Um erst einmal auf den Zweiten Weltkrieg zu kommen: Nicht der deutsche Staat, wie ihn die deutsche Staatslehre vielleicht zu autoritär, zu sehr an Hegel orientiert, definiert hatte, stand im Zweiten Weltkrieg der Welt gegenüber, sondern eine totalitäre Diktatur, die mit dem Begriff des Staates im klassischen Sinne nichts mehr zu tun hatte.

Wenn Herr Martini vom Staat spricht, meint er sicherlich nicht das deutsche Kaiserreich, das 1918 zugrunde ging. Und schließlich wäre es doch wohl zu ideologisch, zu meinen, daß wir den Zweiten Weltkrieg oder auch den Ersten aus Mangel an demokratischen Ideen verloren hätten. Deutschland kämpfte gegen Weltmächte. Während des Zweiten Weltkrieges stand die totalitäre Diktatur Hitlers dem bolschewistischen Imperium Stalins gegenüber. Soweit Rußland in diesem Weltkrieg der Sieger

war, war dieser Sieg gewiß kein Sieg der Demokratie über den traditionellen deutschen Obrigkeitsstaat.

Hennis

Warum aber waren die Demokratien stärker?

Haseloff

Weil sie mehr Rohstoffe und eine leistungsfähigere Industrie hatten.

Altmann

Wenn Hitler seinen Krieg zunächst erfolgreich führen konnte, dann doch deshalb, weil die Macht, die Deutschland bei seiner Herrschaft entwickelte, der europäischen Demokratien überlegen war. Von einer auch nur innenpolitisch größeren Stärke der französischen Demokratie der Dritten Republik im Vergleich zum Deutschland Hitlers kann überhaupt keine Rede sein.

Martini

Das demokratische Frankreich ist nach sechs Wochen zusammengebrochen.

Altmann

Der Realismus Ihrer Ausführungen, Herr Hennis, liegt doch sicher nicht in dieser Argumentation: er liegt nur in der Warnung vor dem Versuch, wieder einen Staat nach dem Bild des 19. Jahrhunderts restaurieren zu wollen. Das meint aber Herr Martini in dieser Diskussion nicht. Andererseits ist mit der löblichen Aufforderung, daß wir endlich eine wirkliche "Demokratie" inszenieren sollten, wenig getan.

Demokratie heißt von Rousseau bis heute etwas sehr Verschiedenes. Und eines der Kernprobleme, das die Bundesrepublik mehr trifft als ihre westlichen Nachbarn, liegt doch darin, daß die Demokratie in der Form des Nationalstaates allein nicht mehr existieren kann. Wir sind in einer Entwicklungsphase, in der die nationalstaatlich-demokratisch-parlamentarische Verfassung sich in einem tiefgehenden Umwandlungsprozeß befindet. Deshalb genügt es weder, nach mehr "Staat" zu rufen, noch zu glauben, man könne die strukturellen Schwierigkeiten unserer sogenannten Verfassungswirklichkeit damit erledigen, daß man nach "mehr Demokratie" ruft.

Fetscher

Diese Diskussion über den Staat führt uns unmittelbar auf das Referat zurück. Dort war die Grundargumentation aber gefährlich.

Selbst wenn man in der Analyse der Phänomene mit dem Referenten weithin übereinstimmte und sagen würde, die Zustimmung der Mehrheit unserer Bevölkerung zu unserer modernen Demokratie sei nicht rational begründet, sie entspränge weithin dem Motiv der prosperierenden Gesellschaft, die im Bewußtsein der Wähler zufällig mit der parlamentarischen Demokratie in Bonn assoziiert wird, braucht man daraus in keiner Weise so zu schließen, wie es Herr Martini tat.

Eine Gewißheit für Resistenz gegenüber jeder Form der Gefährdung der Demokratie wäre erst dann erreicht, wenn die zustimmenden Haltungen rational wären und nicht Rationalisierungen von irrationalen Haltungen - genauso wie übrigens bei vielen Flüchtlingen der Übergang von Ost nach West gar nicht eine Option für das andere politische System, sondern vor allem die Option für den höheren Lebensstandard war.

Dort sollte man einsetzen und versuchen, die irrationalen Haltungen allmählich zu verwandeln, so daß ein immer größer werdender Bevölkerungsteil sich aus Einsicht in die Lebensnotwendigkeit freiheitlicher Institutionen zur Bundesrepublik bekennt - und nicht aus einem von Herrn Martini so sehr empfohlenen Gefühl heraus: der Staat greife schon durch, wenn irgend etwas nicht in Ordnung sei; hier seien doch starke Waffen und eine disziplinierte Armee mit alten Traditionen.

Gewiß, in der Realität ist dieser Verhaltens-Typus vorhanden. Aber soll man ihn sozusagen als ein unveränderliches Faktum hinnehmen? Sollte man es nicht vielmehr als eine Aufgabe ansehen, diesen "Mitläufer-Typus" zu überwinden, und einen selbstbewußten demokratischen Bürger an seine Stelle zu setzen?

Martini

Man muß sozusagen zweispurig vorgehen. Ich habe nichts gegen eine "Aufklärung", nichts gegen den Versuch, mit der Ratio auch das rationale Vermögen zu wecken. Aber wir müssen uns immer über die Grenzen im klaren sein. Daraus folgt, daß wir eben auch Wege gehen müssen, die nicht über die Ratio führen.

Auch bin ich nicht gegen eine geistige Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus. Die Frage ist nur, ob man angesichts des realen Menschen, den zu ändern doch mindestens einige Generationen erfordern würde, solange warten kann und darf. Darum muß man eben zweigleisig operieren. Man muß in unserer Analyse voraussetzen, daß die Situation noch länger anhält, in der es nicht auf Argumente, sondern auf die Beseitigung der Furcht ankommt. Wieviel Zeit wir noch haben, wissen wir nicht.

Es ist daher durchaus möglich, daß ein Ernstfall eintritt, ehe jener Prozeß der Aufklärung, der Erziehung zu einem Ziel geführt hat. Ich bitte Sie also, mich nicht mißzuverstehen. Schließlich gehe ja auch ich den Weg des "Aufklärens". Ich will mir daher den Ast meiner Tätigkeit nicht absägen. Nur überschätze ich die Wirkung nicht.

Kundler

Vorhin wurde gesagt, das Engagement müsse im Dienst eines bestimmten Wollens stehen. Die Frage ist dann, ob es nicht in eine sittliche Bindung gestellt sein muß. Wenn man Engagement als bloßes kollektives Mitmachen einer politischen Taktik betrachtet, wird sich wenig über seine Beständigkeit aussagen lassen.

Stellt man es jedoch in eine sittliche Kategorie, so wird die ganze Apologie des Mitläufertums, auch die hier angeschnittene Frage nach der Bewältigung der Vergangenheit, zentral. Es ist doch kein Engagement denkbar, das auf reinem Nützlichkeitsaktieren beruht. Ich glaube nicht, daß man Engagement, wie es sich auch immer innerhalb einzelner politischer Richtungen differenzieren mag, losgelöst von der ihm zugrunde liegenden Substanz sinnvoll diskutieren kann.

Kesting

Die Frage nach dem Engagement führt uns unmittelbar zu den Links-Intellektuellen in Deutschland. Dieses Thema gehört zum Problem der Aufweichung.

Das Engagement von links - womit ich allerdings nicht die Philokommunisten meine - wird umso stärker in dem Augenblick, in dem sich der Verwaltungsstaat in Deutschland - so wie er überhaupt in westlichen Ländern etabliert ist - versteift und die Verwaltung an Macht gewinnt. Dann steigert sozusagen die Machtlosigkeit der Intellektuellen von links ihren Einsatz für die Freiheit.

Lehnecke

Wer sind sie eigentlich, diese "Linksintellektuellen"? Ich kann mir nichts darunter vorstellen.

Kesting

Na, Sie sind beispielsweise ein solcher "Linksintellektueller".

Lehnecke

Vielen Dank. Herr Blumenfeld, sind Sie als Parteifreund einverstanden mit dieser Definition?

Blumenfeld

Nein!

Forsthoff

Ist es eigentlich zweckvoll, daß wir so allgemein über die Frage sprechen, ob wir Engagements haben oder nicht? Wenn ich Herrn Martini richtig verstanden habe, sagte er, daß das heute feststellbare Engagement oder die Engagementbereitschaft in keinem angemessenen Verhältnis zur Lage steht. Dazu wäre zu sagen, daß aus der Struktur der modernen Industriegesellschaft allgemein eine reduzierte Bereitschaft zum Engagement folgert. Diese Tatsache hängt mit der Laienhaftigkeit zusammen, in die sich der einzelne versetzt fühlt, und mit der Beanspruchung des einzelnen in der industriellen Gesellschaft selbst Beruf, Strapazen der Freizeit und vieles andere mehr. Von daher wird Politik einfach nicht realisiert - auch die Gefahr nicht.

Wer einmal in der peinlichen Lage war, einem Vorbereitungskomitee für Feiern des 17. Juni anzugehören und überlegen zu müssen, was man jetzt machen soll, ohne daß das Ganze ein leeres Wortgeklingel wird, hat die mangelnde Engagementbereitschaft am praktischen Beispiel exerziert. Diese würde die kommunistischen subversiven Kräfte in Deutschland genauso in Schwierigkeiten versetzen.

Von diesen Dingen haben wir hier noch nicht gesprochen; sie gehören aber mit zum Gesamtbild. Es wurde von denen gesprochen, die die Gefahr realisieren, aber sie vernebeln, vertuschen oder ideologisch verdrehen. Wie weit das heute reicht, darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Ich glaube nur, daß man diese beiden Dinge genau nebeneinander halten und nicht allgemein von mangelnder Bereitschaft zum Engagement sprechen sollte.

Mohler

Ich möchte in die gleiche Kerbe hauen. Ich glaube, wir bekommen in unserer Diskussion nur dann Boden unter die Füße, wenn wir den Begriff des Engagement etwas härter fassen.

Es sind zwei Begriffe im Zusammenhang mit Engagement gebildet worden, die ich für sehr verräterisch halte. Zunächst wurde gesagt: Kriegsdienstverweigerung ist auch ein Engagement. Dann wurde gesagt: es ist kein Engagement in einer bestimmten Richtung. Das setzt also voraus, daß es ein unbestimmtes Gefühl des Engagement gibt. Hierauf fiel dann der zweite Begriff: Bereitschaft zum Engagement, den ich in unserem Zusammenhang völlig uninteressant finde, weil man nicht weiß, was aus diesem diffusen Gefühl werden kann. Sinnvoll ist nur, wenn wir uns hier mit Engagement in einer bestimmten Richtung beschäftigen.

Nun ist aber auch nicht jedes Engagement mit bestimmter Richtung für uns wesentlich. Beispielsweise wurde gesagt: die Bevölkerung der Bundesrepublik habe sich doch beim Wiederaufbau der Bundesrepublik engagiert. Was stand denn da auf dem Spiel? Nun: ein mehr oder weniger großer Anteil am Sozialprodukt. Herr Martini hat jedoch von dem Engagement gesprochen, das einem in veränderter politischer Situation den Kopf kosten kann. Das allein ist doch der Begriff des Engagement, der hier zur Debatte steht.

Selbmann

Vorhin wurde bezweifelt, ob Engagement in unserer Bundesrepublik möglich sei. Ich möchte an die Spiegelaffaire erinnern. Hier in Hamburg erfolgte doch eine bedeutende Reaktion; ich stelle dies sicherlich nicht nur als Angehöriger meiner Partei fest.

Mohler

Da war doch kein Risiko dabei.

Selbmann

Es war schon ein Risiko. Die Leute erklärten sich sofort bereit, aufzuzeigen, wie sich die Dinge abgespielt hatten. Es löste eine Reaktion in unserem Volk aus; ein Minister mußte gehen und die Regierung wurde umgebildet.

Wenn Sie mit Ausländern aus den westlichen Ländern sprechen, wird diese Reaktion uns gegenüber als Positivum gewertet. Man sagt, dieses Ereignis habe gezeigt, daß bei uns doch demokratisches Bewußtsein und der Wille nach Sauberkeit im Staate vorhanden sei. Es hat Konsequenzen gehabt, die auch heute noch nachwirken.

Mohler

Aber was riskierte man dabei?

Martini

Das Risiko vermag auch ich nicht zu sehen.

Haseloff

Wäre es Ihnen lieber, wenn man hier Gefahr für Leib und Leben hätte akzeptieren müssen? Wofür soll denn Gefahr hier als Argument gelten?

Mohler

Dieses Risiko, dieses Engagement, von dem hier gesprochen wird, ist doch eine völlig unverbindliche Angelegenheit!

Pentzlin

Zeigt sich in dieser Stellungnahme nicht das Gegenteil einer Risikobereitschaft? Herrscht bei denen, die hier aufbegehrt haben, nicht schon die Meinung vor, daß dieser Staat fällt? Haben wir es hier nicht schon mit einem Ergebnis der Aufweichung zu tun? Die Leute engagieren sich jetzt in der Richtung, die ihrer Meinung nach künftig die herrschende sein wird.

Eschenburg

Es ist hier mehrfach von den Kriegsdienstverweigerern gesprochen worden; die meisten von uns kennen sie aber nicht. Wir haben in Tübingen 40 Kriegsdienstverweigerer in den Kliniken. Unsere Klinikdirektoren, deren große Mehrheit keine Pazifisten sind, sind von dem Fleiß, der Sorgfalt und der Arbeit, die die Kriegsdienstverweigerer dort zeigen, äußerst angetan.

Ich habe die Gruppe eines Abends zum Abendessen eingeladen und mich mit allen unterhalten. Unter den vierzig war nicht ein einziger Kommunist; es waren meist Sektierer. Sie waren in der Regel in ihrem Beruf als Handwerker, leitende oder mittlere kaufmännische Angestellte sehr erfolgreich. Aus den Personalunterlagen ging hervor, daß sie in recht guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebten. Zwei Drittel der Kriegsdienstverweigerer besaßen einen eigenen Wagen.

Sie mußten sich gegenüber ihrer Kundschaft oder gegenüber ihren Mitarbeitern und Vorgesetzten z. B. in Unternehmen als Kriegsdienstverweigerer bekennen; denn weil man sie nicht zum Militär-, sondern Klinikdienst einzog, wurde ihre Haltung bekannt. Das haben sie alles auf sich genommen. Hier war also wirklich Bekennermut vorhanden. Das hatte ich vorher nicht in diesem Ausmaß gewußt, sondern stellte es erst während jener abendlichen Unterhaltung fest.

Zweifellos liegt hier ein echtes Engagement mit einem hohen Maß an Zivilcourage vor. Es folgt daraus, daß man das Wort Engagement wertneutral anwenden, also die Richtung, in die das Engagement gleichsam geht, außer acht lassen muß.

Nun scheint es Herrn Martini gar nicht um das Engagement des Kriegsdienstverweigerers oder in der Spiegel-Affäre zu gehen, sondern, wenn ich ihn recht verstanden habe, denkt er an ein ganz bestimmtes, nämlich an ein antikommunistisches Engagement. Das hat er sehr deutlich an Hand des Erlebnisses aus dem ihm bekannten Ort illustriert, und das meinte er auch, als er den Gang zur Wahlurne deutete.

Ich glaube, daß wir in Deutschland einen Mangel an Engagement aus Angst vor dem Kommunismus gar nicht in so großem Maße haben, wie Herr Martini es uns schilderte, und die antikommunistische Einstellung ist sicherlich außerordentlich groß. Dennoch akzeptiere ich Herrn Martinis Beispiel aus folgenden Gründen: Wir leben nun einmal in einem Rechtsstaat. Die Bürger sagen sich: Hier sind Kommunisten, die in die Ostzone fahren, die sich miteinander unterhalten - aber das alles ist weder gesetzeswidrig noch polizeiwidrig; dagegen kann man nicht einschreiten. Man ärgert sich zwar darüber, aber es hat keinen Zweck, diese Leute anzuzeigen; denn es fehlen die nachweisbaren Tatbestände eines gesetzeswidrigen Verhaltens. Wir mögen diese Situation bedauern oder begrüßen - über Engagement oder Desengagement sagt das aber noch nichts aus. Die Frage ist also, ob hier tatsächlich so etwas wie ein Desengagement im Sinne der Aufweichung, nämlich aus Angst vor dem Kommunismus, im Sinne des Mitläufertums besteht. Das scheint mir das Kriterium zu sein, worauf es Herrn Martini ankam.

Haseloff

Unsere Diskussion scheint zu zeigen, daß wir alle nicht genau wissen, wie stark das von dem Referenten gewünschte militante antikommunistische Engagement ist. Ich glaube nicht, daß Herr Martini in dieser Sache ein zuverlässigeres Wissen hat als andere hier. Und die Diskussion scheint mir weiterhin zu zeigen, daß paratheoretische Argumentationen auftreten, daß jeder sich aufgefordert sieht, sein Bekenntnis abzulegen. Es wird eindringlich von Risiko und Engagement gesprochen - wir sollen also wohl unser Bekenntnis ablegen. Dennoch ist hier kaum der richtige Ort, Bekenntnisse auszutauschen. Wir sollten uns vielmehr auf den rationalen Kern der Sache einstellen, die hier vorgetragen und verhandelt wird.

Dazu wäre noch einmal die Struktur der Gedanken- und Beweisführung zu verfolgen, die wir gehört haben. Das sieht so aus: Im Wahlvorgang tritt wegen der Risikolosigkeit die wahre Meinung in Erscheinung. Es bleibt offen, ob das viel oder wenig wert ist. Jetzt kommt das unserer Referenten interessierende Problem: warum verdichtet sich diese wahre Meinung nicht zum Engagement? Die Erklärung lautet: die Vorstellung ist zu sehr verbreitet, der Osten sei stärker als der Westen oder er sei eher geneigt, seine Macht rücksichtslos einzusetzen. Danach kommen Beweise oder vielmehr Eindrücke und Beispiele: wir erfahren, was Whittacker Chambers gesagt hat - eine Gallup-Untersuchung wird erwähnt und schließlich kommen private Erfahrungen aus einer grenznahen Kleinstadt und deduktivische Kombinationen.

Bis zu diesem Punkt der Gedankenführung würde ich erstens sagen: die Risikolosigkeit der demokratischen Form der Wahl ist kein Gegenbeweis gegen Engagement oder Risikobereitschaft.

Zweitens: ob Bereitschaft zum Engagement vorhanden ist oder nicht, weiß jedenfalls bis zur Stunde niemand zuverlässig. Letzten Endes zeigt sich das erst im Ernstfall.

Drittens: die überwiegende Verbreitung der Vorstellung, der Osten sei stärker als der Westen, ist nachweislich jedenfalls für die Bundesrepublik falsch.

Viertens: was Whittacker Chambers sagt, erscheint mir in diesem Zusammenhang nicht sehr wichtig und ist auch kein Beweisgrund. Auch die Individualerfahrung vermag nichts gültig zu beweisen.

Nun folgen die Umkehrung der klassischen Funktion des Rechtsstaates und Behauptungen über die innere Unsicherheit der Bundeswehr, die ich nicht nachprüfen kann.

Zum Schluß erfahren wir die Auskunftsmittel gegenüber der als bedrohlich gedeuteten Situation: Zunächst die demonstrative Bereitstellung konventioneller Waffen. Hier wird psychologisch argumentiert: die nuklearen Waffen seien zu abstrakt. Abstrakte, nicht sichtbare Waffen nützen nichts, da das nicht anschaulich Vorstellbare nur Psychopathen und Neurotiker beschäftige. Dem Normalmenschen, wie er hier erscheint, muß man Panzer und Paraden zeigen, auch wenn sie nicht mehr effektiv sind.

Dies alles dürfte jedoch keineswegs eine richtige Psychologie sein. Hinzu kommt, daß die Unterschätzung des Engagement durch die Demonstration konventioneller Waffen in Wahrheit keine Bereitschaft zum Engagement, sondern nur eine systematisch manipulierte Fehlvorstellung vom wahren Risiko erzeugt. Die "optische Aufrüstung" stellt ja eine Fehlorientierung in bezug auf die wahren Verhältnisse dar.

Was soll mit dieser Fehlorientierung erreicht werden? Darüber bekommen wir eine klare Auskunft: es müßte gefährlicher werden, ein Mitläufer des Ostens zu sein, als es nicht zu sein. Der sonst von Herrn Martini geschätzte Mitläufer soll also offen mit gefährlichen Sanktionen bedroht werden. Das aber dürfte ein sehr gefährliches Spiel sein, besonders, wenn mißliebige Staatsbürger ohne Berufungsinstanz als "Mitläufer neuer Art" klassifiziert werden dürfen.

Pentzlin

Ich glaube, daß die Diskussion sich im Kreise bewegt, wenn wir nicht stärker auf die Motivationen der Aufweichung eingehen. Man muß sich darüber klar sein, daß bei diesen Motivationen das Irrationale immer das Rationale schlagen wird, so nutzbringend es auch sein mag, rational einwirken zu wollen.

Unter den Motivationen spielt eben das Gefühl der militärischen Überlegenheit eine große Rolle. Ob nun das Gefühl vorherrscht, daß der Osten heute überlegen ist oder es 1970 sein wird, ob das Gefühl nach jedem östlichen oder westlichen Satellitenstart schwankt, erscheint mir gar nicht so wesentlich. Ausschlaggebend ist immer wieder die Frage nach dem Endsieg.

Ich glaube, hier können wir auch die Frage, die Herr Papalekas gestellt hat, nicht übergehen - die Frage nach der Überlegenheit des wirtschaftlichen Systems auf Dauer. Dabei müssen wir feststellen, daß in dieser Hinsicht bei uns in weiten Kreisen ein Gefühl der Unsicherheit vorhanden ist. Das sind Tatbestände, wobei es fraglich ist, ob das die alleinigen Tatbestände sind.

Müssen wir bei der Frage nach der Aufweichung jetzt nicht die Aufweicher näher betrachten? Gehören dazu nicht häufig auch Leute, die stark engagiert sind, wie zum Beispiel die Atomgegner? Sie sind fraglos stark engagiert - sogar aus antikommunistischen Motiven. Ihr Vorgehen kann aber unter Umständen in eine prokommunistische Aktion umschlagen.

Mayer-Amery

Ich sehe den derzeitigen Prozeß vielgestaltiger. Stellen wir zunächst eines fest: keiner von uns hier kann dem Volk vorschreiben, wie und wo es sich engagiert. Wenn das Volk sich für eine wertfreie Wochenzeitschrift engagiert, sind wir nicht berechtigt, es den Leuten abzuschlagen. Ich kann mich erinnern, daß der verstorbene Aneurin Bevan, dem man bestimmt keine antidemokratische Haltung nachsagen kann, einmal erklärte: "Ich werde auf die englische Atomwaffe nicht verzichten, denn ich gehe nicht nackt ins Konferenzzimmer." Daraufhin antwortete ihm J. B. Priestley: "Und wenn das Volk es will, gehen Sie nicht nur nackt ins Konferenzzimmer, sondern wie ein Zebra angemalt."

Ich halte es für eine Anmaßung, wenn man dem Volk grundsätzlich vorschreiben wollte, wo und wie es sich engagieren soll. Soweit sind wir noch nicht. Dieses Volk hat noch keine demokratischen Prozesse hinter sich. Wir können uns Gedanken darüber machen, ob ihm Zeit bleibt, solche Prozesse zu durchlaufen, oder nicht, - diese Gedanken sind erlaubt, und sie können uns schlaflose Nächte bereiten. Aber wir können daraus nicht schließen, daß wir dem Volk diese Prozesse ersparen müßten, weil es dafür zu spät sei. Ich glaube nicht, daß es schon zu spät ist.

Vielleicht werden Sie sagen: das ist Wunschdenken. Na gut, dann ist es Wunschdenken. Entweder stehen wir zu diesen Prozessen oder nicht. Ich sehe nicht ein, daß wir sozusagen im Dienst einer Anschauung die unmittelbaren axiomatischen Konsequenzen dieser Anschauung leugnen dürfen. Wir können den Leuten zwar als Rat empfehlen: so und so darf es nicht laufen - aber wir können sie nicht zwingen, in einer bestimmten Richtung zu denken, zu fühlen und sich zu engagieren. Sonst müssen wir einen Rat der Zehn bilden, eine venezianische Republik, in der über die Denunziationen sozusagen auf höchster Ebene, von Leuten, die vom heiligen Geist erleuchtet werden, entschieden wird. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Eschenburg

Herr Mayer-Amery, ich glaube gar nicht, daß es Herrn Martini zunächst darauf ankam ...

Mayer-Amery

Nein, ich habe nicht von Herrn Martini allein gesprochen, sondern vom allgemeinen Trend.

Martini

Darf ich noch etwas richtig stellen, Herr Professor Haseloff. Wenn ich von der optischen und damit psychologischen Wirkung der konventionellen Waffen spreche, befürworte ich sie natürlich nicht etwa nur aus psychologischen Gründen. Ich gehöre zu denen, die bereits 1949 - wie Sie in der "Süddeutschen Zeitung" nachlesen können;- , also noch vor dem Korea-Krieg, dringend vor einer Überschätzung der Atombombe gewarnt und dafür plädiert haben, auch eine Alternative zum Atomkrieg vorzubereiten. Ich bin immer der Auffassung gewesen, daß wir nicht leichtfertig davon ausgehen dürfen, in Zukunft sei nur noch der Atomkrieg möglich. Ich habe daher einer konventionellen Aufrüstung neben der nuklearen das Wort geredet, weil ich sie aus militärisch-strategischen Erwägungen für richtig halte. Der psychologische Effekt ist dabei nur ein Nebenprodukt. In diesem Punkt bin ich anscheinend gründlich mißverstanden worden.

Eschenburg

Herrn Martini kam es meines Erachtens darauf an zu sagen, daß in der Bundesrepublik ein erheblicher, wenn auch schwer meßbarer Grad der Aufweichung besteht. Das trifft auf die ganze westliche Welt zu und eben auch auf uns.

Wir sollten nun nach den Ursachen für diese Aufweichung fragen und sie zu erklären suchen.

Mohler

Ich gehe mit den Ausführungen von Herrn Martini ganz einig. Ich vermißte in seinem Referat jedoch das meines Erachtens heute gefährlichste Phänomen der Aufweichung.

Bis vor kurzem gab es doch einen festen Kern von Antikommunisten. Aber nun besteht die Gefahr der "Aufweichung" gerade dieser Gruppe. Diese Aufweichung rührt davon her, daß wir weltpolitisch von einem Zustand des Blöcke-Dualismus in einen Zustand des Blöcke-Pluralismus übergegangen sind. Solange man einen Blöcke-Dualismus hatte, also auf der einen Seite den westlichen Block, auf der anderen den geschlossenen östlichen, den kommunistischen Block, war es einfach. Da lag die Option für diese Antikommunisten auf der Hand.

Wenn wir jetzt aber vor einem gespaltenen östlichen Block stehen, kann ich sowohl den russischen als auch den chinesischen Kommunismus ablehnen. Aber in dieser Spaltung des kommunistischen Blockes besteht doch für unsere Seite eine Chance. Um sie politisch zu nutzen, muß ich differenzieren.

Die bisherige Globalablehnung des Kommunismus, die im wesentlichen moralisch bedingt war, muß einer geschmeidigeren, einer politischen Haltung weichen. Mir scheint, daß da die Gefahr der Aufweichung des grundsätzlichen Antikommunismus liegt, denn wenn man diese ...

Altmann

Das ist sehr richtig! Man muß von Seiten des Antikommunismus darauf achten, daß sich die Kommunisten auf keinen Fall spalten, denn wenn sie sich spalten, werden die Antikommunisten ja aufgeweicht.

Mohler

Das ist wirklich die gefährlichste Aufweichung heute: daß der feste Kern der entschiedenen Antikommunisten nun sozusagen um die moralische Ausschließlichkeit ihres Standpunktes gebracht ist.

Als politisch reagierende Wesen können sie ja nicht darauf verzichten, die aus der Spaltung der kommunistischen Welt resultierende Chance zu nutzen.

Fetscher

Mir scheint nichts gefährlicher als ein gefühlsmäßiger Antikommunismus, der sich nicht auf Argumente und rationale Gründe, sondern auf Horror stützt. Man muß versuchen, die Option für die freie pluralistische westliche Welt rational zu argumentieren und zu fundieren, auch bei den einfachen Menschen. Anders geht es nicht.

An der Ostpreußenfront während des zweiten Weltkrieges konnte ich z. B. fast genau den Tag fixieren, an dem die beabsichtigte Wirkung der antikommunistischen Propaganda der Nazis in ihr Gegenteil umschlug, als sie nämlich nicht mehr eine Stärkung der Widerstandskraft der Armee bedeutete, sondern deren vollständige Brechung. Ich habe damals gesehen, wie das erste preußische Infanterieregiment in Massen überlief, eben, weil die Landser sich sagten, gegen diese dämonischen "Untermenschen" könnten sie nichts mehr ausrichten.

Diese Situation kann in jedem Krieg auf jedem Kriegsschauplatz eintreten, auch wenn der Westen im ganzen militärisch überlegen ist. Dann reicht zur Festigung der Verteidigungsbereitschaft nur noch die Überzeugung von der moralischen Überlegenheit und Richtigkeit der eigenen Sache aus.

Ein aus dem irrationalen Affekt erwachsender Antikommunismus scheint mir ebenso gefährlich zu sein wie das (real unberechtigte) Sicherheitsgefühl angesichts dicker Kanonen und starker Panzer. Beide Haltungen sind nicht nur unzulänglich, sondern sogar gefährlich für die Bürger eines demokratischen Staates. Zu der gewiß undankbaren und immer auch ein wenig "utopischen" Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung gehört auch die vom Bewußtsein der Richtigkeit und des Wertes der eigenen politischen und sozialen Ordnung ausgehende sachliche Analyse und Erkenntnis des sowjetischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Das heißt, daß man nicht blind sein darf gegenüber Entwicklungen, die tatsächlich stattfinden. Das ändert nichts an unserer prinzipiellen Einstellung gegenüber dem Kommunismus.

Martini

Ich stimme Ihnen zu, daß man keiner antikommunistischen Propaganda im törichtem Ausmaß, wie sie die Nazis betrieben, das Wort reden soll. Denn diese Propaganda widerlegt sich selbst, sobald die Leute sehen, daß auch Kommunisten zwei Augen und eine Nase haben wie wir.

Ich glaube aber, daß die antikommunistische Ablehnung bei uns in der Bevölkerung doch zu einem ganz großen Teile auf dem intensiven und permanenten Kontakt mit Flüchtlingen aus der Sowjetzone beruht und auf Kontakt mit Verwandten in der Zone.

Fetscher

Ja, Ja!

Martini

Dabei gilt hier natürlich als Kommunismus der Zonenkommunismus, also die Verlängerung des Stalinismus. Das ist, wie ich glaube, nicht so affektbedingt, wie Sie meinen.

Papalekas

Herr Fetscher hat einen meines Erachtens sehr statischen Begriff der pluralistischen Gesellschaft benutzt und dabei von einer notwendigen "Option" für diese pluralistische Gesellschaft gesprochen.

Dazu nur zwei kurze Bemerkungen. Erstens: Die pluralistische Gesellschaft ist nicht statisch und geschlossen, sondern dynamisch und offen, d. h. sie ist entwicklungs- und wandlungsfähig. Die pluralistische Gesellschaft gibt es nicht. Der heutige Pluralismus unterscheidet sich strukturell wesentlich von dem Pluralismus etwa der Weimarer Zeit, ohne allerdings frei von ernststen Gefahren für den Staat und das Gemeinwesen zu sein. Es gibt sehr unverdächtige Leute in der westlichen Welt und auch in der Bundesrepublik, die manche Auswüchse der pluralistischen Gesellschaften des Westens mit ziemlicher Sorge betrachten. Die Tätigkeit der "pressure groups" in den Vereinigten Staaten ist nach ziemlich einhelliger Auffassung keineswegs unproblematisch.

Zweitens: Der Pluralismus ist aus diesen Gründen weder überzeugend noch beliebt. Der Umstand, daß auch das industrielle System im sowjetischen Bereich inzwischen pluralistische oder quasi pluralistische Tendenzen aufweist, ist zusätzlich geeignet, den Terminus Pluralismus im gesellschaftlichen Bewußtsein abzuwerten. Er eignet sich daher nicht für eine "Option".

Hofstätter

Ich halte unser Denken und Reden in der Terminologie vom Kommunismus und Antikommunismus für eine Aufweichungserscheinung. Die reale Gegebenheit ist das russische Weltreich. Daß dieses als propagandistischen Auslandsschlagler den Kommunismus verwendet, ist nicht mit seinem eigenen Wesen identisch.

Wie man sagt, fallen ja gerade im kommunistischen Staat Theorie und Praxis sehr weit auseinander. Vielleicht sollte man diese Überlegung um einen Schritt weiterführen und sich zum Beispiel fragen, ob unsere außenpolitische Situation wirklich so wesentlich anders wäre, wenn in Pankow nicht ein Satellit Stalins sondern ein Satrap des Zaren säße.

Mayer-Amery

Da kann ich nur erwidern, daß Sie, Herr Hofstätter, im Katalog von Herrn Martini als ein Aufweichler angeführt sind.

Altmann

In der Tat!

Hofstätter

Ich weiß nicht, ob das ein Aufweichen ist, jedenfalls war es nicht so gemeint.

Was wir heute mit Rußland erleben, hat man ja schon vor gut 150 Jahren gekannt - sehr lange also vor Marx und Lenin. Ich meine damit, daß der Zar Alexander I. auf Grund seines Bündnisses mit Napoleon Finnland eroberte und im September 1809 samt den Alandinseln in Besitz nahm. Im Mai 1812 erzwang er die Abtretung Bessarabiens von der Türkei. Auf dem Wiener Kongreß gelang es ihm, ein mit Rußland in Realunion stehendes Königreich Polen mit der Hauptstadt Warschau zu errichten. Den Plan des Zaren, den von ihm abhängigen Bernadotte zum König von Frankreich zu machen und damit Deutschland von Ost und West her zu umklammern, konnte Metternich durch die Wiedereinsetzung der Bourbonen eben noch vereiteln. Es gelang dem Zaren aber, auf die französische Verfassung entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Daß es ein hervorragender Propagandatrick der Russen ist, den Intellektuellen des Westens eine Diskussion über Weltanschauungsfragen anzubieten, wo es letztlich doch um Machtfragen geht, würde ich durchaus konzедieren. Ob es für uns allerdings klug ist, über Stalins Parteidogmatik Alexander I. zu vergessen, ist eine andere Frage.

von Berenberg-Gossler

Wir sprechen doch hier von der westlichen Gesellschaft und der kommunistischen Drohung. Ich erinnere an Herrn Pentzlin, der sagte, es gehe schließlich um die Frage, was man denn eigentlich verteidigen solle - wofür es sich einzusetzen lohne. Ganz schüchtern war sogar einmal die Rede von freiheitlichen Institutionen. Es kommt aber nicht nur auf den freiheitlichen Charakter der Bundesrepublik, d. h. unserer Gesellschaftsordnung an, die dem einzelnen Staatsbürger oder - wenn man Herrn Martinis Ausdruck verwenden will - dem "Mitläufer" etwas Lohnendes bietet.

Es geht vielmehr um die innere Glaubwürdigkeit dieser westlichen Gesellschaftsordnung, so wie sie sich dem einzelnen Staatsbürger gegenüber manifestiert. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß "Aufweichler" auch in der Regierung und im Parlament sitzen, sowie überall da, wo gegen die innere Glaubwürdigkeit unserer westlichen freiheitlichen Gesellschaftsordnung laufend und täglich verstoßen wird.

Eschenburg

Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr von Berenberg-Gossler, handelt es sich nicht allein um ein Desengagement im Sinne einer Aufweichung gegenüber dem Kommunismus, sondern der Prozeß geht viel weiter. Es zeigt sich nach Ihrer Meinung eine weitgehende politische Indolenz, ein Mangel an Respekt vor demokratischen Verfahrensformen, ein Mangel an demokratischer Verantwortung. Das Desengagement gegenüber dem Kommunismus wäre demnach nur eine Teilerscheinung einer umfassenderen Engagementlosigkeit. Sie sprechen dieser demokratischen Ordnung also das politische Profil ab. Sie sei in einem Stadium der Indolenz.

Herr von Berenberg-Gossler weicht also insofern von Herrn Martini ab, als er sagt, das Desengagement resultiere nicht aus Furcht vor Kommunismus, aus Mitläufertum, man sei vielmehr im allgemeinen müde geworden, sich in den Bereichen des öffentlichen Lebens zu engagieren. Und das gehe von oben nach unten, fange bei den Regierungsmitgliedern an und setze sich über Abgeordnete, Soldaten und Beamte fort.

von Berenberg-Gossler

Es wird überall der Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Prinzipien, die eigentlich dazu führen sollten, eine wirksame Abwehrkraft gegen den Osten darzustellen, werden laufend einfach desavouiert.

Es ist eine allgemeine Erscheinung, die sich aber besonders im Hinblick auf den Osten bedrohlich auswirkt.

Eschenburg

Das stimmt aber bis zu einem gewissen Grade mit dem überein, was Herr Forsthoff sagte: nämlich mit der reduzierten Engagementbereitschaft der industriellen Gesellschaft, die im einzelnen eben nicht mehr überschaubar sei.

Herr von Berenberg-Gossler widerspricht Ihnen, Herr Forsthoff, insofern, als er ausgesprochen die Führungskräfte, z. B. die Minister und die Abgeordneten, herausstellt. Er begründet das Desengagement nicht allein mit Unüberschaubarkeit, sondern spricht von einer allgemeinen Verantwortungsscheu aus Angst, einem Mangel an Zivilcourage. Das gilt also keineswegs nur für den Mann auf der Straße.

Forsthoff

Wir sollten hier so konkret wie möglich sein. Ich bin nicht sicher, ob es in der Breite der Bevölkerung Eindruck macht, daß es sich darum handeln müßte, die Freiheit zu verteidigen. Ich erinnere an Veits bekanntes, bald nach dem Krieg erschienenenes Buch: "Die Flucht vor der Freiheit". Welchen Stellenwert die Freiheit im Bewußtsein der breitesten Schichten heute noch hat, wissen wir nicht. Wir haben Anlaß, darüber skeptisch zu denken. Ich glaube, ein Vergleich der Zahlen der Automobile, Kühlschränke oder Fernsehapparate der Bundesrepublik mit denen der Zone macht heute den größten Eindruck und gibt die Beurteilungsmaßstäbe ab. Der Vorsprung des Westens ist hier also eine starke psychologische Sicherung.

Ich wollte aber eigentlich auf etwas anderes hinaus. Ist es vielleicht - überakzentuiert gesagt - so, daß der bundesrepublikanische Bürger, der sich nicht engagieren will - unterstellen wir es einmal;- , sich als Mitglied der modernen Industriegesellschaft systemgerecht und damit vollkommen richtig verhält? Arbeitsteiliges Denken macht die Politik zur Sache der anderen, nämlich derer, die dafür gewählt worden sind. Der arbeitsteilig denkende Staatsbürger sagt sich: ich mache meine Arbeit, ich leiste

meine Freizeit ab, widme mich noch meiner Familie und sehe fern - das ist mein Leben, Politik ist Sache der Berufspolitiker.

Und liegt es nicht im System, sich so zu verhalten und die Politik auszuklammern oder zu einer Vier-Jahressache zu machen?

Wenn dem so wäre, würden wir zu ziemlich aufregenden Konsequenzen kommen: nämlich, daß die Staatlichkeit mit der modernen Industriegesellschaft in ihren Notwendigkeiten hier in eine echte Kollision gerät. Das wäre meine Frage.

Martini

Es macht in der Tat Eindruck, Herr Prof. Forsthoff, daß es hier mehr Autos oder mehr Kühlschränke gibt. Ich habe mich aber im Kampf gegen den Kommunismus immer gehütet, auf die materiellen Unterschiede hinzuweisen; man kann doch nicht wissen, ob der Kommunismus in dieser Beziehung nicht eines Tages aufholt.

Pentzlin

Aufgeweicht, Herr Martini!

Martini

Das weiß ich nicht recht. Sollte der Kommunismus in einigen Jahren wirklich aufholen, dann könnte eben die Aufweichung aus dem gleichen Grund kommen, den Herr Prof. Forsthoff vorhin erwähnte: man sieht plötzlich auch drüben die Autos, Kühlschränke usw.

Es gibt leider noch keine soziologische Untersuchung über das Ist-Freiheitsbedürfnis in der Bundesrepublik, wobei ich mir vorstellen könnte, daß eine solche Untersuchung teilweise sehr optimistisch stimmende Ergebnisse zeitigen würde. Es wäre denkbar, daß ein starkes Bedürfnis danach besteht, z. B. das private Leben, die Wahl des Arbeitsplatzes, des Wohnsitzes usw., die Ferien und den Inhalt der Freizeit selber zu bestimmen, ein Freiheitsbedürfnis auch danach, sich über politische Dinge mündlich, schriftlich, telefonisch ohne strafrechtliche Konsequenzen äußern zu können. Ob darüber hinausgehende Ist-Bedürfnisse existieren, weiß ich nicht.

Es ist sehr bedauerlich, daß eine solche soziologische Untersuchung fehlt - die Demoskopie könnte sie mit ihren Mitteln nicht leisten. Mangels einer solchen Untersuchung müssen wir in der Politik ohne wirkliche Kenntnis dessen arbeiten, worauf es ankommt. Wir kennen nur die Soll-Bedürfnisse, weil wir sie selber formulieren. Aber wir wissen nicht, ob und inwieweit sie auch den Ist-Bedürfnissen entsprechen.

Wolf

Bisher ist das Stichwort "Glaubwürdigkeit", das uns Herr von Berenberg-Gossler gab, zu kurz gekommen. Um dieses Problem handelt es sich aber jetzt.

Demokratische Werte sind bei uns heute weitgehend Formalbegriffe. Welches Bedürfnis durch diese Begriffe gedeckt werden kann, müßte ermittelt werden, wie Herr Martini sagte. Umgekehrt: das rein Technische der politischen und auch der wirtschaftlichen Vorgänge ist so kompliziert, daß der einzelne Bürger keinen rechten Zugang mehr dazu hat. Auch das haben wir festgestellt.

Nun sprach Herr Martini an einer Stelle seines Referates vielleicht etwas rasch von einer Fülle von Ideen und "Ideen in Fülle", die zunächst dem Anschein nach fast alle nur als "Anti-Ideen" hätten interpretiert werden können. Aber eine "Anti-Idee" meinte er auf keinen Fall.

Es wäre jetzt wichtig, genauer zu erfahren, was Sie, Herr Martini, im einzelnen unter diesen "Ideen in Fülle" vor Augen haben. Wenn das Engagement, von dem wir sprachen, für den einzelnen deswegen zurücktritt, weil ihm für die komplizierten Vorgänge die nötige Sachkunde fehlt, müßte gleichwohl, offensichtlich auch in der Tendenz Ihres Referates, ein Engagement dennoch weithin durch Ideen bestimmt sein. An der Bestimmtheit durch Ideen bemißt sich auch die Frage der Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit.

Es ist reine Neugier von mir, Sie zu fragen, was sich denn konkret bei Ihnen unter "Ideen in Fülle" oder "Fülle von Ideen" verbirgt. Wenn Sie mir auch nur einen kleinen Katalog davon geben wollten!

Martini

Ich meine zunächst einmal nicht "Anti-Idee". Vielmehr meine ich solche Ideen, die sich mit den östlichen Systemen und Doktrinen nicht vereinbaren lassen und insofern im Effekt den Charakter eines "anti" gewinnen.

Wolf

Im Zusammenhang Ihres Referates war das so, gewiß; aber nun das Positive dieser Ideen? Darauf geht meine Frage hinaus.

Martini

Positiv? Ich denke an zahllose philosophische Systeme und auch an das Christentum. Wenn auch die Welt faktisch säkularisiert ist, so ist das Christentum immerhin noch eine Idee mit einer sehr großen Anhängerschaft, eine Idee, die sich beim besten Willen nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbaren läßt. Oder nehmen wir etwas ganz Triviales: die Idee der Vertragsfreiheit, wie wir sie im Bürgerlichen Gesetzbuch haben; auch sie ist mit dem östlichen Totalitarismus nicht zu vereinbaren.

Wolf

Zugegeben; aber es geht mir darum, noch mehr darüber zu erfahren, was Sie unter diesen Ideen wirklich verstehen.

Martini

Also noch einmal: keine "Anti-Ideen". Die gibt es auch, aber die meine ich nicht, sondern solche, die sich substantiell nicht mit dem Kommunismus vereinbaren lassen. Daran fehlt es nicht.

Körber

Ihre Aussage, Herr Martini, wonach Sie nicht übersehen können, ob das östliche Wirtschaftssystem zum Wohle der Bevölkerung eines Tages nicht auch so gut sein könnte wie das Wirtschaftssystem unserer freien industriellen Gesellschaft, hat mich sehr überrascht. Ich meine, in einer solchen Aussage liegt schon eine beachtliche Unsicherheit im Glauben an unser ökonomisches System. Durch einen derartigen Zweifel, insbesondere bei politisch tätigen Persönlichkeiten in unserer Gesellschaft, setzt eine unvermeidliche Aufweichungstendenz ein, die sich gefährlich auf weite Schichten unserer Bevölkerung ausbreiten kann.

Als Unternehmer möchte ich diesem möglichen Zweifel einmal die Engagementbereitschaft einfacher Menschen in der Arbeitswelt auf Grund meiner industriellen Erfahrungen gegenüberstellen.

Wie bereits Herr Professor Forsthoff zum Ausdruck brachte, ist es ein bedeutungsvolles Merkmal der industriellen Gesellschaft, daß durch die stetig zunehmenden Aufgaben- und Arbeitsaufteilungen dem einzelnen die Gesamtschau und die Erkenntnisse der Zusammenhänge genommen werden. Das hat zur Folge, daß der einzelne auf Grund der quantitativen und zum Teil widersprechenden Nachrichtenflut gar nicht richtig weiß, wo er steht, was ihn erwartet und auf was er sich schon jetzt einzustellen hat. In seinem Lebens- und Existenzraum fühlt er sich daher zwangsläufig zu den Dingen hingezogen, die er selbst erkennen und begreifen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich der Auffassung anschließen, daß die materiell bessere Situation im Westen ein beachtliches Fluchtmotiv für die östliche Bevölkerung darstellt. Für die Bereitschaft zur Flucht mag auch der Wunsch nach Rede- und Meinungsfreiheit und vieles andere mehr gelten. Diese Bedürfnisse sollte man für eine Engagementbereitschaft jedoch nicht überschätzen. Noch viel weniger ist in der Praxis der Lebens- und Arbeitswelt das militärische Schutzbedürfnis des einzelnen Mannes erkennbar.

So wie die Mehrheit der Flüchtlinge bereit ist, die Gefahren der Flucht auf sich zu nehmen, um in eine bessere materielle Lage zu gelangen, so sollte man auch die Antriebsmotive in unserer freien industriellen Gesellschaft nicht unterschätzen, die den einzelnen veranlassen könnten, für die Sicherung seiner materiellen Situation einzutreten und sich für die Gesellschaft zu engagieren, deren Wirtschaftssystem seinen materiellen Wohlstand gewährleistet.

So konnten wir in der industriellen Praxis mit Befriedigung feststellen, daß weite Schichten der Arbeitnehmer spontan bereit sind, Opfer und Selbstbegrenzungen auf sich zu nehmen, wenn dadurch ein sichtbar werdender Notstand unserer Gesellschaft gemildert werden kann. Ich denke hierbei an freiwillige Überstunden für Flutgeschädigte, Hilfe für Ostflüchtlinge bei der Errichtung der Berliner Mauer u.ä.

Diese erzielbare Engagementbereitschaft für die Erhaltung unseres Systems setzt aber voraus, daß die geistige Elite unserer Gesellschaft, die man ja in den Führungsstellen der verschiedensten Bereiche antreffen sollte, von der Überlegenheit unseres Wirtschaftssystems gegenüber dem der östlichen industriellen Gesellschaft Kenntnis hat und nicht durch Zweifel daran eine Aufweichung unserer Gesellschaft einleitet. Mögen auch die traditionellen Arbeitsweisen in der parlamentarischen Demokratie durch die zweite industrielle Revolution zum Teil überlebt und unbrauchbar geworden sein, so daß man dafür neue Formen suchen muß: Die Überlegenheit unseres westlichen ökonomischen Prinzips jedoch, bei dem die Wirtschaft selbst vom Markt und nicht wie im Osten vom Plan gelenkt wird, bleibt davon unberührt.

Lehnecke

Wir müssen Herrn v. Berenberg-Gossler für das Stichwort "Glaubwürdigkeit" sehr dankbar sein. Vorhin bekam ich einen leisen Schock, als von einem "Block der Antikommunisten" die Rede war. Es war wohl auch nur relativierend gemeint. Im Anschluß daran aber sprach Herr Martini noch von einem törichten Ausmaß des Antikommunismus der Nazis. Ich hoffe, Herr Martini, daß ich Sie mißverstanden habe. Sie wissen sicher, daß zwischen dem Antikommunismus der Nazis und dem Antikommunismus beispielsweise der CDU eine nicht nur quantitative Differenz besteht.

Ich möchte hier qualitative Unterschiede sehen und meine, daß in der Vergangenheit das verallgemeinernde Klischee des Antikommunismus der Sache der Demokratie weniger genutzt als geschadet hat: in der Frage der Glaubwürdigkeit der vorgetragenen Argumente und der Personen, die als tatsächliche oder sogenannte Antikommunisten tätig waren.

Zunächst einmal: Die Personen waren nicht in allen Fällen als Repräsentanten einer wirklich demokratischen Verhaltensweise oder eines entsprechenden Engagement erkennbar. Die Argumentation des Antikommunismus war zusätzlich noch dadurch belastet, daß sie sich weitgehend in einem rein spekulativen Raum bewegt hat. Dafür hat der Volksmund die sehr treffende Bezeichnung "Kreml-Astrologie" geprägt.

Diese Art der Argumentation hat die geistige Bewältigung des Phänomens "Kommunismus" bis heute außerordentlich erschwert. In der Praxis hat sich gezeigt - und ich spreche hier auch aus Erfahrung;- , daß eine Gegenüberstellung beispielsweise von Lohnfindungssystemen und lohnabhängigen Sozialmaßnahmen im einen oder im anderen Bereich unseres Erdballs stärker meinungs- und standpunktbildend gewirkt hat als etwa Spekulationen über den Ausspruch von Whittaker Chambers, wo nun möglicherweise die "gewinnende Seite" sei.

In diesen nicht nur materiell bezogenen Dingen etwa in den sozialen Leistungen der Allgemeinheit gegenüber dem einzelnen oder in der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit - sind bessere Erfolge auch in der politischen Aufklärung erzielt worden als durch "antikommunistische" Spekulationen. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir hier bescheiden sein sollten. Was wir summa summarum in der Bundesrepublik gemacht haben, war nicht immer das Glaubwürdigste. Aber dort, wo es glaubwürdig war, ist es außerordentlich überzeugend und auf weite Sicht auch erfolgreich zu einem Bestandteil unserer Gesellschaft geworden.

von Berenberg-Gossler

Im Zusammenhang mit dem, was Herr Lehnecke gerade gesagt hat, finde ich es erstaunlich, daß bei der Frage, was man dem Kommunismus eigentlich entgegenstellen kann und soll, und wie das auch bei unserer Bevölkerung verstanden wird, bisher nicht mit einem Wort vom sozialen Rechtsstaat gesprochen wurde.

Darf ich hier einmal den sowjetrussischen Rechtsgelehrten Lunz zitieren, der in seiner Enzyklopädie hervorgehoben hat: "Das Recht auf Eigentum ist das zentrale Institut eines jeden Rechtssystems, durch das der Charakter aller anderen Institute vorbestimmt wird". Wenn ich das private Eigentum als im Schnittpunkt zwischen Rechtsstaat und Sozialstaat liegend begreife, möchte ich in Anknüpfung an das, was Sie, Herr Lehnecke, über Lohnfindung, über die ganze Problematik der Sozialpolitik gesagt haben, voraussetzen, daß bei dem einzelnen Staatsbürger die Tatsache, daß er über sein Privateigentum - im Gegensatz zum Osten - verfügen kann, doch eigentlich eindrucksvoll sein sollte. Von diesem Gesichtspunkt her rechtfertigt sich auch ein gewisser Einsatz, sogar die Übernahme eines Risikos, und zwar nicht unter dem Zeichen verschwommener, idealistischer Anschauungen, sondern aus ganz massiven, materiellen Interessen. Ich meine, daß man in dieser Richtung sehr viel mehr tun sollte und tun könnte. Es geht um ein echtes Gefälle, das sich nicht nur in Mark und Pfennig ausdrückt, sondern auch in den Verfügungsmöglichkeiten über das, was man hier als Privateigentum hat. Ein solches Gefälle freiheitlicher Substanz im Verhältnis West-Ost müßte den durchschnittlichen

Menschen, den Herr Martini als "Mitläufer" charakterisierte, beeindrucken und vielleicht dazu führen, die Resistenz, die wir als mangelhaft in der Bundesrepublik feststellten, wesentlich zu kräftigen.

Hennis

Ich möchte noch einmal auf die These zurückkommen, daß Industriegesellschaft und demokratisches Engagement sich eigentlich ausschließen, oder vorsichtiger ausgedrückt, daß die Industriegesellschaft mit Notwendigkeit zu einer Verminderung des Engagement geführt habe. Hier wäre zunächst zur Terminologie zu fragen: ab wann datiert man die Industriegesellschaft? Ich möchte meinen, im Jahre 1933 hatten wir doch sicherlich schon die Industriegesellschaft; von einem Mangel an Engagement kann für diese Zeit doch nicht die Rede sein. Bezieht sich dieser Erklärungsversuch nicht vielmehr auf gewisse gegenwärtige Tendenzen der "Wohlstandsgesellschaft"?

In der "Industriegesellschaft" leben wir seit rund 80 Jahren; in Amerika ganz sicher, in England auch. Zweifellos hat es in diesem Zeitraum immer Epochen größerer und geringerer Politisierung gegeben. Es hat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika "back to normalcy" - die geruhsamen zwanziger Jahre gegeben; dann folgte die hochgradige Politisierung in der Ära Roosevelt; nach 1945 kam ein Tief, das im Wahlkampf von 1952 von erregtem Engagement abgelöst wurde. So gibt es immer ein Auf und Ab. Daß sich in Deutschland in den Nachkriegsjahren die Kraft des einzelnen zunächst auf den Wirtschaftssektor lenkte, war in jedem Sinne höchst erwünscht und zum anderen nach solchem Übermaß von politischem Engagement sehr erklärlich.

Auch in der Industriegesellschaft ist Engagement also keine fixe Größe, sondern immer mehr oder weniger vorhanden. Es gibt heute vielleicht außer den internationalen Problemen wenige Fragen, an denen sich politisches Engagement stärker entzünden könnte. Aber schon morgen können bestimmte Fragen, die heute nur als vage Probleme gesehen werden, als große, erregende politische Aufgaben vor unseren Augen stehen, die dann auch zu massivstem Engagement führen können. Nehmen Sie das Problem der Verschmutzung von Wasser und Luft oder die Probleme der Bildungspolitik. Heute streiten sich die Experten darüber; morgen können solche Probleme zu zentralen politischen Fragen aufsteigen.

Kurzum, die These von der Determiniertheit des politischen Engagement durch die Industriegesellschaft ist historisch nicht beweisbar. Genauso fragwürdig finde ich die These vom notwendig sinkenden Grad der bürgerlichen Sachkunde in der Industriegesellschaft. Wer verlangt denn in einer Wahl vom Wähler Sach- und Fachentscheidungen? Er soll Personen für öffentliche Ämter bestimmen, ist dabei aber weder aufgefordert, "Bekanntnisse" abzulegen, noch Fachfragen sachkundig zu entscheiden.

Vor 50 Jahren hätte ein Wähler, wenn man ihn zur Entscheidung aufgefordert hätte, ob der Karabiner Modell 96 besser sei als das Modell 95, diese Frage genauso wenig entscheiden können wie heute jemand von uns imstande wäre, zu entscheiden, ob dieser oder jener Panzer besser sei. Die Sachkunde des Bürgers war immer an bestimmten Richtungen und Tendenzen, die durch Persönlichkeiten repräsentiert wurden, orientiert. Es ist also wieder - wenn ich so sagen darf - die eschatologische Argumentationsweise Herrn Martinis, die mich irritiert. Da wird ein Idealbild des überaus sachkundigen Bürgers der Demokratie unterstellt, an dem gemessen wir alle ein wenig kurz geraten sind. Was ist der Zweck dieses Verfahrens, bei dem alle gegenwärtige Wirklichkeit als von ihrem eigentlichen Begriffe abgefallen dasteht?

Forsthoff

Ich wollte nur ein paar Worte an Herrn Hennis richten. Erstens sagen Sie, die Industriegesellschaft sei alt. Das mag sein, aber die Industriegesellschaft hat in ihrer Entwicklung unterscheidbare Phasen. Die Industriegesellschaft, von der ich heute spreche, fängt bei uns 1945 mit völlig neuen Qualitäten, der Fähigkeit der Binnensteuerung und vielem anderen an. Das hat es vor 1933 nicht gegeben. Darüber liegt inzwischen eine Literatur vor, auf die ich verweise.

Zweitens sagen Sie, der Wähler sei immer unfähig gewesen, Sachfragen zu entscheiden. Das ist richtig, aber das ist früher auch nicht gefragt worden. Früher hat er sich entschieden, ob die Politik konservativ oder parteikatholisch (Zentrum), nationalliberal, fortschrittlich oder sozialdemokratisch sein sollte. Unter diesen ideologischen Gesichtspunkten hat er sich orientiert und seine Stimme abgegeben. Das geht heute nicht mehr, weil die Ideologie keinen Ansatz mehr findet, in der versachlichten Staatlichkeit zum Zuge zu kommen. Deshalb steht der Wähler ratlos davor. Das ist das Besondere an der gegenwärtigen Situation.

Altmann

Ich möchte unterstützen, was Herr Prof. Forsthoff eben sagte, denn das scheint mir sehr wichtig zu sein. Das steht im Gegensatz zu dem, was Herr v. Berenberg-Gossler über verschwundenen Ethos sagte.

Eine ganze Reihe von Beobachtungen weisen doch darauf hin, daß sich die Struktur der Gesellschaft entscheidend geändert hat. Herr v. Berenberg-Gossler sprach von der Regelung der Sozialabläufe. Er meinte, der Bürger soll wissen, daß er mit seinem Eigentum etwas anfangen kann. Ich erwidere Ihnen, Herr v. Berenberg-Gossler, daß das Bedürfnis des Bürgers, vom Staat Konsumgarantien zu erhalten, und das Bedürfnis an geregelten Sozialabläufen viel stärker ist als sein Gefühl für Eigentum. Das ist ein Wandel des gesellschaftlichen Freiheitsbegriffes.

Ich würde auch sagen: es gibt keine Gesellschaft mehr, es gibt nur ein Sozialsystem, das von einer festen Organisation durchwachsen ist. Dazu gehört der zunehmende Ideologieverlust. Zum Sozialsystem gehören heute auch weitgehend die Kirchen. Die protestantische Kirche versucht heute auf ihrem Kirchentag, aus dem Sozialsystem auszubrechen. Beider katholischen Kirche wird das wahrscheinlich auch stärker werden.

In der Tat unterscheidet sich dieses Sozialsystem von dem, was man im 19. Jahrhundert die Gesellschaft nannte, durch seinen ausgesprochen kollektivistischen Charakter, seine zunehmende Starrheit, sein charakteristisches Reformbedürfnis, in dem sich wohl das Bewußtsein der Hilflosigkeit, der Aktionsunfähigkeit spiegelt.

Wenn Sie, Herr Hennis, meinen, die Reinhaltung von Wasser und Luft wäre ein großes Problem der Innenpolitik, so täuschen Sie sich. Es ist ein Problem der Verwaltung und Organisation. Die durch die expandierende Verwaltungsorganisation hervorgerufene Immobilität unserer Innenpolitik zeigt auf der anderen Seite, daß die innere Politik mehr und mehr zur Personalpolitik wird.

Die Aktionsfähigkeit selbst der großen Verbände scheint immer begrenzter zu werden. Dieser Erstarrungsprozeß steht dabei in einem gefährlichen Gegensatz zur wirtschaftlichen Dynamik unserer Gesellschaft - gefährlich deshalb, weil diese Dynamik dadurch immer mehr gebremst und eingeeignet wird.

Insofern teile ich Ihren Optimismus, Herr Dr. Körber, nicht ganz. Wenn heute die Menschen mehr vom unternehmerischen Wirtschaften und vom Funktionieren des Marktes verstehen als früher, so sehen sie die Wirtschaft doch wohl als bloßes Funktionsschema. Diese Neigung zu einem nur funktionalistischen Denken hat längst auf die Politik übergegriffen. So ist zum Beispiel der Präsident der EWG-Kommission, Professor Hallstein, nicht müde geworden, die These zu verbreiten, ein reines Funktionsgebilde, wie es die EWG darstellt, könne automatisch durch die Verflechtung sozialer und wirtschaftlicher Funktionen zu einem europäischen Bundesstaat werden.

Betrachten wir die Situation der modernen Demokratie, d. h. der nationalstaatlich-parlamentarischen Demokratie, im ganzen, so müssen wir zugeben, daß ihr Bild verwittert und undeutlich geworden ist. Weder die klassische Idee der Demokratie, noch der aus dem Konstitutionalismus erwachsene Parlamentarismus, noch der Staatsbegriff sind von diesem Verwitterungsprozeß verschont geblieben. Von da aus verlaufen die ethischen Appelle an diese Demokratie leicht im Sande. Ein schwieriges Problem!

Es hat wahrscheinlich wenig Erfolgsaussichten, wenn wir dieser Schwierigkeit durch Rückgriff auf tradierte Begriffe beizukommen versuchen. Wichtiger scheint mir, daß wir die neuen Tatbestände so sehen, wie sie sind.

Eine der Kernfragen unserer Gesellschaft ist ihr Mangel an Führungsfähigkeit, allgemeiner gesagt: ihr Mangel an Bewegungsfähigkeit. Die Entwicklung unserer Verfassung zur Kanzlerdemokratie ist insofern nicht nur das persönliche Werk Adenauers, sie ist auch die Antwort auf ein großes und fatales Bedürfnis unserer Öffentlichkeit: das Bedürfnis nach einer integrierenden Zentralperson, in der sich die Sachprobleme der Politik personifizieren lassen.

Das hat nichts mit Diktatur im alten Sinn zu tun. Dahinter steht die Notwendigkeit, persönliche Verantwortung und Entscheidungsfähigkeit in der Hierarchie des Staates darzustellen, auch wenn die Verfassung dafür keinen Raum gelassen hat. Deshalb ist es vielleicht gar nicht so verwunderlich, daß man Ludwig Erhard, bevor er überhaupt zum Kanzler gewählt worden ist, bereits die Fortsetzung der Kanzlerdemokratie angeboten hat. An diesem Angebot haben sich so gut wie alle Gruppen beteiligt, die Gewerkschaften eingeschlossen.

Auch in dieser Entwicklung liegen Gefahren. Die Bundesrepublik ist davon stärker betroffen als irgend ein anderes Land.

Ich wollte nur ein paar Streiflichter aufweisen, die meiner Ansicht nach alle in innerem Zusammenhang zu dem stehen, was Herr Forsthoff angeschnitten hat. Aber es ist zugleich auch eine Antwort an Herrn Martini, der an Ideen appelliert, deren Lebenskraft zweifelhaft ist und die er jedenfalls nicht aktuell zu formulieren vermochte.

Martini

Ich "appelliere" doch nicht, Herr Altmann.

Blumenfeld

Ich möchte noch einmal an den Beitrag von Herrn v. Berenberg-Gossler anknüpfen, denn ich glaube, daß er uns damit aus der Diskussion um Anti-These und Anti-Ideologie herausgeführt hat.

Wir Deutschen sind ja in mancher Beziehung etwas gefährdet - schon dadurch, daß wir alles sehr grundsätzlich betrachten. Wir erheben alles zum Prinzip und versuchen dann, es diesem Prinzip gemäß buchstabengetreu auszuführen. Ich meine, Herr v. Berenberg-Gossler, daß die Deutschen nicht viel schlechter oder besser in bezug auf Engagement sind als andere Völker Europas oder der freien Welt. Auch in anderen Staaten ist das politische Engagement keineswegs besonders groß und verläuft in erheblichen Wellenbewegungen.

Wir haben auch bei uns eine ganze Reihe von Wellenbewegungen festgestellt. Mir scheint, wir sollten in der Frage des Engagement etwas mehr Gelassenheit und Selbstbewußtsein zeigen. Dann werden wir auch den Zeitfaktor, Herr Martini, etwas vernachlässigen können.

Ich habe mich verschiedentlich im Verlauf der Diskussion als Mitglied des Bundestages angesprochen gefühlt. Man sprach von Regierung und Parlament, von den Abgeordneten und Führungskräften, die ihr Amt vielleicht nicht ganz realisieren. Ich gebe zu, daß viele Erscheinungsformen in unserer jungen Demokratie nicht gerade dazu angetan waren, beim Volk den Eindruck zu vertiefen, daß es sich schon verlohnt, für diese Ordnung ein breites Engagement einzugehen.

Herr Altmann hat ja aus naher Bekanntschaft mit meinem Kollegen Guttenberg deutlich davon gesprochen, wie überwältigend die Machtfülle bestimmter Führungspositionen und das damit verbundene Obrigkeitsdenken auch in der politischen Spitze selber sei. Herr Altmann, Sie haben völlig Recht damit! Es liegt auf der Hand, wie frustriert wir sind und das überträgt sich auch auf die Wähler. Damit stehen wir aber nicht allein in der Welt, meine Herren.

Aber, und das möchte ich besonders Ihnen, Herr Dr. Körber, versichern: ich weiß, daß in der politischen Führung der Bundesrepublik nie ein Zweifel an der Überlegenheit unseres freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bestand. Ich glaube, daß dieses Wissen um die Überlegenheit auch für den sogenannten einfachen Mann, für das Volk, wirklich eine der größten Sicherheits- und auch Kraftquellen ist.

Es gibt nur ein einziges Mittel, den von mir zuvor geschilderten negativen Eindrücken zu begegnen: das ist die rationale Aufklärung. Wir müssen immer wieder klar und einfach, glaubwürdig und wahrhaft sagen, wofür wir stehen. Dabei kommt es eben darauf an, Motiv und Argumentation in Einklang zu bringen und nicht - wie es besonders im Ost-Westskonflikt in der politischen Diskussion von beiden Seiten her geschieht - Motive und Argumentation auseinanderfallen zu lassen. Wie gesagt, das geschieht nicht nur bei der anderen Seite, sondern auch bei uns.

Ich war wirklich sehr besorgt, Herr Martini, als ich in Ihrem Referat einige Beispiele hörte, die sich auf Ihren kleinen Ort in der Bundesrepublik, aber auch auf einige andere Dinge bezogen, die nach meiner Auffassung wirklich nicht repräsentativ sind und, wie Herr Prof. Haseloff richtig sagte, überhaupt keinen Halt in der Gegenwart haben - von einigen wenigen Einzelbeispielen abgesehen.

Ich bin aber besonders wegen der sich aus Ihrer Argumentation aufdrängenden Schlußfolgerung besorgt. Sie sprachen, Herr Martini, von der Umkehrung der klassischen Funktion des Rechtsstaates: Früher: Schutz des Bürgers vor dem Staat; heute erhöht nach Ihrer Meinung die Vorstellung des Rechtsstaates die Schwierigkeiten bei dem Bürger Ihres kleinen Ortes, weil diese anscheinend nicht begreifen, daß sie durch den Rechtsstaat vor der totalitären Bedrohung geschützt werden. Die Konsequenz aus Ihrer Darstellung wäre doch der Ruf nach dem Hoheitsstaat par excellence. Das müssen wir jedoch auf alle Fälle vermeiden, weil wir es auf keinen Fall wollen. Bei jeder Form der Diskussion über Aufweichung und Engagement usw. müßten wir uns dieser Konsequenz bewußt sein.

Wir müssen wirklich bei uns ein viel gelasseneres freiheitliches Gefühl entwickeln - trotz aller Schwächen und Fehler, die mit solcher Erziehungsarbeit verbunden sind, um zu vermeiden, daß wir

genau wieder in das Unheil laufen, aus dem wir gekommen sind und wo die andere Seite noch steht. Das Fazit unserer Diskussion ist für mich: diese andere Seite gerade ist viel mehr aufgeweicht als wir.

Martini

Ich habe vorhin die Bemerkung, die Sie, Herr Dr. Körber, etwas schockierte, deshalb gemacht, weil ich kein Nationalökonom bin. Ich kann wirklich nicht beurteilen, ob der Osten mit seinen Methoden ewig hinterdreinläuft. Ich habe auch daran gedacht, daß wir evtl. wieder in eine Wirtschaftskrise hineingeraten könnten, wobei ich nicht über das Wissen verfüge, um voraussagen zu können, daß wir heute mit einer solchen Krise fertig werden würden.

Es ist doch denkbar, daß bei einer wirtschaftlichen Depression oder Rezession bereits eine Angleichung im Lebensstandard erfolgen könnte. Ich fürchte eine Rezession heute schon deshalb, weil der deutsche Volkssouverän von 1929/30 - als die Wirtschaftskrise begann - ungleich weniger verwöhnt war als der heutige. Wie er damals reagierte, wissen wir. Ich fürchte aber, daß der heutige Volkssouverän bereits auf eine schwächere Krise, als es eine Rezession wäre, noch viel vehementer reagieren würde: weil er subjektiv seinen ökonomischen Abstieg ungleich härter empfinden müßte als damals. Ich traue mir nicht zu, zu sagen, was im Unbewußten des Volkssouveräns schlummert und wessen er daher im Falle schon einer Rezession fähig wäre.

Ein zweiter Gesichtspunkt: Ich habe selber sehr lange in einer kommunistischen Gesellschaft gelebt und zwar in verschiedenen Kibbuzim im Palästina der 30er Jahre. Ich habe mich da sehr wohl gefühlt. Allerdings sind die Kibbuzim "kommunistisch" nur im Sinne der wirtschaftlichen Organisationsform, also ohne die kommunistische Ideologie. Ich habe daher keinen Horror davor. Es waren mit meine glücklichsten Jahre, die ich dort verbrachte. Vor der Ideologie aber habe ich einen Horror. So wenig ich meinen eigenen Lebensstandard despektierlich betrachte und so wenig ich wünsche, er gehe mir eines Tages verloren, muß ich doch sagen, daß mich der Gedanke an eine rein im wirtschaftlichen Sinne organisierte kommunistische Gesellschaft nicht abschreckt. Was ich fürchte, ist die Doktrin, die Ideologie, die geistige Vergewaltigung, die dahintersteckt. Darum stelle ich immer wieder auf diese ab, niemals aber auf den Lebensstandard.

Körber

Herr Altmann, darf ich Ihnen meinen Optimismus für die Überlegenheit unseres westlichen Wirtschaftssystems begründen.

Das Schwerpunktsmerkmal der freien industriellen Gesellschaft liegt darin, daß große Teile ihrer Produktionsmittel in Privathand liegen, womit nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung in weiten Schichten der Bevölkerung durch das frei entfaltbare Ertragsstreben Initiativen ausgelöst werden. Unser Wirtschaftssystem macht damit menschliche Fähigkeiten und Antriebskräfte ohne staatlichen Zwang mobil.

Die frei entfaltbaren Initiativen führen zu einer elastischen, selbstregelnden Produktionsanpassung an die Nachfrage zur Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung. Millionen Menschen aller Bevölkerungskreise untersuchen ständig die Marktlage. Sie fragen sich, wo ist in der Versorgung noch eine Lücke, wo kann man ein Geschäft machen? Sie sind ununterbrochen bemüht, Neues zu erfinden und Neues zu erzeugen, für das sich eine Absatzmöglichkeit ergeben könnte.

Diese Dynamik des Individuums kann das östliche System niemals mobilisieren. Der Osten wird daher mit den Ergebnissen seiner totalen Wirtschaftsplanung, die zwangsläufig die Initiativen breiter Schichten abschnürt, immer hinter dem westlichen Lebensstandard herhinken.

Die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln privat oder staatlich - sind letztlich der entscheidend wichtige Unterschied, der beide Systeme voneinander trennt, denn mit der Privatisierung der Produktionsmittel muß zwangsläufig auch das Spiel zwischen den Sozialpartnern freigegeben werden. Damit diese nicht in einer "Arbeitsfront" versinken, muß wiederum die Freizügigkeit der politischen Parteien im Rahmen der Verfassung gewährleistet sein.

Hierin liegt doch gerade das wesentliche Merkmal, das die westliche von der östlichen Gesellschaft unterscheidet. Im Westen ist Gesellschaft und Staat in allen Bereichen unterschieden, wohingegen im Osten der Staat in allen Bereichen - sei es der Wissenschaft, Kultur, Erziehung oder Wirtschaft - diktiert, was die Gesellschaft ist und was sie sein soll. Die Folge davon ist, daß im Osten jeder einzelne in der Gesellschaft in seinem Gesamtverhalten einer ständigen Kontrolle unterliegt, wohingegen der Westen aus der Summe der einzelnen eigenverantwortlichen, schöpferischen Initiativen lebt.

Herr Martini, Sie sprachen davon, daß der bescheidene materielle Lebensstandard während Ihrer Jahre in den Kibbuzim Sie nicht sehr bedrückte. Dagegen haben Sie vor der kommunistischen Ideologie, die ja die persönliche Freiheit beschränkt, einen Horror.

Hier, glaube ich - im Sinne meiner vorigen Ausführungen;- , daß die Freiheitsbeschränkung im Osten nicht vorhanden wäre, wenn, wie im Westen, große Teile der Produktionsmittel sich in Privathand befänden. Mit anderen Worten: Mit dem Moment nämlich, wo der Kommunismus dazu übergeht, Produktionsmittel in Privathand zu geben, hat er aufgehört, Kommunismus zu sein; aus der östlichen Industriegesellschaft wäre eine freie industrielle Gesellschaft geworden. Aber genauso würde der Westen aufhören, eine freie industrielle Gesellschaft zu sein, wenn er die in Privathand befindlichen Produktionsmittel verstaatlichte, und damit die auf freiheitliches Ertragsstreben ausgehenden Initiativen abtötete.

Selbmann

Ich freue mich, daß der Gedankenkreis sich jetzt zu runden beginnt. Es ist richtig, was Herr Fetscher ausführte: der sture Antikommunismus ist gefährlich. Ich gehöre auch zu der Generation, die 1939 in den Krieg zog, und weiß, wie uns ab 1941 der "Untermensch" propagandistisch vorgesetzt wurde. Es kam die berühmte Rede: er ist geschlagen und wird sich nie mehr erheben. Er hat sich aber dann doch erhoben. Die nazistische Propaganda hatte damals ihre Rückwirkungen in der reduzierten Glaubwürdigkeit bei den Soldaten und bei der Bevölkerung.

Nach dem Krieg ging es mit dem vereinfachten Antikommunismus weiter. Als die Russen die ersten Raketen in den Weltraum schickten, sagte man: sie schießen hoch, aber sie schießen nicht weit. Dann stellte sich auf militärischem Gebiet dieses Gleichgewicht des Schießens ein, mit dessen Konsequenzen wir uns heute auseinandersetzen müssen. Daran denke ich. Man hat zu stark damit gerechnet, daß die Kommunisten im Osten gar nicht in der Lage seien, das zu bieten, was wir an materiellen Gütern und technischen Errungenschaften haben. Ich glaube aber, daß das nicht das Problem ist. Die eigentliche Frage ist nicht, ob sie dieses oder jenes können oder nicht können, sondern: wo sind die geistigen Unterschiede? Was stellen wir dar? Was haben wir zu tun, um die Überlegenheit unseres Gesellschaftssystems zu beweisen?

Wir haben ein Grundgesetz, das unseren Staat als demokratischen und sozialen Bundesstaat festlegt. Darauf müssen wir in unserem Land hinwirken. Es muß eine gemeinsame Basis zwischen den demokratischen Parteien geben, eine Gemeinsamkeit in bestimmten Lebensfragen der Nation.

Hier sind - glaube ich - die Ansätze für diejenigen, die mittelbar oder unmittelbar auf die Führung dieses Staates einwirken, um den Bundesbürgern ein Leitbild zu geben.

Das ist nicht leicht, wenn man sieht, wie die politischen Auseinandersetzungen bei uns unter den Demokraten ausgetragen werden. Welches Unbehagen löste es z. B. in einigen Kreisen der Bundesrepublik aus, als der amerikanische Präsident während seines Besuches in Berlin eine Rede vor einem Gewerkschaftskongreß hielt. Kennedy legte in seiner Rede dar, daß freie Gewerkschaften Teil des demokratischen Staates seien. Die kommunistischen Staaten dulden dagegen keine freien Gewerkschaften.

Es wurde vorhin mit Recht etwas angesprochen, was wir nicht übersehen wollen. Eine feste und überzeugende Politik des Westens hat auch Wirkungen im Osten. Ich erinnere nur an die Diskussion polnischer Marxisten über die Stellung des Individuums im Marxismus - eine Diskussion, von der man sagen muß, daß sich hier Wirkungen vom Westen auf den kommunistischen Osten zeigten. Ich denke aber auch an negative Wirkungen bei uns, z. B. hinsichtlich der gegenwärtigen Europapolitik.

Bei uns und in Westeuropa überhaupt wurde den Menschen in den letzten Jahren ein großes Leitbild gegeben: Europa über die Sechsergemeinschaft der EWG hinaus zu einem umfassenderen Zusammenschluß auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu vereinigen. Zu dieser Politik haben sich die Völker bekannt.

Was soll nun aber der Bürger bei uns von der Europa-Politik de Gaulles halten, die mit dem bisherigen Willen nicht zu vereinbaren ist? Nach einer jahrelangen gemeinsamen Politik der westlichen Völker haben wir jetzt eine Diskussion darüber, was das Ziel der westlichen Politiker sei.

Ist es eine Politik, die de Gaulle unter dem Stichwort "Europa der Vaterländer" vorschwebt, eine Beschränkung auf den Markt der Sechs oder ist es die Politik Kennedys, der es als notwendig ansieht, daß Europa zu einer Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten gelangt?

Was haben wir nun bei uns getan, um diese Gemeinschaft auszubauen und hier dem Osten gegenüber etwas Vorbildliches zu schaffen?

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat im Osten eine starke Wirkung gezeigt. Wer verfolgt hat, wie Chruschtschow die Wirtschaftsgemeinschaft im Anfangsstadium und wie er sie dann im vorigen Jahre beurteilte, als er zugab, daß hier eine Realität geschaffen worden sei, mit der die Kommunisten sich auseinandersetzen müßten, kann die Bedeutung des Stillstands der bisherigen Politik in seiner ganzen Tragweite ermessen. Was können wir im Sinne einer Therapie im Rahmen der deutschen und europäischen Politik tun, um den europäischen Zusammenschluß zu fördern? Die Politiker müssen ihre bisherige Politik fortführen, die die Unterstützung der Völker gefunden hat - nicht nur, um das Vertrauen des Volkes in die Demokratie zu stärken, sondern auch wegen der offensichtlichen Wirkung auf den kommunistischen Machtbereich.

Pentzlin

Darf ich zu Fragen der Industriegesellschaft demokratischer Ordnung einige Gedanken vorbringen:

Die Industriegesellschaft steht, wie Prof. Forsthoff und Dr. Altmann sagten, in einer neuen Phase; diese beansprucht besonders die dispositiven Kräfte. Wir haben ein Sozialprodukt, das mehrfach so groß ist wie 1928 und 1936. Automatisierung gibt es nur bei der nicht dispositiven Arbeit. Die dispositive Arbeit aber muß heute das Drei- bis Vierfache bewältigen, nimmt also überall Führungskräfte - schon beim kleinen Einzelhändler angefangen bis hinauf zum Konzernleiter - übermäßig in Anspruch.

Es erhebt sich die Frage, ob dies vielleicht nur ein Durchgangsstadium ist. Entweder werden wir lernen, die Aufgaben besser dispositiv zu bewältigen, oder wir werden die Schicht, die die Dispositionen zu treffen hat, vergrößern. Ich möchte also nicht den Pessimismus von Prof. Forsthoff und Dr. Altmann teilen, wenn ich Ihnen auch für die Gegenwart, d. h. etwa für die kommenden 15 Jahre, Recht geben muß. Auch der Integrationsvorgang ist nichts Neues. Integration wie in der EWG hat es in der Geschichte oft gegeben. Denken Sie an das, was Huizinga über die Geschichte Burgunds geschrieben hat; es sind die gleichen oder ähnliche Vorgänge.

Zu der Auseinandersetzung zwischen Herrn Dr. Körber und Herrn Martini sagte ich schon in einem Zwischenruf, hier zeige sich eine Aufweichung bei Herrn Martini. Das östliche System ist bestimmt nicht so leistungsfähig wie das Unsere. Jedoch stimme ich insofern nicht mit Herrn Dr. Körber überein, als ich auf Leistungsfähigkeit politisch heute nichts mehr setzen möchte. Denn Unterschiede in der Leistungsfähigkeit werden eines Tages nur noch Unterschiede im Grad des Wohlstandes sein.

Der Tag kann kommen, wo dieses Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West sich in Fragen erschöpft, ob der Arbeiter in einem Auto mit 1000 ccm oder 2,6 Liter Hubraum fährt. Für diesen Unterschied sind die Menschen nicht mehr bereit, zu sterben oder besondere Risiken zu tragen.

Ich glaube auch nicht, daß bei der Fluchtbewegung aus dem Osten, selbst wenn es in einzelnen Erklärungen im Vordergrund steht, das Wohlstandsmoment ausschlaggebend ist. Die Gründe sind komplexer. Für eine bessere Sozialversicherung riskiert der Mensch nicht sein Leben an der Mauer. Ich selbst kenne viele Flüchtlinge - es handelt sich hier um junge Wissenschaftler und Mediziner;-, die in der festen Meinung in den Westen gekommen sind, daß sich ihr Lebensstandard unter Umständen verschlechtern wird.

Kundler

Ich glaube, der "Mangel an Engagement" hängt mit einem Provinzialismus zusammen, der uns daran hindert, uns selbst in größeren weltpolitischen und auch national-politischen Zusammenhängen zu sehen und diese sinnvoll zu definieren. Zu diesem Provinzialismus gehört eine ständige Unterbewertung realer Sachverhalte im Sinne einer einseitigen Interpretation aus der eigenen Interessenlage. Engagement als ideologisch postulierte Notwendigkeit oder als theoretisch gefaßte Sozialfunktion - wo ergeben sich die Beziehungen zur Wirklichkeit?

Man sollte die Ursachen der Bevölkerungsflucht aus der Sowjetzone näher bezeichnen: Es geht nicht um die Wurst auf dem Brot und das Häuschen mit Garten, es geht z. B. für die Eltern um die Schulen, auf die sie ihre Kinder schicken, es geht um die Freiheit der Berufswahl, um die Einberufung zur Volksarmee. Die Fluchtmotive sind analysiert worden, die Untersuchungen darüber liegen vor. Daß als einer der Kernfaktoren die größere Attraktivität und Leistungskraft und die allgemein angelegte Freiheit der westlichen Gesellschaftssysteme mitwirkt, versteht sich von selbst. Aber das bedeutet doch nicht, daß man in dieser Fluchtbewegung nur das Streben nach materiellem Wohlstand und privater Persönlichkeitsentfaltung sehen und sie unter den Aspekten des politischen Engagement für irrelevant halten dürfte.

Ebenso unrepräsentativ wie der unpolitische Flüchtling erscheinen mir die Westdeutschen, die sich durch vermeintliche oder wirkliche Ortskommunisten eingeschüchtert fühlen. Ich glaube, in unserem Volk seit 1945 viele Ausdrucksformen der Bewährung zu sehen, und ich verstehe es nicht und halte es für mißlich, wenn nun in der Weise zwischen Bundesrepublik, Berlin und Sowjetzone unterschieden wird, daß die Frage nach der Bereitschaft zum politischen Engagement unter völliger Ausklammerung Berlins und der Zone zur Diskussion steht.

Gewiß mag es für billig gehalten werden, wenn ich jetzt - wie vorhin schon Herr Professor Haseloff auf Berlin zu sprechen komme. Aber kann man die in beiden Hälften der Stadt an den Tag gelegte Haltung der Berliner Bevölkerung einfach außer Betracht lassen, wenn man die Bereitschaft zum politischen Engagement in Deutschland abzuwägen versucht? Ist Berlin etwas so anderes?

Und wenn man schon, wie Herr Martini, die Anonymität der Wahlkabine, den Schutz des Wahlheimnisses, als Entlastung des Wählers vom persönlichen Risiko wertet und daraus doch offenbar negative Schlußfolgerungen zieht, ist dann nicht vielleicht eine gewisse Bereitschaft zur persönlichen Konsequenz daraus abzulesen, daß nach dem 13. August 1961 in immer größerem Maße westdeutsche Bürger nach Berlin gereist und z. B. zu Ostern und Pfingsten dieses Jahres in Scharen in den Ostsektor geströmt sind, wo sie sich ja immerhin bei den Volkspolizisten ausweisen und die Risiken von Rechtsunsicherheit und Willkür auf sich nehmen mußten?

Jeder Ausländer sieht das. Wir selber beziehen es aus irgendeinem mir nicht bekannten Grunde in unsere eigenen Analysen nicht ein, so wie wir hier von "Aufweichung" sprechen, ohne daß diejenigen aktuellen politischen Äußerungen, die noch als "Anzeichen beginnender Aufweichung" allenthalben zahlreiche Proteste hervorgerufen haben, in die Diskussion geraten.

Ich meine z. B. die Auffassungen des britischen Oppositionsführers H. Wilson über eine De-facto-Anerkennung der sowjetischen Zone oder die Tutzing-Rede des Berliner Senatspressechefs Egon Bahr. Ich halte Bahrs Rede nicht für einen Ausdruck "Westlicher Aufweichung im Ost-West-Konflikt", ich betrachte sie als einen Versuch gedanklicher Klärung, als einen Versuch, von der sterilen Wiederholung abgebrauchter Leitsätze fortzukommen. Aber die Frage, inwieweit daraufhin Kräfte wach werden, die sich sagen: "hier ist ein Weg, sich Ruhe zu verschaffen", wird, wie mir scheint, zu einem Maßstab dafür werden, ob "Aufweichung" im Gange ist.

Stünde es allgemein so, wie es in der Diskussion anklang, daß es an Bereitschaft fehlt, die deutsche politische Wirklichkeit anzunehmen und sich in ihr zu engagieren, dann hätten wohl längst diejenigen die Oberhand gewonnen, die sich ohne Berlin-Problem und sowjetische Zone in einem Desengagement gegenüber der politischen Gegenwart lediglich materiell zufriedenstellen oder in Ruhe bis zum Jahre 1970 mit unserer Vergangenheit beschäftigen wollen.

Wie immer man die Stärke des provinziellen Elementes veranschlagen mag und insbesondere dessen Bereitschaft zum opportunistischen Mißbrauch einer Politik des Wandels durch Annäherung und Entspannung, glaube ich dennoch, daß nicht so sehr ein "Mangel an Engagement" zu beklagen ist als vielmehr ein Mangel an geistig-politischer Führung, deren Wertsetzungen und gedanklich nachvollziehbare Konzeptionen Engagement zu binden vermögen.

Hennis

Ich möchte doch noch einmal dem Fatalismus entgegenreten, der in der These zum Ausdruck kam: die Industriegesellschaft führe mit Notwendigkeit zum politischen Desengagement. Das sieht aus wie eine bedeutende soziologische Erkenntnis, ist aber nur eine neue Formel für einen alten Topos der deutschen politischen Ideologie.

Das demokratische Element soll in Deutschland nun seit über hundert Jahren zur Meisterung des jeweils zur Stunde Anstehenden unfähig sein. Zuerst sollte es unfähig sein, die Einheit in Freiheit herbeizuführen: 1848 bis 1866. Dann präsentierte man die fünfzig Jahre lang von allen deutschen Historikern nachgeredetete These Seeleys, nach der die besondere deutsche Lage in Mitteleuropa eine demokratische Entwicklung ausschliesse, da nur ein "starker" Staat dieser besonderen Lage gerecht werden könne. Darauf folgte die entsprechende These nach dem ersten Weltkrieg, wonach mit der Weltwirtschaftskrise und den Folgen des Krieges die Demokratie nicht fertig werden könne; ergo wieder der Ruf nach dem starken Staat.

Und nun beschert man uns also eine neue Variante, denn darauf läuft es bei Herrn Martini hinaus, daß für die besonderen Anforderungen der heutigen Situation wiederum die gesellschaftlich-politische Kraft der freiheitlichen Demokratie nicht ausreicht, daß nur der "Staat", oder wie Herr Martini es nennt, die "Regierungsseite" zur Meisterung der uns in Deutschland jeweils gestellten Aufgaben fähig sei.

Dieses Rezept hat 1864-1871 in der Tat zum Erfolg geführt. Aber die "schimmernde Wehr" hat weder unsere Stellung in Mitteleuropa sichern, noch den Verlust des ersten Weltkrieges verhindern können. In der Weimarer Zeit hat die Forderung nach dem starken Staat zu dem bekannten Resultat geführt. Es war ein Stück der ideologischen Kriegsführung gegen die Demokratie, ihr von vornherein die Unfähigkeit zu attestieren, mit den Folgen des Krieges und der Weltwirtschaftskrise fertig zu werden, was die Demokratie in Amerika und England ja immerhin auch fertiggebracht hat.

Heute ist der Rückgriff auf den "starken Staat" unter gar keinen Umständen mehr anwendbar. Wir haben heute nicht mehr die Möglichkeit, die "Regierungsseite" so von der "Gesellschaft" zu trennen, wie das vielleicht - mit den bekannten autoritären Konsequenzen - in der Weimarer Zeit noch möglich war.

Heute ist die Regierung in allem, was sie tut, auf Schritt und Tritt gebunden an das, was ihr von Volk und Parlament konzidiert wird. Sie kann keinen Pfennig für die vielleicht erwünschten Panzer ausgeben, ohne daß das Parlament und in letzter Instanz der Wähler dem zustimmt, so daß ich nicht sehe, wie die von Herrn Martini angedeutete Therapie heute noch die geringste Chance haben könnte.

Eschenburg

Wir sollten jetzt, wie Herr Hennis es andeutet, zu den Schlußfolgerungen unserer Diskussion kommen.

Herr Martini hat unter anderem von Schutz und Loyalität gesprochen. Er hat ausdrücklich von oben nach unten gesehen, also: der Schützensende - Obrigkeit, Regierung, Nato-Führung - kann nur schützen, wenn er mit der Loyalität des Beschützten rechnen kann. Herr Martini meinte andererseits: wenn von oben nicht geschützt wird, kann sich unten eine Loyalität nicht einstellen. Das ist aber auch ungefähr das gewesen, was Herr Hennis zum Schluß sagte.

Diesen Aspekt sollten wir in unsere Diskussion einbeziehen.

Martini

Herr Professor Hennis, Sie unterstellen mir immer ein restauratives Denken. Ich neige zwar dazu; aber gerade weil ich das weiß, hüte ich mich um so sorgfältiger davor. Ich habe nichts gesagt, was Ihren Unterstellungen irgendeine Berechtigung gibt. Ich habe nur gesagt: wir wissen nicht, wohin der neue Staatsbegriff führt. Das weiß wohl keiner von uns. Ich würde mich hüten, eine Prophezeiung zu riskieren. Ich stelle nur fest: der alte Staatsbegriff ist zerstört, ist nicht wiederbelebbar - und was an seine Stelle treten wird, ist noch nicht übersehbar. Es ist vor allem noch nicht übersehbar, ob es in der Lage sein wird, einen Ernstfall irgendwelcher Art zu bestehen. Das ist doch kein restauratives Denken!

Hennis

Dieser Staatsbegriff ist ja eine deutsche Erfindung. Die Engländer und Amerikaner haben diesen Staatsbegriff nie gehabt. ...

Martini

Ich habe ihn doch ausdrücklich auf Kontinentaleuropa beschränkt!

Hennis

... und, Herr Forsthoff: die Franzosen sind mit diesem Staatsbegriff auch nicht sehr weit gekommen. Ich frage mich, warum wir uns einen so alten Schuh anziehen sollen.

Martini

Ich ziehe ihn doch nicht an. Mon Dieu!

Haseloff

Nur als Arzt eine kurze Bemerkung. Die Diagnose des Referenten lautet: Aufweichung. Aber man sollte doch ein ärztliches Konsilium einberufen, ob diese Diagnose richtig ist. Ich würde mich beispielsweise einer ganz anderen Diagnose anschließen - etwa: Arteriosklerose bei gleichzeitigen demokratischen Kinderkrankheiten. Im ganzen würde ich eine vorsichtige, aber doch günstige Prognose annehmen, etwa in der Richtung, wie Herr Blumenfeld sie vorgeschlagen hat.

Damit kommt man zur Frage der Therapie. An dieser Stelle würde ich mich nachdrücklich der alten hippokratischen Empfehlung erinnern, daß auf keinen Fall die Therapie selbst schaden dürfte. Besonders wenn die Diagnose unsicher ist, muß sichergestellt sein, daß die Therapie nicht schadet; sie kann ziemlich leicht schlimmer wirken als die Krankheit, die sie bekämpfen soll. - Die Medizin dürfte nicht in der Verordnung eines Mac Carthy-Systems bestehen und sie sollte auch nicht darauf abzielen, neue Formen gesinnungsmäßiger Wehertüchtigung durch sozialen Druck von oben einzuführen.

Ich glaube, es würde genügen, bei den Staatsbürgern das Bewußtsein zu ermutigen, in einer gerechten und vernünftigen Ordnung zu leben und für diese auch einzustehen. Und um dies zu erreichen, sind die Chancen doch wohl nicht so ungünstig. Schwierig wird es jedoch für den Arzt, wenn wir unseren Patienten eine Konstitution zuschreiben, die hauptsächlich durch Furcht beherrscht ist.

Herr Martini hat einige Aussagen über die menschliche Natur gemacht, die meines Erachtens alle zu pessimistisch und zu einseitig sind. Er hat nämlich alle seine Argumente mit Furcht in Zusammenhang gebracht: die Aufweichung entstamme der Furcht, sagte er. Und dann gab er ein Auskunftsmittel: wer Furcht hat, dem muß man eine starke Rüstung zeigen, eine optisch sichtbare Aufrüstung. Zum Schluß sagte er sogar, es müßte gefährlicher sein, Mitläufer des Ostens zu sein als es nicht zu sein.

Herr Martini, Sie gaben uns drei zentrale Argumentationen mit Furcht. Furcht ist sicherlich ein mächtiges Motiv für menschliches Verhalten, aber es ist nicht das einzige. Und auf die Dauer ist derjenige immer schlecht beraten, der sich auf Furcht verläßt. Wir werden besser beraten sein, wenn wir die menschliche Natur etwas vielseitiger sehen und etwas optimistischer. Und das bedeutet zugleich auch, den Menschen realistischer zu sehen.

In der Wahl einer bestimmten Position und in der Wahl einer bestimmten Lebensform liegen stets schon Entscheidungen, die uns hoffen lassen, daß Rationalität und rationale Aufklärung eine mächtige Waffe gegen die Gefahren sind, die sich aus Fehlinformation, Furcht und Agressionsbereitschaft ergeben.

Sie sagten, Herr Martini: "Gegen Furcht hilft keine Aufklärung, sondern helfen nur Tatsachen, die Schutz versprechen". Das ist falsch. Aufklärung hilft gegen Furcht. Eigentlich gibt es gegen Angst und Furcht nur ein Mittel: die vernünftige, klare und verantwortungsvolle Analyse der Situation. Daran darf es nicht fehlen.

Mohler

Haben Sie Kinder?

Haseloff

Ja, zwei.

Mohler

Haben Sie das bei Ihren Kindern ausprobiert?

Haseloff

Ja, auch das.

Ich bin seit zwanzig Jahren Psychotherapeut und behandle Angstkranke nach diesen Prinzipien.

Forster

Ich hätte in diesem Zusammenhang auch eine Bitte um Verdeutlichung an den Referenten und möchte ihn fragen, was er unter Schutz und Sicherheit versteht. Es war ein wesentliches Element der angebotenen Therapie.

Ich stelle die Frage aus einem mir besonders naheliegenden Grund. Man hat ja zum Beispiel die Kontakte Vatikan-Moskau, Adzhubeis Besuch in Rom und dergleichen mehr als ein Element der Aufweichung bezeichnet, und zwar sehr stark gerade in politischen Kreisen der Bundesrepublik. Nun möchte ich nicht leugnen, daß möglicherweise in der psychologischen Wirkung solcher Dinge ein Element der Aufweichung liegen kann.

Ich möchte aber andererseits sagen: Niemand weiß, ob nicht unter Umständen derartige Kontakte zu einer ungeheuer starken dynamischen Kraft für ein Engagement gläubiger Katholiken werden könnten, wenn dadurch eine größere religiöse Freiheit hinter dem Eisernen Vorhang - gerade in Ländern, in denen das religiöse Element noch eine große Rolle spielt - eingehandelt wird, ähnlich der Entflechtung eines rein marxistischen Wirtschaftssystems.

Ich möchte also sagen: Hier würde uns ein reines Sicherheitsdenken davon ablenken, ein Risiko oder ein Wagnis einzugehen, das unter Umständen offensiv weiter führt als die rein defensive Sicherheitstheorie. Aus diesem konkreten Grund, der sich wohl in anderen Bereichen auch exemplifizieren ließe, frage ich, wie Herr Martini seine These von der Sicherheit und vom Schutz als der alleinigen oder der wesentlichen Therapie in der Frage der Aufweichung versteht. Könnte er einen Gedankengang oder eine Aktion dieser Art noch unter Sicherheit und Schutz verstehen oder würde er sie ausschließen?

Martini

Ich habe mich stets dagegen gewandt, in diesen Versuchen des verstorbenen Heiligen Vaters eine Aufweichung zu sehen, obwohl ich genau wie Sie, Herr Forster, die Möglichkeit eines solchen Effekts sehe. Ich habe großes Verständnis dafür, so wie ich immer großes Verständnis für die Motivationen gehabt habe, die den Heiligen Stuhl veranlaßt haben, das Konkordat mit dem Dritten Reich zu schließen.

Das war ja eine ähnliche Situation: wenn sich beide auch nicht hundertprozentig decken, so gibt es doch gewisse Vergleichsmomente.

Wenn ich von der Beziehung zwischen Schutz und Loyalität spreche, dann aus meinen Erfahrungen, die weiter gehen als ich hier erwähnt habe. Mein Beruf führt mich durch die ganze Bundesrepublik. Ich bin bereits im Dritten Reich sehr begierig gewesen, zu wissen, was der anonyme Mann auf der Straße denkt. Ich bin stets eine Art Privatdemoskop aus Leidenschaft gewesen. Ich habe mich daher auch im Dritten Reich, obwohl ich es kategorisch ablehnte, z. B. davor gehütet, in der Beurteilung seiner Lebenschancen mich nach den Auffassungen meines Freundeskreises zu richten, der, weil er es genau so ablehnte, dazu neigte, seine Schwächen zu übertreiben. Erst als der Krieg ausbrach, war ich sicher, daß das Ende des Dritten Reiches nahte. Aber vorher war ich äußerst vorsichtig in der Prognose gewesen, weil ich eben auch damals engen Kontakt mit dem Volke hielt und daher wußte, wie tief das Dritte Reich in ihm verankert war. So halte ich es auch heute.

Es ist vielleicht nicht jedem von Ihnen so klar wie mir, daß eben dieser Mann auf der Straße eine erhebliche Furcht hat, die ihn sehr weitgehend bestimmt. "Furcht" nicht in dem rein emotionalen Sinne, daß er also sozusagen schlottert vor Angst, sondern in dem Sinne, daß sie ihn von manchen Dingen abhält und er es ablehnt, sich in dieser oder jener Richtung zu engagieren.

Ich habe jenen Ort in der Bundesrepublik nur als Beispiel genannt, wobei ich ausdrücklich sagte, ich vermutete, daß es sich überall ähnlich verhält. Ich empfand diesen Ort als typisch, weil einfach die Ausgangssituation typisch ist. Es kommt daher nur darauf an, ob sich in jedem Ort dieser Größenordnung gerade erkennbare Kommunisten befinden, die so aktiv sind wie dort. Das ist eine andere Frage. Aber wenn sie da sind - und es ist anzunehmen, daß dieser Fall sich häufiger wiederholt in der Bundesrepublik - dann glaube ich, daß die Reaktion etwa die gleiche sein wird. Ich sehe jedenfalls keine Gründe, warum sie nicht die gleiche sein sollte.

Das alles schließt natürlich nicht aus, daß man solche Versuche macht, wie Sie, Herr Forster, sie eben andeuteten - auch wenn wir nicht wissen können, ob und wann sie Erfolg haben, ob die Entwicklung, die wir erhoffen, auch eintreten wird. Man kann es nur hoffen.

Aber vom gemeinen Mann her gesehen - und darauf stellte das ganze Referat ab - ist das Sicherheitsbedürfnis außerordentlich stark. Weil es nicht voll befriedigt wird, entsteht hier ein Attentismus, der nicht ohne weiteres mit Argumenten auszuräumen ist. Das sind also zwei verschiedene Ebenen der Möglichkeit des Sichverhaltens oder des Handelns, wobei die eine die andere natürlich nicht ausschließt.

von Berenberg-Gossler

Herr Altmann sagte vorhin, die Begriffe von persönlicher Freiheit, Eigentum usw. spielten - infolge der sozialen Sicherung, die für den einzelnen mehr und mehr in den Vordergrund rückt - in unserer Industriegesellschaft nicht mehr die frühere Rolle.

Ich teile diesen Sozialpessimismus nicht. Freiheitsbewußtsein und das Institut des Privateigentums sind in unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Herr Altmann verkennt meiner Ansicht nach, daß zumindest der westliche Mensch einen starken Antrieb zur Persönlichkeitsentfaltung hat, der seinen Ausdruck in der Freiheit der Entschließung und der selbständigen Verantwortung findet, und daß er hieraus immer neue Kräfte mobilisiert.

Ich fürchte, daß gerade eine materialistische Betrachtungsweise, die das Sicherheitsbedürfnis im Rahmen des sozialen Wohlfahrtsstaates zum Mittelpunkt erhebt, eine besonders gefährliche Aufweichungserscheinung zu werden droht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das den Menschen als Lebensinhalt befriedigt.

Das Schlagwort "Eigentum für alle" ist leider oft zu einem Wahlschlager erniedrigt worden und damit in Mißkredit geraten. Es zeigt sich doch aber in unserer Gesellschaft ein echtes Bedürfnis nach Eigentumbildung. Daher müßte das Institut des Privateigentums gefestigt werden, denn gerade darin sehe ich ein starkes Bollwerk gegen den Osten.

Denken Sie bitte an unsere beiden Konfessionen. Die katholische Kirche, ebenso wie die evangelische, haben in den Jahren 1961 und 1962 sehr klar zu dieser Problematik Stellung genommen. Aus beiden Äußerungen, wenn sie sich auch in vielem unterscheiden und ganz verschiedene Wurzeln haben (die katholische Lehre geht z. B. von der Persönlichkeitsentfaltung und vom Naturrecht aus, das von evangelischer Seite abgelehnt wird), klingt ein starker Optimismus in Richtung auf die freiheitliche Grundeinstellung des Menschen heraus.

Ist denn das, was hier zum Ausdruck kommt, was ja nicht zuletzt auch im Godesberger Programm der SPD sehr stark anklingt (es gibt sogar eine Schrift, die, vom Vorstand der SPD herausgegeben, Vergleiche zwischen dem neuen Parteiprogramm und den Enzykliken der Päpste zieht), nur mehr oder weniger politische Taktik, an die man selber gar nicht glaubt? Sollte man nicht doch zugeben, daß dieser ethische Optimismus auf einer tiefen psychologischen Erfahrung der Kirchen beruht? Ich selbst bin kein Katholik, aber ich bin aufs tiefste beeindruckt von der Weisheit, die aus der Enzyklika "mater et magistra" spricht.

Eschenburg

Herr Martini, Sie sagten gegen Ende Ihres Referats ungefähr folgendes: Nur Tatsachen, die das Gefühl des Beschütztseins vermittelten, seien geeignet, der Aufweichung zu begegnen. Schutz und Loyalität bedingten einander. Loyalität sei ohne Schutz nicht zu erwarten. Aber solche Tatsachen können in erster Linie nur der Staat, die Regierung oder die NATO schaffen. Nun möchte ich fragen und damit aufgreifen, was Herr Forster vorhin sagte: Was sind das für Tatsachen?

Martini

Das sind Tatsachen, die natürlich in erster Linie auf militärischen Schutz abzielen. Das Volk hat zwischen dem wirtschaftlichen Schutz und dem militärischen ein sehr sicheres Unterscheidungsvermögen. Der militärische Schutz macht das wirtschaftliche Geborgensein überhaupt erst effektiv und gibt eine gewisse Garantie. Dieses Unterscheidungsvermögen des Volkes darf man nicht unterschätzen. Es muß nicht artikuliert sein, aber man kann ihm in Gesprächen zur Artikulation verhelfen.

Ich glaube, auf diesem Sektor wäre es sehr wichtig, die Gesetzgebung in manchen Dingen zu ändern. Wer in der Truppe Bescheid weiß, dem ist bekannt, wie unvorstellbar hemmend es sich auf den militärischen Zweck, also den Existenzzweck der Bundeswehr, beispielsweise auswirkt, daß die Wehrverwaltung dem militärischen Kommando entzogen ist. Es gibt dafür ganz konkrete Beispiele.

Die Frage ist - bitte, lachen Sie nicht; ich denke wieder vom kleinen Mann her - ob die zu großzügige Erlaubnis zum Ausgehen in Zivil nicht auch das Sicherheitsgefühl herabmindert. Man sieht die Bundeswehr praktisch nicht, man nimmt von ihr kaum Kenntnis - nur gelegentlich im einzelnen.

Man müßte vielleicht auch an das Polizeirecht denken. Sie haben wahrscheinlich keine Vorstellung von der Unsicherheit, in der sich der Polizeibeamte heute befindet. Er weiß nicht, was geschieht (was auch seine guten Seiten hat, aber, wie alle Dinge, auch eine negative), wenn er einmal auf einen flüchtenden Mann, von dem er nach polizeimäßiger Erkenntnis annehmen muß, er sei ein Schwerverbrecher, schießt und ihn tötet.

Was sagt die Presse? Wie werden die Vorgesetzten reagieren? Werden sie ihn decken oder nicht? Oder wird man ein oder zwei Jahre in absoluter Ungewißheit schweben, wie ein Disziplinarverfahren

auslaufen wird usw.? Das alles sind Dinge, über die durchaus intelligente und integre Polizeibeamte, die keine Schläger sind, außerordentlich viel diskutieren.

Ich habe mich daher auch dagegen gewehrt, daß man gelegentlich der Schwabinger Krawalle der Polizei zu scharfe Vorwürfe machte, so daß sie noch unsicherer wurde als sie ohnehin ist. Sie war einfach deswegen unsicher, weil diese Krawalle für die Männer der Münchener Polizei vorher etwas so völlig Unvorstellbares gewesen waren, daß sie angesichts ihres absoluten Mangels an Übung bei solchen Konfrontationen nun Dinge taten, die der Severingschen Polizei des Jahres 1932 niemals passiert wären, einfach, weil sie ständig die praktische Übung hatte, mit solchen Zusammenrottungen fertig zu werden.

Altmann

Das ist doch das Letzte! Ist das Ihr Rezept gegen die Aufweichung? Ist das Ihre Therapie, daß die Soldaten nicht in Zivil ausgehen sollen, daß die Polizei wieder zuschlagen darf?

Martini

Ob zuschlagen oder nicht zuschlagen - es ist heute im Beamtentum und zumal im Polizeibeamtentum doch so, daß hier eine beträchtliche Ungewißheit darüber herrscht, ob man gedeckt wird - auch wenn man sich richtig verhalten hat und dem Gesetz gefolgt ist. Die gleiche Ungewißheit ist im Offizierskorps, im Unteroffiziersstande und in der Mannschaft unvorstellbar weit verbreitet: wird man gedeckt oder wird man nicht gedeckt? Ich denke hier gar nicht an kriminelle Fälle oder an kriminelles Verhalten: daß man dann nicht gedeckt werden darf, versteht sich von selbst. Ich denke vielmehr an zahllose Beispiele, die nicht von dieser Art sind.

Blumenfeld

Das ist mir sehr neu, Herr Martini. Das sind Dinge, die ich mit Erstaunen höre, sowohl was die Polizei anbelangt als auch die Bundeswehr.

Kundler

Mir scheint, wenn die Schwabinger Polizisten an der Berliner Mauer eingesetzt gewesen wären, hätten wir vielleicht schon einen konventionellen Krieg!

Martini

Die Münchener Polizisten waren ohne jede Übung. Sie haben sich das, was geschah, einfach nicht vorstellen können. Der Severingschen Polizei von 1932 wäre das eben nicht passiert, weil sie dauernd mit Aufruhr zu tun hatte.

Altmann

Sie haben doch vorhin selbst gesagt, Herr Martini, daß das Vorzeigen von Waffen und von Uniformen in unserem Zeitalter das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung kaum verstärken kann, weil sie weiß, daß die eigentliche Drohung - die des atomaren Krieges damit nicht beantwortet werden kann.

Zum anderen habe ich keine besondere Sympathie für das in Deutschland früher so gepflegte "Auftreten in Waffen". Ich finde es so beruhigend in England, daß Polizisten dort keine Schußwaffen tragen dürfen.

Pentzlin

Die britische Polizei ist bereits mit Revolvern ausgerüstet. Der Zustand ist vorbei.

Schoberth

Verzeihung, Herr Dr. Pentzlin - das ist nicht richtig. Nach wie vor versieht die englische Polizei grundsätzlich ihren Dienst ohne Schußwaffen.

Altmann

Also doch nicht so tröstlich, Herr Pentzlin. Wenn Sie, Herr Martini, bedauern, daß die Soldaten in Zivil ausgehen, und daß die Ausbilder der Bundeswehr Angst haben, die Soldaten hart anzufassen, so bin ich auch hier anderer Meinung. Die Härte des militärischen Trainings ist ohne Zweifel notwendig.

Ebenso muß man zugeben, daß zahlreiche Offiziere heute noch Furcht davor haben, ein so hartes Training zu verlangen. Das ist sicher zum guten Teil aus der allgemeinen Aversion gegen die Wiederaufrüstung, die damals herrschte, zu begreifen. Aber dahinter steckt noch etwas anderes: Es ist unseren Offizieren - das betrifft gerade die höheren Ränge - schwer gefallen, die Rolle der Armee in einem demokratischen Staat zu begreifen, und ich fürchte, viele haben sie auch heute noch nicht ganz begriffen. Nun besteht zwischen dem Aufbau einer militärischen Hierarchie und der Struktur einer Demokratie notwendig eine gewisse Spannung. Aber ganz abseits dieser Spannung haben viele unserer hohen Offiziere ein merkwürdiges Gefühl der Unsicherheit, wenn sie demokratischen Boden betreten.

Sie können sich nicht leicht auf das Verhältnis von Regierung und Opposition, überhaupt auf die Parteien und auf die Presse einstellen und versuchen dann, sich in eine unpolitisch staatsbejahende Haltung hineinzureiten. Aber in einer Situation wie der unseren braucht die Armee politisches Selbstbewußtsein und urteilssichere Offiziere mit einem sehr klaren Instinkt für die Situation unserer Gesellschaft. Offiziere mit diesen Qualitäten können sicherlich ihren Beitrag für das Verteidigungsbewußtsein der Bevölkerung besser leisten als solche, die gerne, wenn auch mit aller Achtung vor dem Rechtsstaat, etwas mehr militärische Machtentfaltung demonstrieren möchten.

Glauben Sie ernsthaft, Herr Martini, daß der Mann auf der Straße so dumm ist zu meinen, Soldaten mit mehr Schliff alten Stils könnten uns in einem Atomkrieg besser verteidigen? Und auch für die andere Version des modernen Krieges, den Bürgerkrieg, brauchten wir andere militärische Fähigkeiten.

Eschenburg

Herr Altmann, ich glaube, daß Herr Martini es anders gemeint hat. Auch meiner Ansicht nach ist nicht zu bezweifeln, daß die Demokratie, wenn auch in anderer Form, für ihr Funktionieren einer hierarchischen Organisation bedarf - sowohl in der Verwaltung als auch in der Polizei oder im militärischen Bereich. Diese hierarchische Organisation ist nicht mehr intakt, was eine Übergangserscheinung sein mag. Das hat mit Schliff überhaupt nichts zu tun.

Das unverantwortliche Hineinregieren in die genannten drei Bereiche von Seiten fremder Kräfte und die Angst uncouragierter Minister vor ihren Fraktionen, vor dem Parlament oder vor der öffentlichen Meinung ist so groß, daß Leitende Untergebene oft fallen lassen. Das setzt sich als Kettenreaktion nun nach unten fort. Herr Martini meinte wohl in erster Linie: im Gegensatz zum Reich der Weimarer Zeit habe sich die Disziplin in den Behörden und Ministerien außerordentlich verschlechtert. Dies läge an der Weichheit und der mangelnden Courage der Spitze. Psychologisch ist mir die Situation völlig klar. Ihrer ist in anderem Zusammenhang vorhin auch schon gedacht worden: "Unterengagement" als Reaktion auf "Überengagement".

Es ist ein außerordentlicher Mißstand, daß wir heute auf vielen Gebieten einen schlecht funktionierenden Apparat haben, weil die Spitze in bestimmten Angelegenheiten keine Festigkeit erkennen läßt. Die Leute im mittleren Bereich und unten lehnen eine Entscheidung ab, um sich nicht in Unannehmlichkeiten zu stürzen, da sie vom zuständigen Minister womöglich nicht gedeckt werden, wenn ein einflußreicher Beschwerdeführer auftritt. Man muß damit rechnen, daß der Minister umfällt, anstatt die Beschwerde nachzuprüfen und eine sachgerechte Entscheidung zu fällen. Hier liegt die Gefahr des Gefälligkeitsprinzips - sie drückt sich im ganzen Apparat aus.

Altmann

Zu diesem Tatbestand läßt sich aber noch einiges hinzufügen. Bleiben wir bei der Bundeswehr. Die Angst des hohen Offizierskorps, sich durchzusetzen, hat ihren Grund doch nicht in einer ideologischen Aufweichung. Dieses Offizierskorps, das mit seiner eigenen Vergangenheit nur sehr schwer fertig wurde, ist in eine neue politische Lebensform mit allen ihren Unsicherheiten hineingewachsen. Das macht sich natürlich bemerkbar. Aber das ist, wie gesagt, keine Frage der Aufweichung, sondern hängt mit der unglücklichen Situation der Bundesrepublik gerade in bezug auf den Wiederaufbau zusammen.

Eschenburg

Herr Altmann, ich habe das nicht zum Thema Aufweichung gesagt; ich habe nur versucht, Herrn Martini zu interpretieren.

Altmann

Ihre Argumentation, Herr Prof. Eschenburg, ist schlüssig. Aber Herr Martini hat das als Argument für seine These benutzt - auch für die Schwabinger Krawalle- ich war nicht dabei und möchte auch nicht dabei gewesen sein - wenigstens nicht als Opfer.

Hennis

Herr Martini sagte, daß die wirklichen Tatsachen nur von der Regierungsseite geschaffen werden können.

Martini

Vom Parlament natürlich auch! Das habe ich gesagt.

Hennis

Ja, das Parlament ist doch aber schließlich Reflex dieser Gesellschaft, der Sie jede Fähigkeit bestritten, an dem Tatbestand der Aufweichung irgend etwas zu ändern. Das reimt sich nicht zusammen.

Mayer-Amery

Mir erscheint es für unser Thema relativ unwichtig, wie ernst wir die Verwaltungssanierung und die Ermütigung der Spitzen, für etwas gerade zu stehen, im einzelnen nehmen. Ich kann mir nicht helfen: diese Rezepte laufen - wenn wir einmal von einem gewissen obrigkeitsstaatlichen Trend absehen - auf eben den Attentismus hinaus, den Herr Martini tadelt. Ich kann diesen Prozeß nicht dadurch stoppen, daß ich den Leuten das Gefühl biete, es reite nun wieder das Garde-du-Corps durch die Gassen von Potsdam.

Wenn Europa bisher eine Möglichkeit hatte, geschichtliche Gefahren und scheinbare Unvereinbarkeiten zu überwinden (ich schließe da an etwas an, was Peter Nellen einmal gesagt hat), dann war es immer der Versuch, eine vorhandene Dialektik zu transzendieren. Da scheint mir der von Ihnen vorgeschlagene Prozeß höchst ungeeignet zu sein.

Ich glaube, daß die Schwäche der Argumentation des Referates in der Ablehnung der Zeugenschaft am sichtbarsten geworden ist. Herr Martini sagte, daß der Zeuge in erster Linie ein Zeuge gegenüber der Umwelt war, daß er - ganz brutal gesprochen - auf Publicity angewiesen war. Ich möchte den Begriff des Märtyrers - was ja nichts anderes ist als Zeuge gegen diese Auffassung energisch in Schutz nehmen.

Ich glaube nicht, daß der Begriff der Zeugenschaft in dem Augenblick aufhört, in dem keine Zeitung, kein Pamphlet und keine öffentliche Mund-zu-Mund-Fabel mehr sich des Märtyrers annimmt. Ich halte das für eine völlig nebensächliche Definition des Märtyrers.

Der Märtyrer zeugt in erster Linie für sein Verhältnis zu etwas Höherem, der christliche Märtyrer für seinen Glauben. Die Annahme, daß die Zeugenschaft aufhört und damit der Mitläufer, in Ihrem lobend erwähnten Sinne, Herr Martini, ins Recht des Zeugen eintritt, ist zurückzuweisen.

Die Verfolgung des Decius können wir doch nicht dahingehend interpretieren, daß die Lapsi hinterher die Politik bestimmen; und die Lapsi haben sie keineswegs bestimmt. Die Lapsi haben sie 1945 bestimmt, aber nicht unter Cyprian. Cyprian sagte eigens noch in dem betreffenden Hirtenbrief, den ich ziemlich genau im Ohr habe: Sie kommen gelaufen und rülpfen noch von den Opfermählern der Götter und wollen wieder aufgenommen werden.

Zugegeben, man hat die Bußpraxis mit Hilfe von "Persilscheinen" gelindert; die Lapsi sind zu den confessores gelaufen und haben sich "Persilscheine" ausstellen lassen - das steht alles bei Cyprian. Aber die Taktik einer Linderung der Bußpraxis kann man doch nicht gleichsetzen mit der totalen Entwertung der Zeugenschaft zugunsten einer für Lapsi-Maß geschneiderten Politik. Ich glaube, hier liegt eine ganz entschiedene Schwäche Ihres Referats.

Martini

Herr Mayer-Amery, alles das habe ich nicht gesagt. Ich sagte zunächst einmal ausdrücklich, daß das Opfer des Märtyrers immer noch im Persönlichen seinen Sinn hat, daß ihm aber die öffentliche Wirkung durch das totalitäre System genommen worden ist. Das können Sie doch nicht bestreiten.

Ich habe auf die Lapsi nicht hingewiesen, um zu sagen, sie hätten einen Einfluß auf die Politik genommen, sondern um zu sagen, daß unter extremen Bedingungen der Mitläufer, der auch sonst

immer vorhanden ist - ich denke an ein banales Gebiet, die Mode;- , eine ganz besondere Bedeutung gewinnt, daß er vor allem besonders deutlich ins Bewußtsein tritt.

Ich habe auf die Lapsi zum Beispiel hingewiesen, weil ich mich nach 1945 gewundert habe, daß man den Mitläufer für eine spezifisch deutsche Eigenschaft hielt, während die Geschichte einige sogar berühmt gewordene Mitläuferbewegungen kennt.

Ich kann das ergänzen: denken Sie an das besetzte Frankreich in den ersten zwei oder drei Jahren der Besetzung. Da war es eine Heldentat, innerhalb Frankreichs zur Résistance zu gehören, was eine Bereitschaft zum Märtyrertum einschloß. Dann festigte sich in den Franzosen das Gefühl, daß die Deutschen unterliegen würden, und von da an bekam die Résistance erst den großen Zulauf; nun erst empfahl es sich, auf der Seite des Siegers von morgen zu kämpfen, statt auf der des Siegers von heute, dem man aber den Endsieg nicht mehr zutraute.

Wolf

Es tut mir eigentlich leid, daß diese Sache wieder aufgebracht wurde, denn - verzeihen Sie, Herr Martini - Ihre Begriffe des Mitläufers und des Märtyrers gehen ein wenig durcheinander.

Dem Märtyrer wird die Öffentlichkeit nicht gestohlen, da er nie die Öffentlichkeit haben wollte. Sein Zeugnis ist als solches aber öffentlich.

Ihre historischen Beispiele waren eigentlich nicht Beispiele für ein Mitläufertum, so wie Sie es dann positiv unter dem Stichwort der Kontinuität werteten, sondern waren weithin Ausdruck eines Versagens oder Ausdruck eines In-Deckung-Gehens oder eines geplanten Überlebenwollens, wie etwa auch die spanischen Beispiele, die Sie brachten.

Man kann das nun nicht auf eine Ebene mit dem Mitläufertum bringen, das für uns heute in der geläufigen Begrifflichkeit mit dem Dritten Reich zusammenhängt.

Natürlich haben dann nach 1945 die Siegermächte die Mitläufer, das Mitläufertum, als eine spezifisch deutsche Angelegenheit angesehen, aber nicht eigentlich unter dem Titel des Mitläufertums, sondern was ja sehr eigentümlich war bei der ganzen Art, in der damals die Entnazifizierung vorgenommen wurde - als die eigentlich Verantwortlichen und Schuldigen.

Ich glaube also, daß diese Kategorie des Mitläufers - sie ist ja für Ihre Grundthese zentral wichtig - sich nicht so ohne weiteres auf die verschiedenen Phänomene von "Mitläufer- und Märtyrertum" gleichmäßig anwenden läßt.

Deshalb ist mir also einfach unbehaglich bei Ihrer Darstellung des Mitläufertums, abgesehen von jenem Fall des Mitläufers, den Sie nun eigentlich gar nicht so sehr hervorziehen wollten und hervortreten ließen, des eigentlichen Mitläufers aus reinen Nützlichkeits erwägungen und Erfolgserwägungen.

Dieses sehr aktive Mitläufertum werden Sie dann keineswegs mehr unter dem Titel der Kontinuität bringen wollen, bis hin zu den Universitäten, zu dem "Neubau" der Universität, zum Beamtenapparat usw. Alles das wäre ohne die Mitwirkung des Mitläufertums, das die Kontinuität durchhielt, Ihrer Meinung nach nicht da. Ich fand diese These zwar außerordentlich interessant, aber ich halte sie nicht für richtig.

Triesch

Herr Martini hat uns empfohlen, dem Staat die Verantwortung für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu übertragen. Genau das ist bei uns in jetzt 18 Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte geschehen. Damit ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung, die in den ersten Nachkriegsjahren zweifelsohne vorhanden war, wirkungslos verpufft. Es haben dann das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Abteilung für psychologische Verteidigung im Verteidigungsministerium und andere amtliche Stellen diese Aufgabe der Auseinandersetzung übernommen. Die Parteien entlasteten sich durch die Gründung des Volksbundes für Frieden und Freiheit, der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise und anderer Einrichtungen.

Hier vollzog sich genau jener Prozeß, den Sie, Herr Martini, im Auge haben. Es wurden Institutionen geschaffen, die Zuständigkeiten für sich beanspruchten. In diesem Prozeß ist mittlerweile die staatsbürgerliche Verantwortung totgeschlagen worden. Auf sie kann aber nicht verzichtet werden, denn die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vollzieht sich keineswegs allein und nicht einmal vornehmlich im staatlichen Bereich.

Der von Chruschtschow angebotene ökonomischtechnische Wettbewerb dokumentiert, daß es sich hier in erster Linie um eine von der gesamten Gesellschaft zu leistende Auseinandersetzung handelt.

Der in der Bundesrepublik geschaffene Zustand wirkt sich in allen Bereichen unseres Daseins lähmend aus und zwar auch auf die Wirtschaft, der man diese Auseinandersetzung, die sie aus egoistischen Interessen hätte führen müssen, abgenommen hat. Sie ist heute aufgrund dieser Entbindung von der Verantwortung auch in Fragen der Osthandelspolitik doch manchmal etwas unsicher geworden. Ich glaube, daß der Weg, den Sie, Herr Martini, empfohlen haben, genau das Gegenteil von dem bewirken würde, was Sie wollen.

Ich meine, daß die Erfahrungen, die wir in diesen 18 Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte gemacht haben, uns lehren sollten, daß man nicht mit so kurzatmigen Vorstellungen an historische Prozesse herangehen sollte. Die Zeit, die in diesen 18 Jahren vertan worden ist, kann nicht wieder aufgeholt werden. Nur unter diesen Gesichtspunkten ist Ihre Frage berechtigt, ob uns noch genügend Zeit zur Verfügung steht, eine andere Haltung der Masse der Bevölkerung zu bewirken.

Raymond Aron sagte einmal, daß es zwei sehr kleine Lager gäbe: das kommunistische und das antikommunistische, daß aber nun ein immer größeres Lager sich zwischen diesen beiden bilde: nicht etwa das Lager der Mitläufer, sondern das Lager der Anti-Antikommunisten. Das ist die Reaktion darauf, daß die Mitläufer in ihrer Bereitschaft zum Engagement nicht angesprochen worden sind.

Nun glaube ich, daß wir seit dem 13. August 1961 in einem Prozeß der Repolitisierung des Volkes stehen, der sich - das wird auch Herr Professor Haseloff bestätigen - in den Ergebnissen der Meinungsbefragungen ebenso deutlich niederschlägt wie in den Demonstrationen von Berlin. Es wäre verhängnisvoll, wenn die politischen Parteien hier das Volk ohne Antwort und ohne Führung ließen und darauf vertrauten, daß der Staat, die NATO oder die Armee die Führung übernehmen.

Haseloff

Ich bin hierhergekommen, um etwas aus einem klugen Referat zu lernen. Nun muß ich geistreiche Deduktionen und indirekte Beweistechniken in Zusammenhang bringen mit recht bescheidenen Auskunftsmitteln und einer ebenso dürrtigen Therapie: Veränderung der Standortverwaltung, schärfere Formen des Polizeieinsatzes bei Krawallen und der Empfehlung, Soldaten nicht in Zivil auf Urlaub gehen zu lassen, sondern nur in Uniform.

Wenn ein kluger Mensch über die Probleme der Aufweichung nachdenkt - möge es sie nun geben oder nicht - kann ich mir nicht denken, daß ihm nicht scharfsinnigere Auskunftsmittel und bedeutsamere praktische Handlungsanweisungen einfallen, also mehr Therapie dabei herauskommt.

Ich glaube, wir müssen aus Gründen der Fairness Herrn Martini die Möglichkeit geben, seinen Heilplan etwas vollständiger und ausführlicher zu entwickeln, damit wir über die Sichteinengung hinauskommen.

Fetscher

Ich möchte in der gleichen Richtung fragen und noch einmal an die These des Referats erinnern, in dem es heißt: "Heute erhöht der Rechtsstaat die Schwierigkeit, das Volk vor totalitärer Bedrohung zu schützen." Welche therapeutischen Schlußfolgerungen zieht Herr Martini aus dieser These? Sie müßte eigentlich lauten (aber hoffentlich sagt er das nicht): Abbau des Rechtsstaates. Man könnte doch diese schwerwiegende und gefährliche Folgerung aus seiner These ziehen.

Martini

Wenn ich davon sprach, Herr Prof. Wolf, daß der Mitläufer unter bestimmten Voraussetzungen die Kontinuität sichert, dann habe ich mich aus den historischen Beispielen nur auf die "Anussim" des 12. Jahrhunderts in Nordafrika bezogen, auf das entsprechende Sendschreiben des Maimonides, wo jene Funktion mehr oder weniger deutlich anklingt.

Ich wüßte nicht, wie z. B. der Wiederaufbau der deutschen Universität nach 1945 eigentlich anders zu erklären wäre, wenn nicht mit dem Verdienst des Mitläufers. Die deutsche Universität ist nicht etwa dank einer verehrungswürdigen Gestalt wie Professor Huber in München wieder funktionsfähig geworden, sondern wirklich dank dem Professor, der sich als Parteigenosse das Seine dachte, oder noch nicht einmal dachte, der einfach treu der Wissenschaft diente, gleichzeitig aber die üblichen Formeln hersagte und die üblichen Riten vollzog. Er hat - bewußt oder unbewußt - die Universität gerettet.

Ich sagte schon, daß noch viele Differenzierungen notwendig sind. Ich erwähnte vorhin nur zwei, indem ich den Karrieristen ausschloß und auf den bewußten und den unbewußten Mitläufer hinwies. Ich sehe einfach nicht, wie die Universitäten sonst hätten aufgebaut werden können, wenn nicht eben mit den Mitläufern.

Sie ist nicht mit dem überzeugten und aktivistischen Nazi-Professor aufgebaut worden, der ja zunächst ausgeschlossen war, sondern mit dem Mitläufer.

Wolf

Ich habe den Wiederaufbau einer Universität seit Ende 1945 von A bis Z mitgemacht. Die Dinge liefen anders: die Kontinuitäts-Geschichte, die Sie, Herr Martini, meinen, wirkte erst an zweiter oder dritter Stelle ein. In den beiden letzten der vierziger Jahre setzte nämlich ein merkwürdiger Umschwung in der personellen Struktur des Wiederaufbaus ein.

Hier müßten wir nun nach dem Wesen der Kontinuität fragen.

Martini

Herr Triesch, ich habe natürlich nicht gesagt, man solle dem Staat die "Auseinandersetzung" mit dem Kommunismus überlassen. Wenn ich das gesagt hätte, wäre Ihr Hinweis auf das, was vom Staat her seit der Existenz der Bundesrepublik seitens des "Volksbundes für Frieden und Freiheit" oder der "Bundeszentrale für Heimatdienst" geschehen ist, allerdings die totale Bankrotterklärung.

Sie haben vollkommen recht, wenn Sie meinen, daß diese Unternehmen doch zum Teil sehr schlecht funktionieren. Ich erlebe es immer wieder: eine Veranstaltung wird vom Volksbund Frieden und Freiheit bezahlt, und das Publikum muß ein paar 08/15-Redner gelangweilt über sich ergehen lassen.

Das meinte ich indessen nicht. Ich habe gesagt, daß nur der Staat das Schutzbedürfnis befriedigen kann und niemand anders. Das können Sie nicht, und das kann ich nicht. Das kann kein Industrieherr befriedigen und auch kein Gewerkschaftsführer. Die können vielleicht das soziale Sicherheitsgefühl befriedigen, aber sie können nicht darüber hinaus erreichen, daß die soziale Sicherheit auch dem Zugriff des potentiellen Feindes gegenüber abgesichert ist. Dieses Schutzbedürfnis kann nur der Staat befriedigen: Parlament plus Regierung plus nachgeordnete Instanzen.

Sie, Herr Professor Hennis, stellten vorhin mit vollem Recht die Frage: wie kann eigentlich dem Parlament als dem Exponenten der Gesellschaft die Aufgabe zugemutet werden, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen? Das ist natürlich ein sehr großes Problem, das man so klar wie möglich sehen muß.

Hennis

So habe ich es ja gar nicht gemeint. Sie hatten gesagt, nur die Regierungsseite könne das.

Martini

Nein, ich habe auch das Parlament erwähnt.

Hennis

Sie haben doch prononciert von der Regierungsseite gesprochen.

Martini

Ich sprach vorhin von der Wehrgesetzgebung: sie ist doch eine Parlamentssache.

Daß das Parlament als Exponent der Gesellschaft dabei jene Schwierigkeiten hat, ist eine andere Sache. Ich glaube, das meinten Sie auch mit Ihrem Einwurf.

Hennis

Nein, ich wollte Sie fragen, was kann die "Regierungsseite" allein eigentlich machen?

Martini

Dann haben wir uns also nicht mißverstanden.

Es wurde immer wieder - besonders von Ihnen, Herr Prof. Haseloff;- , die Frage gestellt, woher ich eigentlich mein Wissen hätte.

Ich habe Ihnen schon im Laufe der Diskussion gesagt, daß ich unmöglich mit statistischem Material aufwarten könne. Das ist auch gar nicht erreichbar. Es gibt freilich eine begrenzte Statistik über die Fälle der wegen Infiltration und Subversion, also Landesverrat, Abgeurteilten. Die Zahl dieser Fälle ist außerordentlich hoch, zumal wenn man noch an die "Dunkel Statistik" denkt, deren erfahrungsmäßigen Multiplikator ich im Augenblick nicht nennen kann. Man muß ferner bedenken, daß ein großer Teil von Landesverratsfällen gar nicht zur Verhandlung kommt, obwohl die polizeimäßigen Erkenntnisse, aber nicht die strafprozessualen Unterlagen zu einer Anklage ausreichen.

Die Aufgliederung nach Motiven ergibt, soweit das Material vorliegt, fast niemals kommunistische Motive, sondern andere.

Diese für unsere Geschichte neuartige Statistik des Verhaltens kann dem Kenner die Gänsehaut über den Rücken treiben, nicht nur wegen der Natur der Statistik, sondern auch wegen ihres psychologischen Hintergrundes. Hier liegt meßbares Material vor, das dazu berechtigt, von einer Tendenz zur Aufweichung zu sprechen, ohne daß man sagen könnte, wie weit sie gediehen ist.

Herr Prof. Haseloff, Sie fanden das, was ich beispielsweise als Therapie nannte, zu dürrtig - das habe ich auch erwartet. Ich glaube aber nicht, daß es so dürrtig ist, zumal wenn man es so erläutert, wie Herr Prof. Eschenburg es nachher tat, und wenn man die außerordentliche Unsicherheit bedenkt, die in den staatlichen Organisationen besteht, denen doch unser Schutz obliegt, und die ein Gefühl der Sicherheit ausstrahlen müßten.

Unvorstellbar ist in der Tat der Grad der Angst vor Verantwortung, die ich dem einzelnen Beamten nicht verüble: denn er weiß aus persönlicher Erfahrung und aus der Erfahrung seiner Kollegen, wie oft ihm die legitime Deckung versagt wird - sowohl bei der Polizei als auch bei der Bundeswehr. Das gilt auch von anderen Verwaltungsbereichen, aber hinsichtlich der Polizei und Bundeswehr spielt es bei unserem Thema eine besondere Rolle. Das kann man nicht ohne weiteres als zu dürrtig abtun.

Wenn ich von der zu großzügigen Erlaubnis des Zivil-Ausgangs sprach, so ist sie auch nicht so komisch, wie Sie es darzustellen suchten, Herr Dr. Altmann. Wenn man die Richtigkeit meiner These, daß das, was Schutz bieten soll, auch sichtbar sein muß, unterstellt, dann ist es schon wichtig, ob man die Bundeswehr sieht oder nicht sieht, dann ist das psychologisch nicht so nebensächlich.

Eine zweite Frage ist, ob das, was man sieht, auch vertrauenerweckend ist. Aber daß man es gar nicht sieht, oder praktisch nur in Form von ein paar an Haltestellen wartenden Soldaten, ist in dem Zusammenhang, von dem hier die Rede ist, ganz gewiß nicht gut. Ob das nun komisch ist oder nicht, Herr Dr. Altmann, hängt einzig und allein davon ab, ob meine These richtig ist, daß die Bereitschaft zur Aufweichung, die vorhandene Aufweichung oder mindestens der Attentismus auf dem mehr oder minder artikulierten Gefühl beruhen, wir seien nicht hinreichend geschützt.

Es wären selbstverständlich noch viele Beispiele zu nennen, wo etwas zu revidieren wäre. Allein schon eine Revision der Wehrgesetzgebung wäre bereits ein außerordentlich weites Feld. Ich fürchte nur, daß es 10 bis 20 Jahre dauern wird, bis eine psychologische Wandlung eintritt, die an eine ernsthafte Revision denken lassen könnte.

Selbmann

Herr Martini, nur eine Zwischenfrage, weil Sie es so auf die Wehrgesetzgebung abstellen. Liegt es nicht daran, daß die Aufstellung der Bundeswehr auf Grund der Forderung der NATO zu schnell vor sich gegangen ist? Wie der neue Verteidigungsminister ankündigte, soll jetzt die Konsolidierung der Bundeswehr eintreten.

Martini

Es liegt meiner Ansicht nach daran, daß die Wiederbewaffnung zu früh gekommen ist. Sie war durch die außenpolitische Situation oktroyiert, der man sich schlecht entziehen konnte. Man mußte sie also hinnehmen. Sie war insofern verfrüht, als ganz bestimmte Vorstellungen noch herrschten, die zwar falsch, aber als Reaktion auf das Dritte Reich unvermeidlich waren.

Ich erwähnte vorhin, daß man den Schutz des Soldaten vor dem Vorgesetzten für wichtiger hielt als die Fähigkeit des Soldaten, das Volk zu schützen.

Diese Fragestellung herrschte in den Jahren 1955 und 1956. Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte man die Wiederbewaffnung aufgeschoben. Denn bei jenem Zustand der Bewußtseinslage im Parlament, in den Parteien, in der Presse usw. mußte zwangsläufig eine höchst fehlerhafte Wehrgesetzgebung entstehen. Dazu kommt noch der Grund, den Sie eben nannten: die Überstürzung des Aufbaus - und daß der Oberbefehlshaber Strauß weitaus weniger tauglich gewesen ist als der Verteidigungsminister Strauß.

Wäre die Wehrgesetzgebung 1960 oder 1961 erfolgt, hätte sie schon ganz anders ausgesehen. Aber die Revision von legislativ verfestigten Fehlern ist außerordentlich schwer.

Blumenfeld

Entschuldigen Sie, das Dilemma war doch eigentlich ein ganz anderes: Da waren die Scharfen der Vergangenheit, der alte Militarismus und dagegen nun die Notwendigkeit, eine neue, moderne demokratische Armee aufzustellen, in einer Situation, die immerhin durch den Überfall auf Korea usw. gekennzeichnet war. Das war doch das eigentliche Dilemma, Herr Martini, und nicht diese dürftigen Ausführungen, mit denen Sie uns abspeisen möchten.

Doch lassen Sie mich hinzufügen: Ich bewundere es, mit welcher Gelassenheit Sie über den ganzen Abend hin unsere Kritik entgegengenommen haben. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, daß ein solches Verhalten jedem Abgeordneten im deutschen Bundestag zur Ehre gereichen würde. Aber das hindert mich nicht zu sagen, daß das nicht der Sinn der Sache war.

Fetscher

Eine letzte ganz zentrale Frage: welche theoretischen und welche praktischen Folgerungen ziehen Sie, Herr Martini, aus der These, daß der "Rechtsstaat die Schwierigkeiten, das Volk vor totalitärer Bedrohung zu schützen, erhöht"?

Martini

Entschuldigen Sie bitte: Ich ziehe gar keine Folgerungen.

Ich habe es nur als Phänomen bezeichnet, daß der Rechtsstaat heute zum Teil im Bewußtsein des Bürgers seine Funktion gewandelt hat. Für mich bleibt der westliche Freiheitsbegriff mit dem Rechtsstaat verbunden; in ihm tritt er konkret in Erscheinung.

Er würde sich natürlich nicht in dieser heillosen Situation befinden, wenn es um andere Dinge besser bestellt wäre, aber es ist kategorisch abzulehnen, eine Besserung unserer Situation auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit anzustreben.

Eschenburg

Meine Herren, damit kann ich die heutige Diskussion schließen. Ich möchte Ihnen, Herr Martini, für Ihre Ausführungen und für die Standhaftigkeit, mit der Sie die hart geführte Diskussion ertragen haben, danken. Aber ich muß hinzufügen, daß unser Gespräch sich trotz manchen harten Inhalts in sehr urbanen Formen vollzogen hat.

Ihnen, Herr Dr. Körber, sind wir besonders dankbar dafür, daß Sie uns wiederum Gelegenheit zu diesem Colloquium mit einer so vortrefflichen Vorbereitung und Organisation durch Sie und Ihre Mitarbeiter und mit einer so großzügigen gastlichen Aufnahme gaben.

Körber

Meine Herren!

Am Ende des heutigen Gesprächs möchte ich Ihnen allen für diese offene Diskussion danken, bei der sich zeigte, wo innerhalb der vorgegebenen Fragestellung Einverständnis mit den gegebenen Antworten lag. Die wesentlichen Divergenzen in der Interpretation der Sachverhalte und die angedeutete gefährliche Situation für unsere Demokratie bleiben bestehen. Diskussionen werden für den Prozeß der Urteilsbildung geführt. Dank der behutsamen Gesprächsleitung wurde vermieden, daß wir aneinander vorbeiredeten; wo wir glaubten, Phantome zu sehen, mühten wir uns um den eigentlichen Sachverhalt.

Sie werden es mit mir bedauern, daß der Westen als Operationsfeld nicht grundsätzlich einbezogen war, weshalb das Gespräch zu einem Familiengespräch wurde und sich in den Grundthesen und Beispielen auf die bundesdeutsche Situation einengte.

Sind wir wirklich besonders anfällig - mehr oder entschieden anders als andere westliche Gesellschaften? Wieviel von dem, was uns "ungewiß" erscheint, beruht z. B. auf den reduzierten außenpolitischen Möglichkeiten und vor allem auf den hintergründigen Tatsachen des geteilten Deutschland? Wieviel liegt daran, daß wir uns mit den dominanten Werten unserer bundesdeutschen Demokratie, dem weltverbundenen System der Wirtschaftsdemokratie ungenügend identifizieren lernten, - also doch zwischen gestern und morgen stehen?

Was also müßten wir innerpolitisch tun, um in der latenten Konfliktsituation die vorgegebene Freiheit ausüben zu können? Wie stärken wir die Handhabung der Spielregeln, die wir beachten müssen, um uns in unserem Gesellschaftssystem so zu bewahren, wie wir sein wollen - Spielregeln, innerhalb derer wir uns vor allem dem Feind gegenüber verstehen?

Wir werden also verstärkt die Frage nach dem "Staatsbegriff" und den Wandlungserscheinungen der parlamentarischen Demokratie stellen müssen innerhalb einer industriellen Gesellschaft, die von radikalen Alternativen befreit ist.

Symptome sind noch keine Tatsachen. In den Fluß der kontrastierenden Meinungen (Konfliktsituationen gehören schließlich zur Demokratie, die von Natur aus "experimentell" ist) muß man aber die unterschwelligeren Strömungen besonders beobachten, d. h. den Intensitätsgrad der Entartung dessen, was freiheitliche Demokratie ist.

Wenn der einzelne sich in der neuen Gesellschaftsstruktur nicht mehr sachgerecht entscheiden kann, gerät die Idee der Individual-Demokratie, in der der einzelne seine eigenen Gedanken und Interessen formuliert in Schwierigkeiten. Dieses Problem berührt aber auch Tendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten eines integrierten Europa und einer möglichen atlantischen Gemeinschaft. Alle diese Fragen müssen in der Behandlung der Ost-West-Auseinandersetzung zusammengedacht werden.

Die "öffentliche Meinung" verträgt weder pessimistische noch euphorische Verwirrung. Dafür, daß es gelang, offen und loyal Versionen des heutigen Themas zu erörtern, danke ich Herrn Martini, dessen stacheliges Referat die Diskussion nahe an der Wirklichkeit hielt - und Herrn Prof. Eschenburg, der mit gespannter Aufmerksamkeit uns alle bei der Sache sein ließ.